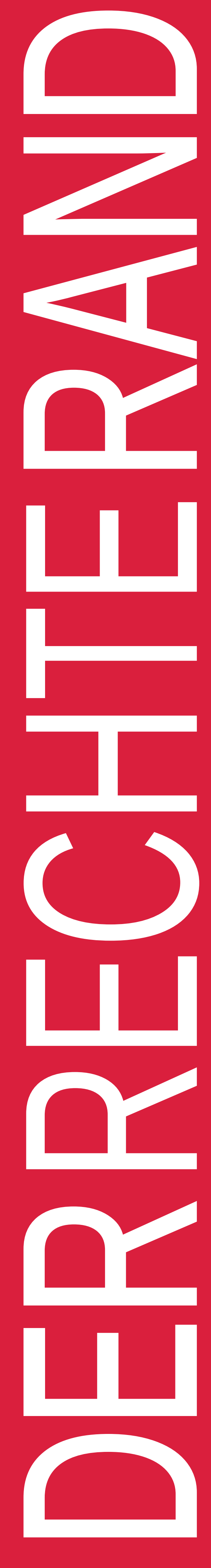
H 8040 F
ISSN 1619-1404
Nummer 132
September | Oktober 2011
2,50 Euro

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN



NAZIS WIEDER IM PARLAMENT

NAZIS **WAHLAUSGANG MECKLENBURG-VORPOMMERN**

MUSIK **»BLOOD AXIS« EUROPA-TOURNEE**

GESCHICHTE **25 JAHRE HISTORIKERSTREIT**

INTERNATIONAL **»GRAUE WÖLFE« IN DEUTSCHLAND**

SEITE 3

Wahlausgang MeckPomm 3

NORWEGEN

Gewalt von Rechts 5
Das Attentat 6
Reaktion der Anti-Islam-Szene 7
Interview mit Cas Mudde 8

NAZIS

Wahlausgang Niedersachsen 10
Wahlen in Berlin 11
Hammerskins im Saarland 12
Interview mit Antifa-Kampagnen 14
Aufmarsch Bad Nenndorf 16
Nazi-Kundgebungen mit Musik 17
»Eichsfelder Heimattag« 18
»Antikriegstag« Dortmund 19

RECHTE MUSIK

»Blood Axis«-Europatournee 20
Neonazikonzert Nienhagen 22

BRAUNZONE

Burschendebatte 23
»Neu rechte« Terraingewinne 24
»Willi-Wanka-Kreis« 25
Sprachpuristen 26

GESCHICHTE

25 Jahre Historikerstreit 27

INTERNATIONAL

»Graue Wölfe« in Deutschland 29
FPÖ und Attentat in Norwegen 30

Rezensionen 31

FOTOS

ARUG: S. 10
Robert Andreasch: S. 12, 16, 25
Kai Budler: S. 19
apabiz: S. 11

EDITORIAL

Und sie sind wieder eingezogen! Den ganzen Sommer über bemühten sich JournalistInnen und auch so manche WissenschaftlerInnen, Neuigkeiten über die ‹Krise der NPD› zu verbreiten, über marode Finanzen, eine vermeintlich uneinige Parteiführung, Querelen an der Basis und und und … Ihnen galt die Partei bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern als chancenlos. Auch Demoskopen wollten festgestellt haben, dass sie die Fünf-Prozent-Hürde nicht schaffen würde. Doch dann kam es (wieder einmal) anders, überraschend indes nicht für BeobachterInnen vor Ort. Wer gesehen hat, wie sich die NPD ins Zeug gelegt hatte in den Wochen vor dem Wahltermin – massenweise Plakate, Infotische, Werbeveranstaltungen – der konnte erahnen, dass ihr der Wiedereinzug durchaus gelingen sollte. Der NPD ist es offensichtlich gelungen, ihre Politik zu verstetigen.

Wichtig ist der Wahlsieg nicht nur für die Partei in dem norddeutschen Bundesland, sondern auch für ihre Stellung innerhalb des neonazistischen Spektrums. Nach der Wahlniederlage in Sachsen-Anhalt war die Kritik groß, doch nun wird sie relativiert werden – wie bereits 2010, als auf die Wahlniederlage in Thüringen der Sieg in Sachsen folgte. Wie Münchhausen weiß sich die Partei immer wieder selbst am Schopf aus dem Sumpf der (neuerlich drohenden) Bedeutungslosigkeit zu ziehen – vielleicht auch immer noch mit dem Wissen um den Jahrzehnte andauernden Abstieg nach dem knapp verpassten Einzug in den Bundestag anno 1969.

Ohne Bedeutung war in dem Wahlkampf, dass im Juli ein Rechtsterrorist in Norwegen über 70 Menschen ermordet hatte. Während dort im Anschluss über die Macht der Sprache – vor allem jener Ausfälle, die sich berechtigterweise als »Hate Speech« bezeichnen lassen – diskutiert wurde, packten PolitikerInnen in Deutschland wieder einmal nur die Forderung nach einem NPD-Verbot aus. Dass der Attentäter nicht so einfach diesem neonazistischen Milieu zuzuordnen ist, zeigt DERRECHTERAND in einem Fokus auf die Ereignisse. Erinnert wird dabei auch, dass es nun mehr 20 Jahre her ist, als in Deutschland die rassistischen Pogrome im Rahmen der Diskussion über die Änderung des Asylrechts ihren Ausgang nahmen. Damals wie heute bereiten Worte und Reden das Feld für jene, die versuch(t)en, Flüchtlinge auf ihre eigene Art und Weise zu vertreiben – mit verbalen und körperlichen Angriffen, mit Steinen und Molotowcocktails. Am Ende stand nicht nur in Hoyerswerda der Abtransport der MigrantInnen in andere Unterkünfte und die Lehre, dass sich Gewalt auszahlt. Und es sei nochmals betont, dass die Gewalt damals vielerorts von BürgerInnen und Neonazis gleichermaßen ausging und Asylbewerberheime, Unterkünfte ehemaliger VertragsarbeiterInnen und AusländerInnen zum Ziel hatte.

Ein Schlaglicht lenkt DERRECHTERAND mit dieser Ausgabe außerdem auf die zahlreichen Versammlungen und Aufzüge des neonazistischen Spektrums während des Sommers. Gemeinsam war allen eine geringere TeilnehmerInnenzahl als in den Vorjahren. Doch ist das tatsächlich ein Zeichen für die nachlassende Mobilisierungsfähigkeit der Neonazis? Oder ist es eher das Ergebnis der seit Jahren zunehmenden Veranstaltungsdichte? Beide Aspekte gilt es in der Bewertung abzuwägen, um nicht neuerlich in die Falle zu tappen, das Problem am rechten Rand der Gesellschaft klein zu reden.

TERMINE

Nächste DERRECHTERAND-Ausgabe:
Anfang November 2011,
Redaktionsschluss: 10. Oktober 2011

Ausstellung:
Projekt GENERATIONEN, bis 30. Oktober in der Gedenkstätte Neuengamme, ab 9. November im Gängeviertel Hamburg:
www.projekt-generationen.de

KORREKTUR

Martin Böcker nahm an der im DRR Nr. 131 Seite 20 beschriebenen Gedenkverstaltung zu Ehren Oswald Spengler zwar teil, war aber nicht der zweite Kranzträger, wie berichtet.

Angekommen

Die NPD bei den Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern

In Mecklenburg-Vorpommern ist die NPD wieder im Landtag. Bei der Kreistagswahl konnte sie ihren Stimmenanteil erhöhen.

Von Andreas Speit

Geschafft. In Mecklenburg-Vorpommern ist die NPD erneut in den Landtag gezogen. Nach den ersten Hochrechnungen wusste im Schweriner Schloss der NPD-Spitzenkandidat Udo Pastörs, dass die Fünf-Prozent-Hürde genommen wird. »Das macht mich schon etwas stolz«, sagte er auf dem Weg zu den Fernsehwahlstudios.

In den Studios vor der Schlossinsel mit dem Landtag ließ sich Pastörs das Ergebnis von sechs Prozent nicht schlecht reden. 1,3 Prozent hatte die NPD am 4. September 2011 im Vergleich zu der Wahl von 2006 verloren. Selbstbewusst erklärte aber der alte und neue NPD-Fraktionsvorsitzende in die Kameras: »Alle anderen Parteien haben mit einer Million Wahlkampfetat alleine gegen uns einen Wahlkampf geführt. Wir haben mit einem Minietat diesem Angriff standgehalten«. Rund 200.000 Euro umfasste der.

Erfahren

Fünf Jahre Landtagsauseinandersetzung, fünf Jahre Medienerfahrung wurden am Abend bei dem 59-jährigen ehemaligen Juwelier sichtbar. Keine Vorhaltung, die er nicht lässig abwehrte und angriffslustig nutzte. Im ZDF-Studio hielt ihm die Moderatorin gegen 18 Uhr seinen schlechten Stil im Landtag, Rauswürfe und Ordnungsrufe vor. »Das war kein schlechter Stil, wenn sie die Gründe nennen würden warum«, setzte Pastörs leicht lächelnd an, um dann sicher auszuführen, bloß klare Worte zur wirklichen Arbeitsmarktsituation oder dem »regelrechten Ausverkauf der Interessen der arbeitenden Bevölkerung« ausgesprochen zu haben. In der ARD-Tagesschau um 20:00 Uhr warf der Moderator Pastörs vor, dass ein NPD-Kandidat ein T-Shirt mit der Unterschrift von Adolf Hitler trug und fragte: »Bekennt sich die NPD also zu Adolf Hitler?«. Gelassen antwortete Pastörs: »Nein, natürlich nicht. Und ich persönlich erst recht nicht«, holt kurz Luft und hält sodann dem ehemaligen und zukünftigen Ministerpräsidenten Erwin Sellering (SPD) den vermeintlich angehäuften Schuldenberg vor und das angeblich jeder fünfter Arbeitsplatz prekär sei.



^ Pastörs nach dem Wahlerfolg

Hoffnungsvoll

Von der Wahlparty im Hotel Pampower Hof war Pastörs mit dem NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt zum Schloss gekommen. In einem der drei Kleinbusse saß auch Stefan Köster, Mecklenburg-Vorpommerns NPD-Vorsitzender und wieder gewählter Landtagsabgeordneter. »Wir kommen rein«, sagte er auf dem Weg zu den Fraktionsräumen vor der ersten Hochrechnung – bemüht, Optimismus auszustrahlen. Pastörs wirkte da noch recht angespannt. Im Treppenflur des Schlosses antwortete er vorsichtig: »Wenn wir wieder in diesen Landtag kommen, werden wir wieder eine geschlossene Fraktion bilden, die konsequent im Parlament auftritt.« Von einer »Schicksalswahl« wollte Voigt nicht sprechen. »Wir kennen Wahlerfolge und Wahlniederlagen«, sagte der Bundesvorsitzende. Den möglichen Verlust der staatlichen Finanzierung durch einen kleineren Wahlerfolg wollten Pastörs wie Voigt herunterspielen. »Ach, dieses Gerede von einer kommenden Pleite«, meinte Voigt. Pastörs räumte indes ein: »Na ja, mit mehr Moos können sie mehr los machen«. Die Gesichter verrieten eher, wie wichtig ihnen der Wiedereinzug war.

Wichtiger Sieg

Nach dem knappen Scheitern der NPD in Sachsen-Anhalt, wo rund 5.000 Stimmen für den Einzug fehlten, war in der Partei und in der Kameradschaftsszene eine Debatte »wie weiter« ausgebrochen. Ihr Anspruch, Wahl- und Gesinnungspartei zu sein, beeinflusst Parteimitglieder und -helfer. Die Mitglieder und Freunde engagieren sich zwar hundertfünfzigprozentig – aber nur so lange, wie sie auch politische Erfolge und emotionale Höhepunkte erleben: Sie brauchen Bewegendes, um in Bewegung zu bleiben. Der knapp verpasste Einzug in das Magdeburger Parlament bremste. Keine Überraschung: Hatte der Landesverband doch vor allem mit der massiven Unterstützung aus den Bundesstrukturen den Wahlkampf geführt. Vieles führte zu dem Ergebnis von 4,6 Prozent. In der NPD wurde einer aber voll verantwortlich gemacht: der NPD-Spitzenkandidat Matthias Heyder. Kurz vor der Wahl waren E-Mails und Forenbeiträge von ihm öffentlich geworden, in denen er über Bombenattentate an Bahnhöfen und die Schändung von Frauen der Partei »Die Linke« schrieb. »Wie dumm kann man nur sein. Selbst ein besoffener Skinhead hätte das nicht mal im Scherz gebracht«, kommentierte Michael Grewe, NPD-Fraktionsgeschäftsführer in Schwerin, am Rande eines Infostandes. Und er versicherte in Boizenburg: »Von uns werden sie so was nicht erleben«. In der fünfjährigen Legislaturperiode sind entsprechend kaum Interna über Parteiquerelen oder Personaldebatten bekannt geworden. »Wir haben da unsere Kommunikation sehr genau abgestimmt« sagte Köster.

Pastörs vorneweg

Im Treppenflur des Schlosses bemühten sich Pastörs und Voigt, die sich sonst nicht so einig über den Parteiweg sind,

Zuversicht und Geschlossenheit auszustrahlen. »Ich bin ein Mann der polarisiert, entweder mag man mich, oder man lehnt mich ab«, sagte Pastörs. Im Wahlkampf habe er allerdings sehr wohl »Zuspruch« erfahren. Auf Märkten und Straßen war ebenfalls eine wohlwollende Wählerneigung zu erleben. In Boizenburg, nahe dem Wohnort von Pastörs in Lübtheen, suchte er mit seiner Frau auf dem Wochenmarkt das Gespräch mit potentiellen Wählern. Die beiden mussten sich nicht aufdrängen. Mit Flyern ging Marianne Pastörs, deren Gesicht mit der Forderung »Müttergehalt durchsetzen. NPD« plakatiert ist, über den Markt, grüßte und wurde gegrüßt. Ihr Mann bestaunt derweil ein Kind im Kinderwagen, das ihm eine junge Familie zeigt. Lobende Worte fallen. »Deutsche Kinder braucht das Land« war einer der NPD-Wahlslogans. Im Plauderton beklagte Pastörs, unter Zustimmung der Umstehenden, den möglichen Rauswurf von 150 »deutschen Arbeitern« in einer Torgelower Eisengießerei, um »polnische Kolonnen« einzustellen. Dort stand die NPD als erste Partei vor dem Werkstor, um vor der »Fremdarbeiterinvasion« zu warnen. »Wir kümmern uns«, lautete das Dauercredo aller NPD-Kandidaten und die Dauerbotschaft ihrer Veranstaltungen.



Wahlkämpfer

Im Landkreis Uecker-Randow nutzt schon lange vor dem Wahl Tino Müller die Sorge der Menschen wegen der Öffnung des Arbeitsmarktes für die osteuropäischen Nachbarn. »Grenzen dicht für Kriminelle und Lohndrücker«, forderte der alte neue NPD-Landtagsabgeordnete Müller, der aus der Kameradschaftsszene kommt und in der Kommune fest verankert ist. Gleichwohl positioniert er sich »Gegen Blitzerabzocke«.

Ganz kinder- und elternfreundlich gab sich die NPD in Anklam. Zum Schulbeginn lud der NPD-Landtagsabgeordnete Michael Andrejewski in der Stadt zur Veranstaltung »Diäten für Kinder«. Auf dem Fest – mit Hüpfburg, Kaffee- und Kuchenstand – verteilte die NPD Schulmaterial, das die Partei von der letzten Erhöhung der Abgeordnetendiäten gekauft hatte. Andrejewski, der angibt, Hartz-IV-Empfänger rechtlich zu beraten, trat in einem Wahlwerbespot vor dem »Sonnenblumenhaus« in Rostock-Lichtenhagen auf. 1992 belagerte ein Mob tagelang die Flüchtlingsunterkunft und griff die Menschen in dem Haus unter anderem mit Molotowcocktails an. »Was in Lichtenhagen passiert ist«, sagte der nicht bloß in der NPD geschätzte Kommunalpolitiker in dem Spot, sei »ein schwacher Vorbote von dem, was noch folgen« werde. Bürgernahe Themen und extrem rechte Positionen sind für den Landesverband kein Widerspruch. Seit Jahren versucht der sich bürgernah zu geben, ohne seine nazistischen Grundsätze abzumildern. »Deutscher Weg, sächsischer Weg? Ach, wir verbinden diese Konzepte«, sagte Köster in Boizenburg. Sowohl das Papier des Bundesvorstands in Berlin, in dem vor einer moderaten Parteilinie gewarnt wird, als auch das Strategiepapier der Landtagsfraktion in Sachsen, in dem von einer allzu extremen Politik abgeraten wird, hätten sich »im Alltag, in der Praxis erledigt«, fand er. Dass das aus »25 Standpunkten« bestehende Wahlprogramm seines Verbands an das 25-Punkte-Programm der NSDAP erinnert, sei Köster schon bewusst gewesen. »Aber 23 oder 26 Punkte – da hätte der Wähler doch gedacht, das sei alles willkürlich«, sagte er lächelnd.

In dem Land zwischen Peene und Elbe wussten die rund 40.000 Wähler wen sie wählten. Nicht nur das Bild von Pastörs hing fast flächendeckend in Städten, Dörfern und Örtchen. Rund 80.000 Plakate will die NPD geklebt haben. »Sei kein Frosch – Wähl Deutsch« oder »Wehrt euch. Bonzen abstrafen. Gegen Sozialabbau, Hart IV, EU-Diktatur und antideutsche Politik« hing an Laternen und Masten.

Teilweise hohe Ergebnisse

Hohe Wahlergebnisse erreichte die NPD dort, wo sie schon länger verankert ist: In Uecker-Randow I 15,4 Prozent, in Uecker-Randow II 12 Prozent. 11,3 Prozent in Ostvorpommern II, 10,4 in Ostvorpommern I. In den drei Wahlkreisen Ludwigslust 8,3, 6,3 und 6,5 Prozent. In einzelnen Wahlkreisen wie in Ueckermünde kam die NPD auf 30,6 Prozent und in Lübtheen auf 24,6 Prozent. Dabei sagen die Realzahlen manchmal mehr als Prozentangaben. In der Gemeinde Koblentz an der Grenze zu Polen kam die NPD auf 33,0 Prozent – rund 80 Stimmen. In der Stadt Wismar erreichten sie 4,8 Prozent, 1.382 Stimmen.

»Der NPD ist es gelungen, sich ein Stammwählerpotential zu erarbeiten«, sagt Gudrun Heinreich, Rechtsextremismusexpertin am »Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften« der Universität Rostock. »Diese Wähler – meist junge Männer mit mittlerer Bildung und häufig aus ländlichen Regionen – entscheiden sich aus Überzeugung für die Rechtsextremisten«. Von etwa drei Prozent Stammwählern müsse ausgegangen werden, so Heinrich. Besonders im ländlichen und kleinstädtischen Raum gelang es der NPD Wähler zu bewegen, ihr Kreuz bei den Nationaldemokraten zu machen, betont Timo Reinfrank von der »Amadeu Antonio Stiftung«. Die zeitgleiche Kreistagswahl offenbarte das mögliche NPD-Potential. Der Wahlzuspruch wuchs um 2,1 Prozent. Von 51.810 Stimmen 2009, kam die Parte jetzt auf 89.485 Stimmen. Köster erklärt zur Landtagswahl »da gibt es nichts schönzureden«, betont dann aber »Die NPD hat ihre kommunale Verankerung ausbauen können«. 23 Mandate konnte sie in den Kreisen gewinnen.

Neue Fraktion

Auf dem Weg vom Schloss zu den Fernsehstudios stabilisierten sich die Hochrechnungen. Ein Mandat verliert die NPD. Neben Pastörs, Köster, Müller und Andrejewski wird David Petereit ins Schloss ziehen. Der frühere Mitarbeiter des NPD-Landtagsabgeordneten Bürger Lüssow hatte dessen Listenplatz übernommen. Nicht ohne Grund: In der Legislaturperiode und dem Wahlkampf wurde die NPD massiv von den Netzwerken der Kameradschaftsszene, zu der Petereit gehört, unterstützt. Schon die Wahl des 30-Jährigen zum stellvertretenden NPD-Landeschef offenbarte die Nähe und die Machtverhältnisse. Der sicher geglaubte fünfte Listenplatz für ihn war so auch ein Signal an die Szene.

An den Studios angekommen, hatte die NPD eine Sprachregelung zur Wahl gefunden. Unermüdlich wiederholte nun Pastörs: »Die Behinderungstaktik von sogenannten gesellschaftlich relevanten Gruppen, getragen von massiven steuergeldfinanzierten Kampagnen gegen die NPD konnte den erneuten Einzug nicht verhindern«. Lächelnd stand Voigt vor den Studios neben Pastörs. Medienwirksam reichte er ihm die Hand, gratulierte ihm. Sorgt sich der Bundesvorsitzende nicht um sein Amt? »Nein, Herr Pastörs ist auch nach der Wahl keine Konkurrenz«, antwortete er. Vor der Wahl merkte Pastörs allerdings an: »Ich glaube, dass es ratsam ist, erfolgreiche Leute nach oben zu hieven. Und ich glaube, dass mit einem guten Wahlergebnis in Mecklenburg-Vorpommern die Frage des Vorsitzes in Berlin dann absolut offenbleibt«. Die kommenden Monate werden zeigen, ob es einen erneuten Machtkampf um die Parteispitze geben wird. ■



Rechter Terror

Vom »Vorbürgerkrieg« zum »Krieg gegen den Islam«

Die Attentate in Norwegen auf ein linkes Jugendcamp und Regierungsgebäude setzen das Thema »Rechter Terror« wieder auf die Agenda. Medien, Experten und PolitikerInnen waren überrascht. Doch rechter Terror ist kein neues Phänomen, er wird seit langem verharmlost.

Von Ernst Kovahl

Mitte April 2011 gab »Europol« Entwarnung. Rechten Terrorismus gebe es in Europa nicht, teilte die Polizeibehörde mit. Doch schon wenige Wochen später wurden die Menschen im Osloer Regierungsviertel und Hunderte jugendlicher Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei auf der norwegischen Insel Utøya von der Realität eingeholt. Anders Breivik tötete 77 Menschen. Acht starben durch eine Autobombe, 69 Menschen erschoss er. Seine politischen Motive hatte er vor den akribisch vorbereiteten Attentaten in einem 1500-seitigen Pamphlet niedergeschrieben. Er offenbart darin klassische Feindbilder der extremen Rechten: ein christlich verbrämter Antimarxismus und Hass auf Demokratie, Gleichheit, Moderne und MigrantInnen. Breiviks Ziel war die physische Vernichtung des Gegners und der vermeintlich Schuldigen für Einwanderung und eine wehrlose Kultur, die sich dem Vormarsch des Islams ergeben habe. Der Bericht von Europol erwies sich als völlige Fehleinschätzung.

Falsch lagen auch Medien und »Terror-Experten«, die nach den Anschlägen von Norwegen schnell islamistischen Terror ausmachten. Doch nachdem klar wurde, dass ein christlicher Norweger der Drahtzieher war, wurde Breivik zum irren Einzeltäter gestempelt: »Killer-Bestie«, titelte die »Bild« (26.07.2011). Aber seine Einbindung in das Netz der europäischen »Rechtspopulisten« und antimuslimischen Strukturen ist gut dokumentiert. Viele Jahre war er Mitglied der »Fremskrittspartiet« und als Vielschreiber in rechten Blogs aktiv. Ist er also wirklich ein wirrer Einzeltäter? Oder setzte er nicht in tödlicher Konsequenz das um, was andere in ihren Redaktionen, Parteien und Hinterzimmern denken und schreiben?

Auch in Deutschland kennt man den kurzen Weg vom Stammtisch zum Pogrom. »Eine breite blutige Spur, hinterlassen von ausländerfeindlichen Angriffen, zieht sich quer durch Deutschland«, schrieb **DER**RECHTE**RAND** vor genau 20 Jahren im September 1991. Damals griff in der sächsischen Stadt Hoyerswerda ein Mob aus Nazis und normalen BürgerInnen tagelang zwei Heime von Asylsuchenden und VertragsarbeiterInnen an. Als die Menschen am Ende aus der Stadt evakuiert wurden, hatte der Mob gesiegt. Der Name Hoyerswerda wurde zum Synonym für rassistische Gewalt. Doch das war erst der Auftakt: Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen folgten. In jenen Jahren nach 1989 wurde an jedem Wochenende irgendwo in Deutschland eine Unterkunft für Asylsuchende von Neonazis attackiert, MigrantInnen durch die Städte gejagt, verletzt und getötet – auch unter dem Beifall der Bevölkerung vor Ort. Die Antwort des Staates ließ nicht lange auf sich warten. Die faktische Abschaffung des Rechts auf Asyl folgte 1992/´93 als Reaktion auf den Terror, mit einer satten Mehrheit im Bundestag aus CDU/CSU, FDP und SPD. Stammtisch und Mob hatten gesiegt. Seitdem sind in Deutschland mindestens 137 Menschen durch rechte Gewalt umgekommen. Allein im Monat Juni 2011 wurden offiziell 68 rechte Gewalttaten registriert.

»Terrorismus« ist – so die vereinfachte Definition – die systematische oder willkürliche Anwendung nicht legaler Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele. Doch rechten »Terrorismus« wollen in Deutschland Polizei und Politik nicht erkennen. Zwar warnte Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) kurz nach den Attentaten in Norwegen davor, dass sich auch hier »Einzelne unbeobachtet selbst radikalisieren«. Doch schnell schaltete er um: Breivik sei ein »Wahnsinniger« (»Spiegel« 32/2011). Zwischen antiislamischen Thesen und einem Attentat liege »ein weiter Weg«, gibt er Entwarnung. Stattdessen müsse nun Anonymität im Internet abgeschafft werden. Genauso falsch und hilflos war der von anderer Seite vorgebrachte Ruf nach einem NPD-Verbot. Denn es war eben kein Neonazi, der in Norwegen mordete, sondern ein Aktivist der antimuslimischen und rechtspopulistischen Szene.

Auch als am 19. April 1995 der rechte Waffennarr Timothy James McVeigh in den USA mit seinem Bombenanschlag auf das Murrah Federal Building in Oklahoma City 168 Menschen tötete, war die These vom Einzeltäter schnell zur Hand, genauso wie nach dem Bomben-Attentat am 26. September 1980 auf das Münchner Oktoberfest, bei dem 13 Menschen starben. Die Tat des Neonazis Gundolf Köhler wurde ebenso aus ihrem politischen Kontext herausgelöst wie heute die Tat Breiviks. Dabei war die Nähe zur rechten Terrorwelle, die Italien seit dem Ende der 1960er Jahren erschütterte, kaum zu übersehen. Die scheinbar willkürlichen Anschläge durch Neofaschisten auf der Piazza Fontana in Mailand am 12. Dezember 1969 und am 2. August 1980 im Bahnhof von Bologna sind bis heute im Gedächtnis geblieben. Sie prägten das politische Klima und waren Teil einer »Strategie der Spannung« zur Herbeiführung eines autoritären Staates.

Nach den Anschlägen von Norwegen schien die antimuslimische, »rechtspopulistische« und »neu rechte« Szene in Schockstarre. Doch schnell ging sie wieder zum Angriff über: Nichts habe sie mit den Anschlägen zu tun. Breivik sei vielmehr »der ultimative feuchte Traum der Linken«, schrieb Martin Lichtmesz in der »Jungen Freiheit« (29.07.2011). Die Linke nutze diese »perfekte rechte Haßikone« nur, um Islamkritik und »Konservative« zu diskreditieren. Auch Götz Kubitschek, Organisator der anti-modernen und antidemokratischen »Neuen Rechten«, ließ alle politischen Skrupel fallen und gab dem neonazistischen Magazin »Zuerst!« ein Interview über Gewalt gegen Deutsche durch »Südländer«. Das Land befinde sich in einem »Vorbürgerkrieg«, raunte er. Breivik war da schon einen Schritt weiter gegangen. Er zog tatsächlich in den »Krieg gegen den Islam«. ■



Mossad, CIA und NATO

Distanzierungen und Verschwörungstheorien

Die organisierte deutsche Neonazi-Szene distanzierte sich eilig von den Anschlägen in Norwegen vom 22. Juli 2011 in Oslo und auf Utøya. Sie fürchtet staatliche Repressionen. Unterdessen schießen Verschwörungstheorien ins Kraut. In rechten Blogs und Foren wird klar, was die Naziszene wirklich über die Morde denkt.

Von Ernst Kovahl

Noch während in Norwegen der Attentäter Anders Breivik seine Morde verübte, wurde im wohl größten deutschen Neonazi-Forum die Debatte eröffnet: »Schade nur das es wohl mal wieder unschuldige Zivilisten erwischt hat. Die Terroristen könnten ruhig mal gezielter Vorgehen«, schrieb der Nutzer »DerniereVolonte« im »Thiazi Forum«, als die ersten Bilder aus Norwegen über die Bildschirme liefen (Fehler i. Orig.). Zu diesem Zeitpunkt spekulierten die Medien noch über einen islamistischen Hintergrund. Das Forumsmitglied zeigte Verständnis: »(W)er die USA bei Ihren völkerrechtswidrigen Vorhaben finanziell und militärisch unterstützt muss zwangläufig mit solchen Reaktionen rechnen«.

»Verständliche Tat«

Mittlerweile umfasst der Diskussionsstrang in dem Forum 1.281 Beiträge (Stand: 05.09.2011). Dort wird wahrscheinlich am ungeschminktesten deutlich, wie die deutsche Neonazi-Szene über den größten rechten Terroranschlag seit Jahrzehnten denkt. Während die NPD oder prominente Aktivisten der Neonazi-Szene um Seriosität bemüht sind und sich vor strafrechtlichen Konsequenzen schützen wollen, bieten die vermeintlich anonymen Foren und Blogs ein ganz anderes Bild: Hier wird Klartext gesprochen. Offene Sympathie, Ablehnung und krude Verschwörungstheorien halten sich die Waage, wie eine Online-Abstimmung zeigte: Ein Viertel der NutzerInnen im vielfrequentierten »Thiazi Forum« lehnt die Tat ab. 17 Prozent halten die Morde aber »aufgrund der allgemeinen Lage in Europa (für) verständlich«, 11 Prozent meinen gar, Breivik gehe »mit einem Beispiel voran«. 22 Prozent halten ihm zwar zugute, er habe »Aktivismus gezeigt, jedoch die falschen Opfer ausgesucht«. Die größte Gruppe neigt dagegen zu dem Glauben, es seien »noch ganz andere Kräfte mit am Werk« gewesen (33 Prozent).

Verschwörungstheorien

Gerade in Blogs und Foren blühten schnell Verschwörungstheorien auf und zeigten die enge Verzahnung von Neonazi-Szene und sogenannten »Infokriegern«. Fleißig wurden hier zahlreiche Artikel und unbewiesene Hirngespinste hin und her kopiert. Ein besonders eindrückliches Beispiel dafür sind die »Freien Kräfte Schwarzwald – Baar – Heuberg«. Auf ihrer Website veröffentlichten sie wenige Tage nach den Attentaten den Text »Mossad, CIA und NATO attackieren die norwegische Demokratie« des Webportals »Politaia«. Dort heißt es, die Anschläge seien »kein reines zionistisches Verbrechen. Vielmehr ist es ein Verbrechen der gesamten Achse des Bösen, welche die westlichen Demokratien in ihren Klauen hält«. Und weiter: »Norwegen wurde von den korrupten und geheimen Kräften hinter der CIA, der NATO und dem Mossad angegriffen, weil es sich weigerte, bei ihrer gesamten Agenda mitzumachen. Sie haben sich ausgerechnet, dass sie […] damit Norwegen in Bezug auf den Palästinenserstaat und Libyen wieder auf Linie bringen könnten«.

Keine NPD-Politik

Auch Per Lennart Aae, parlamentarischer Berater der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag, ahnt Verschwörungen: »Bei den Anschlägen in Norwegen ist (die) Spur der Geheimdienste mit Händen zu greifen«, schreibt er in der NPD-Zeitung »Deutsche Stimme« (DS 9/2011). Die größte Sorge der Partei galt nach den Anschlägen sich selbst, sie fürchtet ein Parteiverbot. »Patriotische Bestrebungen« würden nun – nachdem klar war, dass die Taten rechts motiviert waren – öffentlich diskreditiert, jammerte NPD-Aktivist Patrick Wieschke aus Thüringen in einem Video-»Wochenbrief«. Wäre Breivik in Deutschland Mitglied der NPD gewesen?, will er vom NPD-Bundessprecher Klaus Beier wissen. Der wehrt entschieden ab: »Breivik wäre mit seiner Weltsicht nie Mitglied der NPD geworden. Weil Pro-Israelpolitik und Islamhass keine Meinungen sind, die von der NPD vertreten werden«, behauptet er. Eine politische Nähe zur rassistischen Politik der NPD gebe es nicht, sie werde einzig von den Medien konstruiert, die »von Linksextremisten kontrolliert und manipuliert« würden, glaubt Beier. Und dann verliert er sich in Verschwörungstheorien: »Wer weiß – siehe 11. September – welche Machenschaften und Hintermänner in diesem Fall noch ans Tageslicht kommen.« Die NPD setze statt auf »Gewalt durch gesellschaftliche Gruppen oder Einzelpersonen« auf »Sicherheit durch Recht und Ordnung« und das »staatliche Gewaltmonopol«, so Beier.

Ähnlich klingt auch eine Erklärung des Präsidiums der NPD vom 25. Juli 2011: »Die NPD hat an ihrem strikt rechtsstaatlichen Kurs in der Vergangenheit nie Zweifel aufkommen lassen, weshalb auch jetzt jeder Versuch, eine zugelassene Partei in die Ecke geistiger Brandstifter oder ideologischer Urheber von Wahnsinnstaten wie der von Oslo zu rücken, ins Leere läuft.« Doch dann spricht Aae in seinem Artikel in der DS ungewollt Klartext und zeigt die Nähe zur Tat von Breivik und seinem Vorgehen: »Aus nationaldemokratischer Sicht sollte noch hinzugefügt werden, daß die nach Europa importierten Muslime nicht die Täter, sondern […] selbst Opfer der Überfremdungspolitik sind. Die NPD tritt zwar für eine weitgehende Ausländerrückführung ein, zur Rechenschaft gezogen, und zwar wegen des Verbrechens der systematischen Umvolkung und Überfremdung bei gleichzeitiger Dezimierung des eigenen Volkes, müssen aber eines Tages die heute herrschenden Systempolitiker werden.« Genau so hat auch Breivik gedacht. Ziel seiner Morde waren nicht Muslime, sondern jene, die er für die Immigration verantwortlich hielt. ■

Kleinlaute Rechte

Rechte Reaktionen auf die Massenmorde in Norwegen

Deutschlands antiislamische Rechte wehrt sich verzweifelt dagegen, mit in die politische Verantwortung für die Attentate des rechten Massenmörders Anders Breivik genommen zu werden.

Von Bernhard Schmid

Selten war das rechtspopulistische Anti-Islam-Spektrum so kleinlaut wie nach den Attentaten – jedoch nur für kurze Zeit. Die deutschsprachige rechte Webseite »Politically Incorrect« (PI) berichtete am 23. Juli 2011 unter dem Titel »Fall Anders B., eine konservative Katastrophe« über die Massenmorde von Anders Breivik in Norwegen. In ihrer Bewertung hielt sich PI zunächst zurück. So hieß es in einer ersten Stellungnahme: »Dieser Beitrag soll darum auch eine sachliche Analyse und kein Reinwaschen von Eigenverantwortung sein. All die Zerstörungswut ist nach gegenwärtigen Erkenntnissen das Werk eines einzigen Mannes, der auf der größten islamkritischen Website Norwegens document.no als Kommentator bekannt war. PI hat versucht, mehr über diesen Mann herauszufinden«. Weiter heißt es: »Was er schreibt sind großteils Dinge, die auch in diesem Forum stehen könnten. […] Ob Breivik an einer psychischen Krankheit leidet […], entzieht sich unserer Kenntnis.« Die Website fügte kleinlaut hinzu: »Dennoch ist es wichtig zu bemerken, dass die ‹Bösen› nicht immer nur andere sind. Wir dürfen uns vor lauter Auf-andere-mit-dem-Finger-Zeigen nicht unserer Eigenverantwortung entziehen. Wir stehen in der Verantwortung für unser Handeln und Denken. Und in dieser schweren Stunde ist es unsere Pflicht, die Schuld nicht zuerst bei anderen zu suchen, sondern den Angehörigen unser Beileid auszusprechen.«

»Politically Incorrect« hätte allen Grund zur Selbstkritik gehabt. Denn PI zählt zu den Organen jener rassistischen Rechten, die ihre Kräfte auf den Hauptgegner Islam konzentrieren. Im Juni 2009 rief PI im Vorfeld der Wahlen zum Europaparlament zur Wahl der Partei »Die Republikaner« auf, ansonsten unterstützte sie in jüngerer Zeit die »Pro-Bewegung«. Nach dem Massenmord von Oslo geriet die Website vorübergehend in den Mittelpunkt der kritischen Aufmerksamkeit vieler Medien.

^ Gar nicht kleinlaut – die deutschen Neonazis. Zynisch machen sie sich zu Opfern und sagen »Wir wehren uns« wie hier in Stolberg 2011

»Politically Incorrect« Gegenangriff

Nach einer ersten Phase der Defensive, als die gedankliche Nähe zu dem norwegischen Anti-Islam/MigrantInnen-Blogger »Fjordman« (Peder Are Nøstvold Jensen) und indirekt auch zu Breiviks Ideen deutlich geworden war, ging PI wieder in die Offensive. Zunächst beklagte man sich über kritische Berichte in einem Teil der Medien, etwa am 26. Juli 2011: »Sachlich und ausgewogen ist die Darstellung freilich nicht. Im Gegenteil: die überwiegend einseitige und nicht selten an Verklärung, Verleumdung und Diffamierung grenzende Berichterstattung gibt dem norwegischen Massenmörder in einem Punkt gar recht«. Am 28. Juli 2011 übernahm die Internetpublikation dann Ideen aus einem Leitartikel des Schweizer Wochenmagazins »Die Weltwoche«, einem früher linksliberalen Presseorgan, das in den letzten Jahren scharf nach rechts schwenkte. In dem Zusammenhang war zu lesen: »Wenn man schon nach ‹Schuldigen› sucht, die den Terroristen Breivik zu seiner Tat getrieben haben könnten, dann sind das nicht die ‹Rechtspopulisten›, sondern die undemokratische, entrückte politische Klasse in ganz Europa, die sich permanent weigert, auf die Sorgen der Leute einzugehen, ja, das Volk wird nicht einmal angehört.«

Einen Monat später, am 27. August 2011, hieß es bei PI, in Wirklichkeit seien Islamisten an dem Massenmord Schuld. Denn seine Inspiration habe Breivik bei der Lektüre eines Artikels gefunden, der 2002 erschien – also ohne jeglichen zeitlichen Zusammenhang mit dem Attentat – und von einem salafistischen Kleingrüppchen handelte, das sich in Norwegen für die Einführung eines Scharia-Staats einsetzte. Der elf Jahre zuvor in der Zeitung »VG« publizierte Artikel wurde den LeserInnen mit folgenden Worten präsentiert: »Ein nordischer Blogger hat nach eigenen Angaben die wahre Inspirationsquelle des Attentäters aus Oslo herausgefunden. Sie stimmt mit der Zeit überein, als Anders Breivik den Entschluss fasste, seine Gewalttat vorzubereiten.«

Ansonsten hetzte die Website wieder eifrig gegen Moslems, MigrantInnen, gegen »südländische Straftäter« und gegen – wie man dort formuliert – »Kulturbereicherer«. Wie gewohnt wurden im August penibel Straftaten aufgelistet, welche vermeintlich durch Menschen einschlägiger »ethnischer« Herkunft oder vermuteter religiöser Zugehörigkeit begangen wurden.

Befreiungsschlag der »Junge[n] Freiheit«

Ähnlich wie PI beklagte auch die Wochenzeitung »Junge Freiheit« eine vermeintliche Hexenjagd auf rechte Ideen. So hieß es am 29. Juli 2011: »Anders Breivik ist der ultimative feuchte Traum der Linken. Ist das wirklich zynisch? Daß gerade in dem Moment, als die linken Lebenslügen europaweit zu bröseln beginnen, eine perfekte rechte Haßikone auftaucht, und ihnen einen breiten Hexenhammer in die Hand drückt, muß manchem Linken wohl wie ein Geschenk des Himmels vorkommen. Der ohnehin dauerbeliebte Modus des ‹Verdachts› und der ‹Entlarvung› gegenüber der Rechten läuft nun auf Hochtouren und erreicht neue Spitzen an Hemmungslosigkeit.« Die »neu rechte« Wochenzeitung kam dann vor allem nach dem Ausbruch der Riots in London Anfang August 2011 richtig in Schwung, um gegen »Multikulti« vom Leder zu ziehen. Am 7. August 2011 formulierte sie: »Die drängenden Probleme lassen sich nicht dadurch zukleistern, daß man diejenigen kriminalisiert, die sie aussprechen, weil einer unter Millionen – ein Einsamer und Vereinzelter, der zu lange und zu alleine in die Tiefen des Internet und seiner Seele abgetaucht war – aus dem Benennen katastrophaler Fehlentwicklungen mörderische Konsequenzen zog.« ■

Reaktionen, auch aus der »Freiheitlichen Partei Österreichs«, dem französischen »Front National« oder der »English Defence League« und ihrem Umfeld, untersucht Bernhard Schmid in seinem in diesen Tagen im Verlag »Edition Assemblage« erscheinenden Buch »Distanzieren, Leugnen, Drohen. Die europäische extreme Rechte nach Oslo«.

Rechtspopulismus in Europa

Ein Gespräch mit Professor Dr. Cas Mudde

Die Attentate von Norwegen nahm Horst Zimmer zum Anlass, für DERRECHTERAND mit Professor Dr. Cas Mudde zu sprechen. Er besetzt die Hampton und Esther Boswell-Professur an der DePauw University in Indiana (USA) und ist unter anderem Autor der Studie »Populist Radical Right Parties in Europe« (Cambridge University Press, 2007).

DRR: Die Attentate vom 22. Juli 2011 zeigen, dass Anhänger sogenannter rechtspopulistischer Parteien ebenso wie Neonazis zu Gewalt und Terror als politische Mittel greifen. Dennoch können rechtspopulistische beziehungsweise, wie Sie sagen, populistisch radikal rechte Parteien von »rechtsextremen« und neonazistischen Organisationen unterschieden werden. Wo sehen Sie die Unterschiede?

CM: Zunächst möchte ich betonen, dass Breivik ein ehemaliges Mitglied der rechtspopulistischen »Fortschrittspartei« (FrP) ist und die Partei vermutlich verließ wegen ihrer »zu moderaten« Ansichten. Jedoch gibt es einen entscheidenden Unterschied zwischen der »radikalen Rechten« und der »extremen Rechten«: Die extreme Rechte ist antidemokratisch, das heißt sie verachtet die Volkssouveränität und das Mehrheitsprinzip, während die radikale Rechte die eben beschriebenen demokratischen Prinzipien akzeptiert, jedoch deren liberale Aspekte, vor allem den Pluralismus und Minderheitsrechte, ablehnt. Mithin lehnt die radikale Rechte Gewalt ab, während ein großer Teil der extremen Rechten Gewalt unter gewissen Bedingungen befürwortet.

DRR: Zur Unterscheidung unterschiedlicher Parteitypen ist Ihre Definition meines Erachtens tragfähig. Probleme könnte sie aber verursachen, reale politische Akteure damit zu identifizieren. Gerade im Hinblick auf manche Blogger, die über eine hohe diskursive Macht verfügen und sich implizit in ihren Äußerungen gegenüber Gewalt als Form politischer Auseinandersetzung aufgeschlossen zeigen.

CM: Die Definition wurde in erster Linie erarbeitet, um politische Parteien zu beschreiben – auch wenn ich der Überzeugung bin, dass sie auch allgemeiner verwendet werden kann. Das soll nicht heißen, dass die Definition perfekt ist, oder dass es keine Parteien, Organisationen oder Individuen gibt, die die Grenzen dieser Definition sprengen. Die meisten großen politischen Parteien sind Koalitionen verschiedener Tendenzen, die einen Kompromiss finden müssen. Viele Individuen wiederum sammeln Ideen aus verschiedensten Quellen, woraus eine vielseitige und manchmal höchst inkohärente Ideologie entsteht. Breivik ist dafür ein gutes Beispiel: Er war sowohl beeinflusst von antisemitischen, neonazistischen und extrem rechten Gruppierungen als auch von »philo-semitischen Counterjihadisten«. Er verwendete ein stark religiöses Narrativ und erhob gleichzeitig den Anspruch, (weitgehend) laizistisch zu sein.

DRR: Wo aber verläuft die Trennungslinie zwischen Parteien wie der ungarischen Fidesz-MPSZ, die auf europäischer Ebene zur christlich-konservativen »Europäischen Volkspartei« (EVP) gehört, und eben jenen Parteien wie der norwegischen »Fremskrittspartiet« oder dänischen »Fremskridtspartiet« (dt.: »Fortschrittspartei«)?

CM: Das ist eine sehr gute und schwierige Frage. Nach meiner Definition teilen populistisch radikale rechte Parteien eine Kernideologie von Nativismus, Autoritarismus und Populismus. Dies ist klar ersichtlich bei der dänischen Volkspartei. In Bezug auf die Fidesz-Partei gibt es keinen Zweifel an deren starkem Autoritarismus, aber sowohl ihr Nativismus als auch ihr Populismus scheinen periodischer und strategischer Natur zu sein. Seit die Fidesz 2002 an Macht verloren hat, radikalisierte sich die Partei und ihr Nationalismus und Populismus haben sich stärker ausgeprägt. Es ist jedoch schwer zu bestimmen, wann diese Eigenschaften Teil der Kernideologie einer Partei sind und nicht bloßes strategisches Kalkül, um Wähler zu gewinnen.



^ Professor Dr. Cas Mudde

DRR: Nativismus? Was meinen Sie damit eigentlich?

CM: In der angelsächsischen Diskussion ist das ein verbreiteter Terminus, mit dem ich einen xenophoben Nationalismus verbinde und der für eine monokulturelle Nation eintritt unter Ausgrenzung von »Fremden/m«.

DRR: Welche Themen verbinden denn die rechtspopulistischen Parteien in Europa?

CM: Die thematischen Schwerpunkte der radikalen rechten Parteien sind direkt mit ihren Kernwerten verbunden: Nativismus/Einwanderung, Integration von Minderheiten (in Osteuropa: Juden und Roma) und europäische Integration; Autoritarismus – Kriminalität und teilweise traditionelle Werte; Populismus – Korruption.

DRR: Der Anti-Islam-Diskurs von Seiten der Rechtspopulisten in der Schweiz, den Niederlanden, Deutschland, Skandinavien ist für Sie nur eine Variation des Themas Einwanderung?

CM: Ich glaube, dass Islamophobie in mancherlei Hinsicht eine andere Art von Vorurteil ist als rein ethnische Vorurteile gegenüber Einwanderern oder Antisemitismus. Ich denke, dass die Islamophobie der meisten radikalen rechten Parteien in ihrem Nativismus begründet liegt, und dass ihre libe-

ral-demokratischen und Sicherheitsargumente zweitrangig sind. Aber für andere Menschen und Parteien ist Islamophobie eine Möglichkeit, vorhandene Vorurteile auszudrücken, ohne auf eine ethnisch-nationalistische Ideologie zurückgreifen zu müssen. Sie fürchten nicht alle Einwanderer, oder nicht einmal alle nicht-weißen Einwanderer; sie fürchten sich vor Muslimen und begründen dies mit der Geschlechtergleichheit, den Rechten von Homosexuellen und mit dem Terrorismus. Dies ermöglicht es ihnen, ihre Vorurteile mit ihren liberal-demokratischen Überzeugungen in Einklang zu bringen. Es ist offensichtlich, dass sie nicht frei sind von Vorurteilen und dass ihre Angst vor dem Islam nicht angemessen ist. Mein Standpunkt ist es zu betonen, dass Islamophobie im Gegensatz beispielsweise zu den Vorurteilen gegenüber Türken in den 1980ern und 1990ern eine viel allgemeinere Grundlage bietet und von Menschen und Parteien mit verschiedenen Ideologien vertreten werden kann, selbst wenn sie im Grunde eine liberal-demokratische Überzeugung haben.

DRR: Gibt es überhaupt Themen, die nur in einzelnen Ländern von Rechtspopulisten angesprochen werden?

CM: Beinahe jede Partei hat, zusätzlich zu den oben genannten Themen, einige spezifische Anliegen, wie zum Beispiel der Kampf gegen die Frankophonen und den belgischen Staat des »Vlaams Belang« (VB), die ungarische Minderheit und der ungarische Irredentismus der »Slowakischen Nationalpartei« (SNS) oder die irischen Terroristen als Thema der »British National Party« (BNP).

DRR: Sie nennen, wogegen diese Parteien sind. Was ist ihr positiver Bezugspunkt?

CM: Vereinfacht kann man sagen, dass diese Parteien zurück in die (imaginären) 1950er Jahre möchten, als Europa egalitärer und homogener war – beziehungsweise vorgab, es zu sein – und als sich die Sozialdemokraten noch um die (weiße) Arbeiterschaft kümmerten. Sie sprechen sich für eine uneingeschränkte nationale Souveränität aus. Verglichen mit den gegenwärtigen Einschränkungen eines EU-Mitgliedstaates wünschen sie sich einen monokulturellen Staat, in dem »Fremde« zwischen Auswanderung und Assimilation zu wählen haben. Und wünschen sich eine streng geordnete Gesellschaft ohne Kriminalitätstoleranz.

DRR: Das Potential für die weit rechts stehenden Parteien in Europa bemessen Studien auf ca. acht Prozent. Die rechtspopulistischen Parteien sprechen weit mehr Menschen an. Wer sind ihre Wähler?

CM: Ich weiß nicht, woher Sie diese Zahl haben, sie ist jedoch wesentlich niedriger als jene, die ich aus Studien kenne. Diese Prozentangabe entspricht der sogenannten pathologischen Normalitätsthese von Erwin K. Scheuch und Hans-Dieter Klingemann, welche davon ausgeht, dass in jeder modernen westlichen Gesellschaft eine kleine Anzahl von Menschen mit radikal rechten Ansichten existiert und dass radikal rechte Parteien nur während einer Krise größeren Wählererfolg erreichen können. Die Wahrheit jedoch ist, dass heutzutage große Minderheiten und teilweise sogar Mehrheiten die Kernprämissen der populistischen radikalen Rechten betreffend Einwanderung, Islam, Kriminalität und Korruption unterstützen. Das ist der Grund, weshalb es angebracht ist, von der populistischen radikalen Rechten als pathologische Normalität zu sprechen beziehungsweise von einer Radikalisierung der »Mitte«. Dies meint jedoch nicht, dass alle Menschen, die einige Meinungen mit der populistischen radikalen Rechten teilen, diese Parteien auch wählen. Erstens muss man bedenken, dass diese Menschen auch andere Ansichten haben und diese vielleicht priorisieren (wie zum Beispiel die Wirtschaft oder Arbeitslosigkeit). Zweitens ist es entscheidend, welche Art von populistischen radikal rechten Parteien zur Wahl steht. Es ist um einiges attraktiver eine Partei zu wählen, die gut organisiert und geführt ist wie zum Beispiel der »Front National« oder die »Dänische Volkspartei« als unorganisierte Gruppierungen wie die »Deutsche Volksunion« oder die BNP.

DRR: Derzeit ist in Europa einzig die rechtspopulistische »Lega Nord« an einer Regierung beteiligt. Anderswo, beispielsweise in Dänemark oder den Niederlanden, schaffen sie es indes aus der Opposition heraus, das Regierungshandeln zu prägen. Was bedeutet Ihres Erachtens eine Regierungsbeteiligung solcher Parteien?

CM: Im Allgemeinen ist die Wirkungskraft dieser Parteien weitgehend limitiert und hängt maßgeblich von dem oder den Koalitionspartner(n) ab. In allen Fällen sind die Parteien bloße Juniorpartner und meistens können sie sich bei Themen wie Kriminalität und Einwanderung nur durchsetzen, wenn ihr Koalitionspartner ihre Ansichten ebenfalls unterstützt. In den meisten Fällen haben die Koalitionspartner (vor allem rechte Parteien) ihren ideologischen Wechsel bereits vollzogen, bevor sie mit den rechtspopulistischen Parteien regieren. Zum Zeitpunkt der Koalition sind die Differenzen zwischen den Parteien somit bereits um einiges kleiner. Das heißt, oft spiegeln die finalen Standpunkte eher die Ansichten der Seniorpartner, also der Mitte-Rechts-Parteien, als jene der Juniorpartner.

DRR: Ist es für eine rechtspopulistische Partei nicht sogar günstiger, in der Opposition zu verbleiben, um von dort zu versuchen die Politik zu beeinflussen?

CM: In der Politik hat jede Position Vor- und Nachteile. Eine Partei wie der belgische »Vlaams Belang« war immer in der Opposition – maßgeblich wegen des »cordon sanitaire« – und hat in letzter Zeit an Bedeutung verloren, weil sich viele Wähler sagen, dass die Partei in ihrer ewigen Oppositionsrolle wohl wenig verändern kann. Am Ende werden Entscheidungen von den Regierungen getroffen, nicht von der Opposition, deshalb sollte das Erlangen der Regierungsmacht das höchste Ziel jeder seriösen Partei sein, angenommen die Partei könnte auch reale Macht in der Regierung erlangen (oftmals sind radikale rechte Parteien Koalitionspartner und stellen unerfahrene Minister, die nicht allzuviel erreichen in der Regierung). Im Moment sieht es so aus, als wäre die Unterstützung von Minderheitsregierungen die goldene Lösung (wie es die DFP und PVV tun). Solange man in seinen Kernbereichen (siehe oben) Erfolge feiern kann, kann man diesen nachgehen und gleichzeitig fast alle anderen Grundsätze offen ablehnen. Die heutigen Spannungen innerhalb der dänischen Regierung zeigen aber auch die Schwierigkeiten dieser Strategie auf.

DRR: Rechtspopulisten markieren bestimmte Bevölkerungsgruppen als »Problem« oder »Problemverursacher«, reduzieren komplexe politische Sachverhalte auf dichotome Aussagen und leiten aus alledem radikale Forderungen ab. Doch wie kann dieser Komplexitätsreduktion politisch begegnet werden?

CM: Es ist ein Missverständnis, dass Wähler für diese Parteien aufgrund ihrer vereinfachten Argumentationen stimmen. Einer der zentralen Aspekte politischer Kampagnen ist die Vermittlung einfacher Messages – da sind die populistischen radikalen Rechten nicht alleine. Aber der einzige Weg für andere Parteien, den populistischen rechten Parteien entgegenzutreten ist der, klare, konsistente, ehrliche und ideologische Standpunkte zu entwickeln (in Bezug auf die Themen multiethnische Gesellschaft, Kriminalität, europäische Integration, Korruption), um eine große Gruppe von Bürgern zu erreichen. Und schließlich müssen sie auch danach handeln. Andere Akteure können der populistischen radikalen rechten Propaganda entgegentreten, indem sie auf Fehler hinweisen, indem sie den Vertretern dieser Parteien höflich und gut informiert in Debatten widersprechen und indem sie sich für durch die rechtspopulistische Propaganda Benachteiligte stark machen und ihnen klarmachen, dass diese Parteien nur eine Minderheit der ‹eingeborenen› Bevölkerung vertreten. Denn wir sollten nicht vergessen, dass die liberal-demokratischen Parteien noch immer die große Mehrheit der europäischen Wählerschaft innehat (mit der Ausnahme von vielleicht Ungarn und Italien).

DRR: Vielen Dank für das Gespräch. ■

Langfassung des Interviews auf unser Website: www.der-rechte-rand.de

Wahlkampf mit Rückflugticket
Kommunalwahl in Niedersachsen

»Nationale Politik vom Harz bis ans Meer« verspricht die niedersächsische NPD. Doch in den meisten Teilen des Bundeslandes suchte man die Partei auf den Wahlzetteln zur Kommunalwahl am 11. September 2011 vergeblich.

Von David Janzen

Die Partei gehe »deutlich verstärkt« in die Kommunalwahl, teilte Pressesprecherin Ricarda Riefling zu Beginn des Wahlkampfes mit. Im Vergleich zur Kommunalwahl 2006 hätten sich mehr Kandidaten für die NPD aufgestellt. Doch in lediglich sieben der 38 Landkreise trat die NPD diesmal überhaupt an. Mit dem Lüneburger »UWL/Bündnis Rechte« und dem »Freien Osnabrücker Bündnis« war sie in zwei weiteren Kreisen in einem Wahlbündnis vertreten. Außer in Oldenburg gelang es in keiner der acht kreisfreien Städte Mitglieder oder Unterstützer zur Wahl aufzustellen. Auf Gemeindeebene trat sie nur vereinzelt an. Von einer flächendeckenden Kandidatur und einer landesweiten Verankerung ist die NPD meilenweit entfernt. Dafür fehlt der im Flächenland Niedersachsen gerade mal knapp 500 Mitgliedern zählenden Partei schlicht das notwendige Personal.





^ Patrick Kallweit am 16. Juli 2011 in Bad Harzburg



Regional Präsenz zeigen

Statt auf einen Flächenwahlkampf setzte die niedersächsische NPD auf eine verstärkte regionale Präsenz in einzelnen Landkreisen. Meist dort, wo sie bereits in Kommunalparlamenten sitzt und wo sie durch Unterstützung der lokalen Kameradschaftsszene über ein gewisses Potential an AktivistInnen verfügt. Nach Vorbild des »Sächsischen Weg« präsentiert sich die NPD als »soziale Heimatpartei« und verspricht, die »Bürgerwut in die Parlamente« zu tragen. Auf ein ausformuliertes Wahlprogramm wird meist verzichtet. Dafür greift man auf ein Sammelsurium populistischer Forderungen zurück: »Stopp der Ausplünderung des Autofahrers durch Radarfallen«, »Schluß mit der Abzockerei bei den Parkgebühren« und »Kostenlose Kindergartenplätze und -tagesstätten für deutsche Familien« fordert die NPD in Stade.

Kreistagsmandate

Die KandidatInnen sind bemüht, sich bürgernah und heimatverbunden zu geben, wie beispielsweise der Kandidat im Heidekreis, Matthias Behrens. Er ist stellvertretender NPD-Landesvorsitzender und Aktivist der »Snevern Jungs«. Strategie dieser Kameradschaft ist es schon lange lokale Themen aufzugreifen und sich an Volksfesten, Sportveranstaltungen und der Brauchtumspflege zu beteiligen. Mit einem Ergebnis von 1,96 Prozent wird Matthias Behrens nun künftig im Kreistag sitzen. Marco Bormann, der wie ein großer Teil des niedersächsischen Landesvorstands aus der neonazistischen Kameradschaftsszene stammt, lässt im Wahlflyer der NPD Osterode verlauten, er setze sich für »Volksbegehren auf kommunaler Ebene ein!« Eine Forderung, die allerdings längst in der Gemeindeordnung verankert ist. Zusätzlich zu ihrem bisherigen Ratsitz in Bad Lauterberg zieht die NPD hier mit 1,9 Prozent in den Kreistag ein.

In Vienenburg (Landkreis Goslar) machte sich der junge Ratsherr und Mitarbeiter der sächsischen Landtagsfraktion, Patrick Kallweit, für die örtlichen Vereine stark. Den anderen Parteien wirft er vor, hinter verschlossener Tür eine massive Kürzung der Zuschüsse nach der Wahl vorzubereiten. Professionell gestaltet, auf Hochglanz gedruckt und massenhaft an Haushalte verteilt, erscheint dort der »Blickpunkt Harz«, das Infoblättchen der NPD Goslar. Kallweit fordert darin mehr Transparenz im Rat und mehr »soziale Gerechtigkeit«. Obwohl soziale Themen im Vordergrund stehen, wird auch auf rassistische Ressentiments gesetzt. So verteilte Kallweit Wahlwerbung in Form von »Rückflugtickets«: »Ab Deutschland – Ziel Heimat *** ONE WAY ***« ist dort zu lesen. Zynisch wird angemerkt: »Keine Haftung für Personen- oder Sachschäden«. Selbst hier, im mitgliederstarken Kreisverband Goslar, musste auf Unterstützung von außen zurückgegriffen werden. Und so tingelte der Bundesvorsitzende der JN, Michael Schäfer, mit ein paar NPD-Aktivisten aus dem benachbarten Sachsen-Anhalt durch den Landkreis und verteilte Material an Wahlkampfständen. Das Ergebnis von nur 1,96 Prozent bei der Kreistagswahl dürfte da für Enttäuschung gesorgt haben. Immerhin reichte es aber noch, um einen Sitz für Patrick Kallweit im Kreistag zu ergattern. Sein Ziel im Stadtrat von Vienenburg Fraktionsstärke zu erreichen, verfehlte er allerdings. Mit einem Ergebnis von drei Prozent bleibt es dort bei einem Sitz.

Bürgerfreundlich?

Während der Kallweit das Musterknaben-Image voll und ganz verkörpert, musste mancher Kandidat optisch erst einmal auf Vordermann gebracht werden, wie beispielsweise Daniel Berndt, der Kandidat für Liebenburg (Landkreis Goslar), der im ordentlichen Anzug auf Wahlplakaten zu sehen ist. Bei Aufmärschen trat er allerdings auch schon in einer Aufmachung an, die an eine SA-Uniform erinnerte: Braunes Hemd, schwarze Militärhose und Koppel mit Schultergurt. Nun sind auch noch Bilder aufgetaucht, die ihn in einer Art SS-Uniform mit Hakenkreuzarmbinde zeigen. Der Spagat zwischen der Einbindung der neonazistischen Kameradschaftsszene und der Außendarstellung als bürgerfreundliche »Heimatpartei« gelingt eben nicht immer.

Schwindende Unterstützung

Fast überall musste die NPD Stimmverluste verbuchen. Die bisherigen Sitze in den Kommunalparlamenten kann sie allerdings fast alle behalten. In mehreren Kreistage, in denen die NPD 2006 nicht kandidierte, wird sie nun vertreten sein. Am Schlechtesten schnitt die Partei mit 0,9 Prozent bei der Ratswahl in Bremervörde ab. Sie verliert hier ihren bisherigen Sitz. Das »Freie Osnabrücker Bündnis« erhielt bei der Kreiswahl nur 0,46 Prozent der Stimmen. Das wohl höchste Ergebnis konnte Friedrich Preuß mit 7,3 Prozent bei der Ortsratswahl im Helmstedter Stadtteil Emmerstedt erzielen. Bei der letzten Kommunalwahl erreichte er hier allerdings noch zweistellige Ergebnisse von 10,54 Prozent. Selbst in dieser traditionellen Hochburg konnte die niedersächsische NPD ihren Abwärtstrend nicht stoppen. ■

Wahlkampf in Berlin

Rechte zwischen Provokationen und Nichtwahrnehmbarkeit

Die Wahlen am 18. September 2011 zum Abgeordnetenhaus (Landtag) und zu den Bezirksverordnetenversammlungen (Kreistage) in Berlin sind für das extrem rechte beziehungsweise rechtspopulistische Spektrum von strategischer Bedeutung.

Von Michael Trube & Vera Henßler

Während DVU und »Die Republikaner« in Berlin nicht mehr antreten, findet sich manche/r ihrer KandidatInnen bei NPD und »Pro Deutschland« wieder. Für letztere ist es der erste Wahlantritt außerhalb von Nordrhein-Westfalen. Doch während sie in dem bevölkerungsstärksten Bundesland durchaus kleinere Achtungserfolge erzielen konnten, sehen in Berlin trotz massiver Plakatierung die Prognosen düster aus. Zwar tritt die Partei in allen Bezirken zur Wahl an und hat in 77 von 78 Wahlkreisen DirektkandidatInnen aufgestellt, doch dürfte es ansonsten wenig Grund zur Freude geben. Die Truppe um den aus NRW importierten Manfred Rouhs hat es nicht geschafft, sich als wählbare Alternative zu präsentieren. Grund dafür ist vor allem, dass die Strategie der rassistischen Aufladung lokaler Konflikte und der Selbstinszenierung als »Problemlöser« nicht im Ansatz umgesetzt werden konnte, weil die Verankerung in den Kiezen sowie ein entsprechendes Lokalkolorit fehlen. Entsprechend blieb die »Bürgerbewegung« bei ihren diversen öffentlichen Auftritten unter sich. Selbst der so großspurig angekündigte »Anti-Islamisierungskongress« am 27./28.August bestand lediglich aus einer Kundgebung mit 20 und einer Demonstration mit etwas über 100 Teilnehmenden. Beides kam nur mit umfangreicher personeller Unterstützung aus Nordrhein-Westfalen zustande. Dem Aufbau weiterer Landesverbände und dem zukünftigen Export des Modells »Pro Köln«/»Pro NRW« dürfte ein Scheitern in Berlin allerdings einen deutlichen Dämpfer verpassen.

NPD: Gezielte Provokationen

»Nicht die Klientelpolitik zugunsten des einen oder anderen nationalen Spektrums ist unsere Zielsetzung, sondern eine Öffnung unserer politischen Aussage für breitere Wählerschichten«, proklamierte Uwe Meenen im Januar 2010, kurz vor seiner Wahl zum NPD-Landesvorsitzenden. Davon ist im aktuellen Wahlkampf in Berlin jedoch kaum etwas wahrzunehmen. Vielmehr versucht der Landesverband, mittels gezielter Provokationen Aufmerksamkeit zu erlangen. In der Wahlkampfzeitung wurde ein Kreuzworträtsel mit dem Lösungswort »Adolf« abgedruckt. Eines der Wahlplakate wirbt mit Udo Voigt auf einem Motorrad und der Parole »Gas geben«. Dass die NPD hier gezielt mit Doppeldeutigkeiten spielt, bewies sie auch dadurch, dass dieses Plakat direkt vor dem Jüdischen Museum aufgehängt wurde. Lediglich im Bezirk Treptow-Köpenick versucht die NPD derzeit, lokale Debatten rund um die Flugrouten des neuen Großflughafens Schönefeld zu besetzen. Der Wahlkampf zeigt einmal mehr, dass die NPD mit den gewaltbereiten »Autonomen Nationalisten« (AN) in Berlin eng kooperiert und auf sie angewiesen ist. Die AN nutzten in der ersten Jahreshälfte nicht nur die Parteiinfostände für eine sogenannte »Ausländer Raus«-Kampagne, sondern kandidieren auch für die NPD, die in elf von zwölf Bezirken antritt. Für die eigenen Kundgebungen konnte die NPD niemals mehr als hundert Personen mobilisieren. Sie fanden von der Polizei weitgehend abgeriegelt und unter Protest statt. Die öffentlichen Auftritte verdeutlichen, dass die NPD trotz einer starken Präsenz im Wahlkampf, die sie auch der Unterstützung der AN und auswärtiger Rechtsextremer verdankt, in der Bevölkerung kaum verankert ist. Der aggressiv geführte Wahlkampf, der wie schon zur vergangenen Berlin-Wahl Übergriffe auf politische GegnerInnen mit einschließt, richtet sich vor allem an die Stammklientel der Partei. Dass sie damit trotz der rechtspopulistischen Konkurrenz in einigen Bezirken erneut in die Gremien einzieht, ist keinesfalls unwahrscheinlich.



^ »Pro Deutschland« Anti-Islam-Kleinstaufmarsch am 28. August 2011

»Die Freiheit«: Kaum wahrnehmbar

Nachdem die im Herbst 2010 formierte Partei »Die Freiheit« (DF) im Frühjahr und Sommer 2011 bundesweit Landesverbände gründete, konzentriert sie sich nun auf den Berliner Wahlkampf. Dieser ist weitestgehend auf virtueller Ebene verlaufen: Auf der Straße ist die Partei kaum wahrnehmbar. Erst in der »heißen« Wahlkampfphase wurden einige Busse angemietet, um diese, geschmückt mit Slogans wie »Stoppt islamische Parallelgesellschaften« oder »Null Toleranz für Kriminelle« durch die Stadt zu fahren. Die wenigen Kundgebungen waren schlecht besucht und konnten kaum Außenwirkung entfalten. Dennoch gelang es der Partei, die in Berlin nach eigenen Angaben derzeit rund 300 Mitglieder hat, sowohl mit einer Landesliste für das Abgeordnetenhaus als auch in elf Bezirken anzutreten. Obwohl das Wahlprogramm der Partei im Vergleich zu »Pro Deutschland« ein breiteres Themenspektrum anspricht und rhetorisch gemäßigter ausgearbeitet ist, bleiben die zentralen Themen die Bereiche »Innere Sicherheit«, Migration und direkte Demokratie. Die mangelnde Präsenz in der Öffentlichkeit versucht DF mit Vortragsveranstaltungen auszugleichen, für die sie mehr oder weniger prominente Redner eingeladen hat. Erneut sprach Anfang September daher der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders in Berlin. Doch an den medialen Erfolg seines Auftritts vom Herbst 2010 konnte dabei nicht angeknüpft werden.

In der Gesamtbetrachtung versuch(t)en sich die extrem rechten und rechtspopulistischen Akteure im Berliner Wahlkampf vor allem in der Inszenierung als »Tabubrecher« mit unterschiedlichen inhaltlichen Ansatzpunkten. Die Anknüpfung an Kreise außerhalb der eigenen geringen Stammwählerschaft scheint so offensichtlich aber nicht zu gelingen. ■

Hör mal, wer da hämmert

Hammerskins im Saarland und angrenzenden Frankreich

In den vergangenen Jahren haben die »Hammerskins Westmark« ihren Schwerpunkt bei der Durchführung von Konzerten auf das Saarland und das grenznahe Frankreich verlagert und dort auch gezielt ihre Infrastruktur ausgebaut. Es wurden neue Mitglieder in das Netzwerk aufgenommen und Rahmenbedingungen geschaffen, um Konzerte verschiedenster Größenordnungen durchführen zu können.

Von Patrick Kaiser

Es ist auffällig, dass die in den letzten Jahren im Saarland und im angrenzenden Frankreich durchgeführten Rechtsrockkonzerte ausschließlich von der konspirativ arbeitenden »Hammerskin-Nation« (HSN) durchgeführt worden sind. Von Juni 2008 bis Juli 2011 fanden beispielsweise nahe den deutschen und französischen Ortschaften Eschviller (Lothringen), Schleithal (Elsass), Beckingen-Honzrath (Saarland) und Rohrbach-les-Bitche (Lothringen) Konzerte mit zum Teil mehreren hundert beziehungsweise tausend BesucherInnen statt. Am 9. Juli 2011 wurde ein ursprünglich für Belgien angekündigtes Konzert kurz hinter der deutsch-französischen Grenze durchgeführt, an dem laut Veranstalter mehr als 2.500 Nazis teilgenommen haben sollen – ohne Störungen durch Polizei oder antifaschistischen Protest. Mit der Durchführung eines Konzertes in dieser Größenordnung konnten die neonazistischen Hammerskins nicht nur finanziell einen Erfolg für sich verbuchen.

Führungskader aus Ludwigshafen

Einer der wichtigsten Aktivisten der »Hammerskins Westmark« (der »Gau Westmark« umfasste im Nationalsozialismus das Saargebiet, die Pfalz sowie Lothringen) ist der in Ludwigshafen wohnhafte Malte Redeker. Er ist Inhaber der 2004 gegründeten »Gjallarhorn Klangschmiede«. Dabei handelt es sich um ein Label für Veröffentlichungen extrem rechter Bands, vorwiegend aus dem Hammerskin-Umfeld, sowie um einen Onlinevertrieb für Nazirock, rassistische Literatur, Fanzines und Kleidung. Die »Gjallarhorn Klangschmiede« ist einer der beliebtesten und umsatzstärksten Onlinevertriebe in der Naziszene.

Als Konzertveranstalter verfügt Redeker über eine hohe Kompetenz bei der Durchführung von Nazikonzerten. In Mannheim war er neben Christian Hehl einer derjenigen, die Nazirockkonzerte in einem in Mannheim-Rheinau ansässigen Rockerclub veranstalteten. Bei einem von ihm veranstalteten Konzert 2005 soll die Band »Confident of Victory« das Publikum zu »Sieg Heil«-Rufen animiert haben. Auch an der CD-Produktion der Berliner Hammerskin-Band DST (»Deutsch, Stolz, Treue«) soll er beteiligt gewesen sein. In Zusammenhang mit den beiden letzt genannten Aktivitäten hat die Polizei Strafverfahren eingeleitet. Der Ausgang ist unklar.

Redeker trat in der Vergangenheit immer wieder auch als Finanzier der lokalen Naziszene auf und unterstützte insbesondere das »Aktionsbüro Rhein-Neckar«. Redekers Biographie ist nicht die eines minderbemittelten Nazischlägers. Er lebte längere Zeit im Ausland (u. a. Mexico) und spricht Englisch und Spanisch. Er hat ein Jurastudium begonnen, musste dieses jedoch abbrechen. In seiner Freizeit betreibt er Kampfsport, insbesondere Thai-Boxen. Bereits im Herbst 2005 unterrichtete er Nazis aus dem Umfeld des »Aktionsbüro Rhein-Neckar« im Straßenkampf. Damals trainierte die Gruppe in der Sporthalle der Eugen-Neter-Schule in Mannheim-Blumenau. Die Halle wurde den Nazis von einem dort eingemieteten Karateclub zur Verfügung gestellt. Nachdem die Kampfsportübungen von AntifaschistInnen öffentlich gemacht wurden, musste die Gruppe das Training dort einstellen. Allerdings ist davon auszugehen, dass es immer noch eine aktive Kampfsportgruppe gibt.



^ Malte Redeker (links) als Ordner auf dem Aufmarsch am 1. Mai 2011 in Heilbronn

In der Internetcommunity »Wer kennt Wen« gibt es eine Gruppe »Kampfsport Ludwigshafen«, die sich ausschließlich aus Neonazis zusammensetzt. Auch Redeker ist Mitglied dieser Gruppe. Er selbst trainiert bei

dem in Mannheim Waldhof ansässigen Muay Thai Club »Thai-Storms Mannheim«. Im Frühjahr 2009 nahm er mit den Trainern des Clubs an einer Trainingsreise nach Thailand teil. Darüber veröffentlichte er im Juni 2009 einen umfangreichen Reisebericht im Neonaziportal »Thiazi«. Laut eigenen Angaben in diesem Forum hat er an zahlreichen Wettkämpfen teilgenommen. Zumindest für die »Thai-Storms Mannheim« hat er bis jetzt vier Kämpfe



im Muay Thai bestritten, von denen er drei verloren hat. Seine Frau trainiert und kämpft ebenfalls bei den »Thai-Storms Mannheim«.

In online veröffentlichen Ergebnislisten des Verbandes wird Malte Redeker als »Frederik Redecker« geführt – wahrscheinlich ein Versuch, sich antifaschistischer Recherche und auch Nachfragen von Trainingskameraden zu entziehen.

Neues Personal für die Bruderschaft

Neben Frank Molina, Sänger der Naziband »Jungsturm«, gehören seit 2008 auch die beiden Saarländer Robert Kiefer (Püttlingen) sowie Frank Mailänder (Bous) zu dem Netzwerk und gelten mittlerweile als vollwertige Mitglieder der Hammerskin-Nation.

Die Wahl von Mailänder und Kiefer dürfte nicht nur nach den üblichen Auswahlkriterien (»arische Abstammung«, gefestigtes Weltbild etc.) erfolgt, sondern auch strategisch motiviert gewesen sein: Über die Integration von erfahrenen Führungspersönlichkeiten in ihre Organisation gelingt den Hammerskins der direkte Zugriff auf die regionalen (saarländischen) Kameradschaftsstrukturen und lokalen Nazicliquen. Kiefer und Mailänder gehören beispielsweise im Gegensatz zu Molina seit Jahren zum harten Kern der saarländischen Kameradschaftsszene und gelten dort als einflussreiche Führungspersönlichkeiten.

Dieses Vorgehen bringt mehrere Vorteile zugleich: Den Hammerskins erschließt sich ein neuer »Helferpool« für ihre teils aufwendig organisierten Konzerte. Einzelpersonen, Nazicliquen oder gar ganze Kameradschaften werden für Helferdienste gewonnen, in die Durchführung von Veranstaltungen integriert und können somit zur Etablierung dieser Veranstaltungen beitragen. Ein Teil der von den Hammerskins erwirtschafteten Gewinne aus der Durchführung von Konzerten und dem Verkauf von Rechtsrock–CDs wird wieder zurück in die Szene investiert, um sich nicht einem Bereicherungsvorwurf auszusetzen.

Eine solche Investition in die »Zukunft der Bewegung« lohnt auch finanziell, da nicht nur die Helfer belohnt werden, sondern auch die Kundschaft der nächsten Jahre herangezogen wird. So gleicht das Unternehmen »Hammerskin-Nation« einem modernen Dienstleistungsunternehmen, das sich durch gezielte Einbindung von Personen neue Absatzgebiete und neue Kundenkreise erschließt und dabei auch versucht, seinen Einfluss innerhalb des organisierten Neonazismus auszubauen.

Über die Vorfeldorganisation »Crew 38« (38 steht für »Crossed Hammers«) versuchen die Hammerskins Männer aus neonazistischen Zusammenhängen enger an ihr Netzwerk zu binden und ihre Vorstellungen und Ansprüche in die Szene zu transportieren. Mittlerweile soll es auch zur Gründung einer »Crew 38–Saar« gekommen sein, zur Bündelung der dortigen Kameradschaftsaktivisten.

Proberaum in St. Ingbert (Saar)

Mit dem Proberaum der Band »Jungsturm« auf dem Gelände der ehemaligen Beckers-Brauerei in St. Ingbert (Saar) verfügten die Hammerskins bis mindestens Mai dieses Jahres über einen Ort für kleinere Konzerte und Partys. In den letzten Jahren fanden dort regelmäßig Veranstaltungen statt, vor allem im Vorfeld größerer Konzerte, zu denen aber in der Regel nur die angereisten Bands sowie der engere Kreis um die Konzertveranstalter eingeladen waren. Darüber hinaus wurden dort auch Geburtstags- und Silvesterpartys veranstaltet. »Jungsturm« hat sich mittlerweile als feste Größe im deutschen Rechtsrock etabliert und tritt regelmäßig bei Konzerten im In- und Ausland auf, vor allem wenn es sich bei den Konzertveranstaltern um die »Hammerskin-Nation« handelt.

Konzertgelände in Lothringen

Seit etwa drei Jahren nutzen die Hammerskins ein Gelände hinter der französischen Grenze in der Nähe der kleinen Gemeinde Eschviller, direkt an der Bundesstraße D35A gelegen. Die Einfahrt zum Gelände liegt gegenüber der »Rue de Temple«, welche nach Eschviller führt. Bei dem Grundstück handelt es sich um ein ca. 2000 m² großes, eingezäuntes Wiesengrundstück, welches nicht an das örtliche Wasser- und Stromnetz angeschlossen ist. Das Grundstück soll von saarländischen Kameradschaftsangehörigen gekauft worden sein und seitdem von Robert Kiefer verwaltet werden. Erstmalig genutzt wurde das Grundstück für ein Konzert im Juni 2008, welches ursprünglich in einer Halle in Frankreich stattfinden sollte. Nachdem im Vorfeld mehrere Konzerthallen durch die VermieterInnen gekündigt worden waren, musste das Konzert als OpenAir-Veranstaltung auf besagtem Grundstück stattfinden. Im Anschluss wurde das Grundstück unter Einsatz von schwerem Gerät auch für größere Konzerte tauglich gemacht, indem Bäume gefällt, ein Hang abgegraben und eine provisorische Bühne gebaut wurden. Seitdem ist ein kontinuierlicher Ausbau des Grundstücks zu beobachten.

Somit verfügen die Hammerskins über einen sicheren Konzertort, dessen Vorteile nicht nur in seiner Abgeschiedenheit, sondern auch in der guten Erreichbarkeit liegen. Durch die Lage auf einer Anhöhe inmitten von Feldern können nahezu ungestört Konzerte durchgeführt werden, ohne dass Konzertbesucher durch lästige Beobachter beim »Abhitlern« gestört werden könnten oder die angrenzenden AnwohnerInnen durch Lärm belästigt würden.

Bei der Durchführung von insgesamt drei Konzerten kam es bisher auch von staatlicher Seite zu keinerlei Problemen oder Auflagen. Die französische Gendarmerie beschränkte sich lediglich auf die Regelung des Verkehrs rund um die Einfahrt zum Konzertgelände. Die letzte Veranstaltung fand Mitte August statt: Für den 13. August 2011 wurde zu einem Sommerfest mit Grill und Bier durch die »Freien Kräfte Saar« und die »Crew 38-Saar« eingeladen, an dem aber nur wenige Nazis teilnahmen.

Die Entwicklungen der letzten Jahre deuten darauf hin, dass die »Hammerskins Westmark« ihre Aktivitäten und Strukturen kontinuierlich in der Region ausbauen – konnten sie sich doch bis jetzt nahezu ungestört als wichtigste Kraft im neonazistischen Musikbusiness etablieren. ■

No-Go-Areas in Niedersachsen?

Ein Interview mit Initiativen aus Tostedt und Bückeburg

Die niedersächsischen Kleinstädte Tostedt und Bückeburg zeichnen sich durch folgende Gemeinsamkeiten aus: Es gibt eine aktive Neonazi-Szene, die sich selbstbewusst in der Öffentlichkeit zeigen kann und diejenigen, die nicht in ihr menschenverachtendes Weltbild passen, mittels Anwendung von Gewalt einzuschüchtern versucht. Behörden, Medien und Zivilgesellschaft ignorieren dies oder setzen in Anlehnung an den Begriff »Extremismus« Links und Rechts gleich.

Margarete Schlüter sprach mit AkteurInnen der zu Tostedt arbeitenden antifaschistischen Kampagne »Landfriedensbruch« und der Kampagne »Copy & Paste« aus Bückeburg.

DRR: Stellt Euch, Kampagne »Landfriedensbruch« und Kampagne »Copy & Paste«, bitte einmal vor.

Landfriedensbruch (L): Die Kampagne »Landfriedensbruch – Tostedt hat kein Problem mit Nazis – Wir schon!« ist ein Zusammenschluss verschiedener Antifa-Gruppen und Initiativen aus Niedersachsen und Hamburg. Mit Aktionen und Veranstaltungen wollen wir öffentlich über die Tostedter Verhältnisse und Nazistrukturen aufklären, das örtliche Klima des Verharmlosens und Verschweigens thematisieren und die Opfer der rechten Gewalt unterstützen. Darüber hinaus geht es uns natürlich auch darum, eigene Akzente zu setzen und antifaschistische Strukturen zu stärken.

Copy & Paste (C&P): Die Kampagne »Copy & Paste« wurde Anfang des Jahres 2011 aufgrund zunehmender Naziaktivitäten in Bückeburg gegründet. Sie besteht momentan aus diversen antifaschistischen Gruppen – Antifa-Infoportal Weser/Deister/Leine, dem Ortsverband der Partei »Die Linke« aus Bad Nenndorf und der »Vamos«-Linksjugend aus Stadthagen.

Unser Ziel ist es, Öffentlichkeit zu schaffen und Aufklärungsarbeit zu leisten. Im Hinterland Hannovers befinden wir uns in einer Situation, die typisch für ländliche Regionen ist: Zum einen haben wir es mit einer organisierten und sehr aktiven Naziszene zu tun, zum anderen sehen wir uns mit einer Lokalpolitik konfrontiert, die die Existenz einer solchen Szene leugnet und gleichzeitig bemüht ist, antifaschistisches Engagement als »extremistisch« zu diskreditieren.

DRR: Ist die Neonazi-Szene vor Ort schon seit vielen Jahren aktiv oder erst seit kurzem?

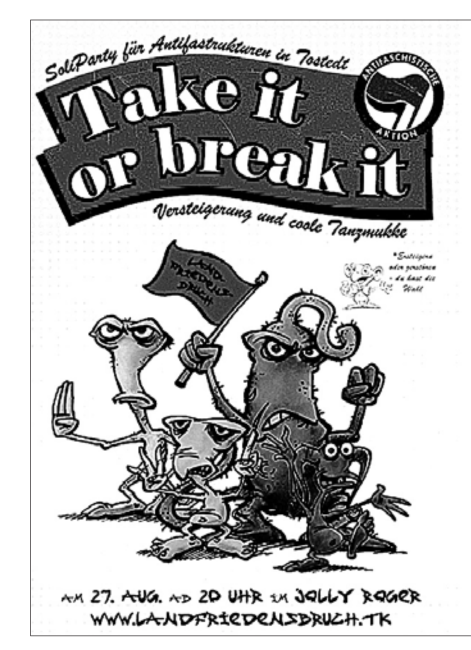
L: Die Situation, wie wir sie heute vorfinden, ist weder neu noch vom Himmel gefallen und zum Teil hausgemacht. Ende der 1980er Jahre etablierten sich rechte Strukturen in Tostedt. Bis Mitte der 90er Jahre gab es eine breite alternative antifaschistische Jugendkultur, der es gelang, die örtlichen Nazis in die Defensive zu drängen. Die um ihren Ruf besorgte Gemeinde initiierte ab 1994 das Projekt der »akzeptierenden Jugendarbeit«: Nichtrechte Jugendangebote im Jugendzentrum wurden unterbunden und antifaschistische Initiativen kriminalisiert. Stattdessen wurde ein Streetwork-Projekt ins Leben gerufen, das den Nazis Räume und finanzielle Mittel zur Verfügung stellte. Mit diesem Ansatz der »akzeptierenden Jugendarbeit« wurde maßgeblich dazu beigetragen, dass sich die Nazistrukturen in und um Tostedt langfristig etablieren konnten. Erschwerend kommt hinzu, dass Polizei und Verfassungsschutz seit Jahren die Situation in Tostedt vertuschen und oftmals ihre schützenden Hände über die Nazis hielten.

C&P: Aktuell haben wir Probleme mit einer äußerst jungen Szene, die hauptsächlich in Bückeburg aktiv ist, zunehmend aber auch im restlichen Landkreis agiert. Die Gruppe gibt es seit 2008. Damals trat sie unter dem Namen »Aktionsgruppe Bückeburg« auf, seit 2011 nennt sie sich »Autonome Nationalisten Bückeburg«. Diesen ist inzwischen ein Kern von rund 20 Personen zuzurechnen und darüber hinaus ein Umfeld von ungefähr 30 Neonazis. Es ist erschreckend, dass es den Nazis so erfolgreich gelingt, ihre Ideen unter Jugendlichen zu verbreiten. Auch in den umliegenden Dörfern und Kleinstädten scheint sich eine rechte Jugendkultur zu etablieren.

Daneben existiert eine ältere Szene, die eine über zehnjährige Tradition besitzt und um die es in den vergangenen Jahren etwas ruhiger geworden ist. Früher traten diese Neonazis unter dem Namen »Kameradschaft Weserbergland«, später unter »Nationale Offensive Schaumburg« auf. Aktuell sind sie im Nazinetzwerk »Westfalen Nord« organisiert. Marcus Winter, einer der Kader in der Region, versuchte sich Mitte des letzten Jahrzehnts auch als NPD-Politiker – feste Parteistrukturen existieren in Schaumburg zur Zeit allerdings nicht mehr.

DRR: In welcher Form sind die Neonazis organisiert?

L: Eine Schlüsselfunktion für die Neonazi-Szene nimmt der Laden »Streetwear Tostedt« ein. Dieser wird von dem verurteilten Totschläger Stefan Silar betrieben und von ihm als »Norddeutschlands größter Szeneladen« angepriesen. Hier bekommt der Neonazi nicht nur alles, was er für den rechten Lifestyle benötigt, sondern der Laden dient auch als Treffpunkt und zur Rekrutierung neuer Mitglieder. Die Basis der Neonaziszene bildet die Kameradschaft »Gladiator Germania«. Diese Kameradschaft fungiert als Sammelbecken für alle möglichen Neonazis von Alt bis Jung. Trotz guter Vernetzung, zum Beispiel zu den Kameradschaften aus Celle oder den »Snevern Jungs« aus Schneverdingen, beschränkt sich der Aktionsradius fast ausschließlich auf die Region. Vielen »Gladiatoren« reicht es, ihren rechten Lifestyle zur Schau zu tragen. Die Gruppe und ihr SympathisantInnen-Kreis versuchen, unter anderem mittels Drohungen und Angriffen auf nichtrechte Jugendliche, eine rechte Hegemonie herzustellen.



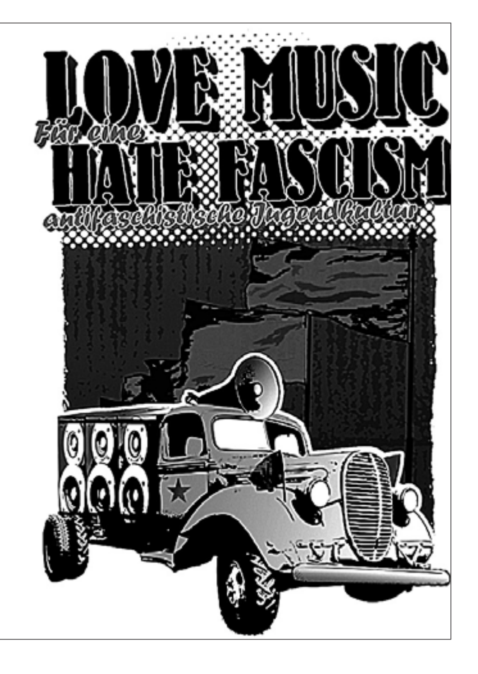
Daneben treten einige der jüngeren Neonazis noch als »Nationaler Widerstand Tostedt« auf. Äußerlich und in ihren Aktionsformen lehnen sie sich an die Autonomen Nationalisten (AN) an. Sie versuchen vor allem junge Leute anzusprechen, stellen regelmäßig Filme bei »YouTube« ein und betreiben Anti-Antifa-Arbeit. Sie sind deutlich aktionistischer und nehmen auch an Aufmärschen teil.

C&P: Ähnlich wie in Tostedt treten die Bückeburger Neonazis als AN und die älteren Nazistrukturen klassisch als Freie Kameradschaften auf. Die Gruppen sind untereinander gut vernetzt. Darüber hinaus gibt es sehr aktive

Verbindungen zu anderen regionalen Nazigruppierungen, insbesondere seitens der »Autonomen Nationalisten Bückeburg« in den Raum Hannover, aber auch in die Region Ostwestfalen-Lippe. »Westfalen Nord« übernimmt offensichtlich eine Art Patenschaftsrolle für die neue Generation in Schaumburg.

DRR: Welche unterschiedlichen Aktivitäten finden seitens der Neonazis statt?

L: Die Aktivitäten der Tostedter Naziszene sind vielfältig. So gab es zum Beispiel »Outing«-Flyer zu vermeintlichen AntifaschistInnen, Veranstaltungen und Partys. Übergriffe auf nichtrechte Jugendliche stehen auf der Tagesordnung. Den traurigen Höhepunkt in der langen Liste rechter Gewalt stellt der Angriff auf ein Wohnhaus dar: In der Nacht des 23. Mai 2010 versuchte ein Dutzend Nazis die Wohnung eines nichtrechten Jugendlichen zu stürmen. Mehrere Menschen wurden dabei schwer verletzt. Als Waffen setzten die Nazis Knüppel und Schaufeln ein, wobei Schwerverletzte beziehungsweise Tote in Kauf genommen wurden.



C&P: Die »AN Bückeburg« fallen vor allem durch gewalttätige Übergriffe, Einschüchterungsversuche und Bedrohungen gegen vermeintliche politische GegnerInnen auf. Es kommt häufig zu physischen Konfrontationen; bei Anschlägen auf Wohnungen wurden mehrmals Fensterscheiben mit Zwillengeschossen und Steinen zerstört. Außerdem verkleben sie massiv Sticker, sprühen Parolen und verteilen Flugblätter für Naziveranstaltungen wie den »Tag der deutschen Zukunft« oder den alljährlichen »Trauermarsch« in Bad Nenndorf. Selbstverständlich beteiligen sie sich auch an solchen Aufmärschen, beispielsweise am 1. Mai 2011 in Halle oder am 4. Juni 2011 in Peine. Sie organisieren auch selbstständige »Spontandemos«, etwa am 28. Mai 2011 in Wunstorf.

DRR: Wie und mit welcher Zielsetzung agiert ihr als AntifaschistInnen darauf? Und mit welchen Problemen seht ihr Euch dabei konfrontiert?

L: In Tostedt war ein Klima des Wegschauens und der Verharmlosung vorherrschend. Angriffe durch Nazis wurden als Auseinandersetzung zwischen Jugendlichen abgetan. Viele TostedterInnen sehen nicht in den Nazis das Problem, sondern in denjenigen, die sich gegen diese wehren. AntifaschistInnen werden als »Störer und Nestbeschmutzer« regelrecht an den Pranger gestellt. Selbst das »Forum für Zivilcourage«, das seit Jahren in Tostedt verschiedenste Veranstaltungen durchführte, äußerte sich des öfteren so und verweigerte sich der Solidarisierung mit den Betroffenen von Neonazi-Gewalt, wenn es sich um linke Jugendliche handelte. Das Forum betonte, dass es gegen jeden »Extremismus« eintritt und reproduziert dadurch ein Verständnis des Extremismusbegriffs, der Neofaschismus und Antifaschismus als zwei Seiten einer Medaille erklärt. Betroffene rechter Gewalt werden so von vornherein kriminalisiert. Gegen dieses Klima versuchen wir zu intervenieren. Uns geht es darum, ein Problembewusstsein zu schaffen und nichtrechten Jugendlichen ein wenig Freiraum zu verschaffen. Bisher gab es diverse Aktionen: Flugblattverteilungen, Infoveranstaltungen, eine Demonstration, Infotische, eine Skate-Veranstaltung und zuletzt ein Open-Air-Konzert.

Ein Paradebeispiel in Sachen politischer Ignoranz und Verharmlosung neonazistischer Aktivitäten und Übergriffe waren die Reaktionen auf unseren Versuch, eine Infoveranstaltung in einer Tostedter Gaststätte durchzuführen: Kurz nach der öffentlichen Ankündigung der Veranstaltung vermittelte die Polizei dem Vermieter, dass er mit Racheaktionen seitens der Neonazis rechnen müsse, wenn er die Veranstaltung in seinen Räumlichkeiten stattfinden lassen würde. Nachdem der Druck durch Polizei, AnwohnerInnen und Neonazis auf den Vermieter zu groß geworden war, musste die Veranstaltung abgesagt werden. Letztlich wurde sie unter freiem Himmel nachgeholt. Im Nachhinein kann die Durchführung aufgrund der großen und auch positiven Resonanz als Erfolg gewertet werden. Rückblickend lässt sich sagen, dass unsere Kampagne erste Erfolge erzielt hat. Zum Einen konnten die Nazis in ihrem Handeln eingeschränkt werden und die Zahl der Übergriffe nahm deutlich ab. Zum Anderen haben sich junge Leute in Tostedt als Antifa-Gruppe organisiert und auch das Verhältnis zum Forum entspannt sich zunehmend. Für unsere Aktionen erhalten wir jetzt auch vermehrt Zuspruch und viele TostedterInnen und auch die Behörden haben begriffen, dass antifaschistische Demos nicht die Zerstörung von Vorgärten und Gartenzwergen zum Ziel haben.

C&P: Ziel unserer Kampagne ist vor allem, ein Bewusstsein für die Naziproblematik in der Stadt herzustellen. Die Ermittlungsbehörden, aber auch die regionalen Zeitungen leugneten lange Zeit die Existenz einer rechten Szene. Wir halten es für notwendig, offensiv gegen neonazistische Tendenzen vorzugehen. Inzwischen haben wir eine Bündnisdemonstration im April 2011 und eine Kundgebung im Juli 2011 gegen rechte Gewalt durchgeführt. Daneben betreiben wir kontinuierlich Pressearbeit, um aktuelle Vorfälle und Tendenzen öffentlich zu machen. Aufgrund unserer Interventionen wird die Bedrohung, die von den Nazis ausgeht, inzwischen ernster genommen. Gleichzeitig werden wir aber immer noch mit der Extremismusdoktrin konfrontiert, mittels derer uns als AntifaschistInnen vorgeworfen wird, genauso gefährlich wie die Nazis zu sein. Das ist natürlich absurd.

DRR: Vielen Dank für das Gespräch und viel Erfolg für Eure weitere Arbeit! ■

http://landfriedensbruch.blogsport.de
http://copyandpaste.blogsport.de
http://recherchebbg.wordpress.com
http://aab.blogsport.de

MARTIN PAPE VERSTORBEN

Bereits am 26. Mai 2011 starb Martin Pape im Alter von 83 Jahren. Bis 1988 war Pape Vorsitzender der von ihm gegründeten und 1995 verbotenen »Freiheitlich Deutschen Arbeiterpartei« (FAP). 1990 gründete Pape die »Deutsche Freiheits- und Arbeiterpartei« (DFA), die letztendlich bedeutungslos war. Bis zuletzt, noch im April 2011, gab Pape die Zeitschrift »Deutscher Standpunkt« heraus – auch sie fand im neonazistischen Spektrum kaum Resonanz.

HERBERT SCHWEIGER VERSTORBEN

Im Alter von 87 Jahren verstarb am 5. Juli 2011 der einstige SS-Untersturmführer Herbert Schweiger, einer der wichtigsten neonazistischen Publizisten und Aktiven Österreichs. Noch 1956 war er Spitzenkandidat der »Freiheitliche Partei Österreichs« (FPÖ) in Graz, später gründete er die »Landesorganisation Steiermark« der 1967 geschaffenen »Nationaldemokratischen Partei« (NDP), die 1988 wegen neonazistischer Wiederbetätigung verboten wurde. Er war auch bei deutschen Neonazis stets ein gern gesehener Redner und hat auf vielen Tagungen, Kongressen und Kundgebungen gesprochen. Die NPD-Zeitung »Deutsche Stimme« (08/2001) untertitelte ihren Nachruf: »Deutschland verliert einen Soldaten, Kämpfer und Programmatiker«.

Weniger Resonanz

Gedenkmarsch in Bad Nenndorf

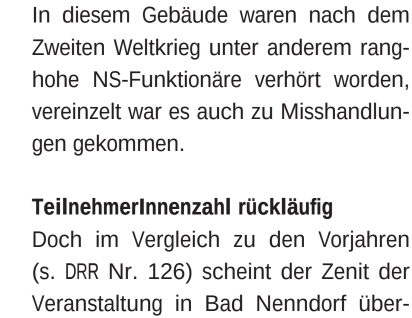
Bereits zum sechsten Mal hatte das extrem rechte »Gedenkbündnis« für den 6. August 2011 zu einem so genannten »Trauermarsch« in die niedersächsische Kurstadt Bad Nenndorf mobilisiert. Mit rund 600 Neonazis ist die TeilnehmerInnenzahl des Aufmarsches in diesem Jahr erstmals rückläufig.

Von Kai Budler

Während die ersten angereisten Neonazis morgens vor dem abgesperrten Bahnhof ausharren, füllt sich der nur wenige Hundert Meter entfernte Platz der Gegenkundgebung stetig. Neben anderen RednerInnen tritt dort auch der Bürgermeister der Samtgemeinde, Bernd Reese, vor das Mikro und erklärt: »Wir wollen diese importierte Neonazi-Szene nicht.« Ein Blick auf die Zusammensetzung des Aufmarsches scheint ihm recht zu geben: Neben Neonazis aus Niedersachsen stellt das Spektrum der »Autonomen Nationalisten« (AN) aus dem Rheinland den Großteil des Personals, andere sind unter anderem aus Hamburg, Berlin und Sachsen nach Bad Nenndorf gereist. Anmelder des Aufmarsches ist der stellvertretende Kreisbereichsleiter der NPD Verden, Matthias Schulz. Bereits 2010 fungierte der 28-Jährige in Bad Nenndorf als Versammlungsleiter, stets in enger Absprache mit Sven Skoda aus Düsseldorf und dem mehrfach verurteilten Neonazi Marcus Winter aus Minden. Winter gilt als Kopf des extrem rechten Zusammenschlusses »Westfalen Nord« aus dem Kameradschaftsspektrum, das maßgeblich hinter der Organisation des »Trauermarschs« steckt. Dementsprechend nehmen nur wenige NPD-Kader an dem Aufmarsch teil. Der Großteil der Teilnehmer entspricht dem Erscheinungsbild der AN. Mit dem Wincklerbad in der Stadtmitte knüpft der »Trauermarsch« an den hohen Mobilisierungswert von Geschichtsrevisionismus an. In diesem Gebäude waren nach dem Zweiten Weltkrieg unter anderem ranghohe NS-Funktionäre verhört worden, vereinzelt war es auch zu Misshandlungen gekommen.



^ Marcus Winter (re.) einer der Mitorganisatoren



TeilnehmerInnenzahl rückläufig

Doch im Vergleich zu den Vorjahren (s. DRR Nr. 126) scheint der Zenit der Veranstaltung in Bad Nenndorf überschritten zu sein: Trotz einer professionell wirkenden Kampagne und zahlreichen Mobilisierungsveranstaltungen im Bundesgebiet ist die Zahl der TeilnehmerInnen deutlich zurückgegangen. Zu den rund 600 Neonazis sprachen der Hildesheimer Neonazi Dieter Riefling, Sven Skoda und der Vorsitzende der »Jungen Nationaldemokraten« in Sachsen-Anhalt, Andy Knape. Aus demselben Bundesland stammt der Redner und Magdeburger NPD-Aktivist Andreas Biere; außerdem sprachen die »free gender«-Aktivistin Mareike Bielefeld aus Thüringen, der Berliner Neonazi Sebastian Dahl, Maik Müller aus Dresden und der junge US-Amerikaner Parker Wilson. Die knapp zweistündige Neonazi-Veranstaltung wurde von lauter Musik und Feierlärm aus Häusern und von Grundstücken entlang der Strecke begleitet: Mit angemeldeten »Privatpartys« machten viele Bad NenndorferInnen ihrem Ärger Luft. Auch während der Kundgebung am Wincklerbad machten es Vuvuzelas, Trillerpfeifen und Sprechchöre den Neonazis schwer, den Redebeiträgen zu folgen. An der Gegenkundgebung und den Protesten beteiligten sich etwa 1.000 Personen. »Wir wollen es den Neonazis so unangenehm und unfreundlich wie möglich machen und ihnen das Deckmäntelchen der ‹Trauerarbeit› herunterreißen«, erklärte Udo Husmann im Namen des Bündnisses »Bad Nenndorf ist bunt«, das in diesem Jahr allein im Stadtgebiet von rund 25 Organisationen unterstützt wurde.

Aufmarschversuch in Bielefeld

Offenbar inspiriert von einer räumlichen Trennung von Kundgebung und Aufmarsch beim »Tag der Deutschen Zukunft« hatte Marcus Winter noch kurz vor dem 6. August in Bielefeld einen Aufmarsch im Anschluss an den »Trauermarsch« angemeldet. Unter dem Motto »Straftätern die Räume nehmen – AJZ dicht machen« wollten etwa 200 Neonazis aus Nordrhein-Westfalen auf dem Rückweg von Bad Nenndorf durch Bielefeld marschieren. Weil jedoch rund 500 Personen den Bahnhofsplatz blockierten, versperrte die Polizei den Weg der aggressiven Neonazis kurz nachdem sie den Zug verlassen hatten. Als Reaktion darauf könnten Bielefeld gleich zwei neue Aufmärsche drohen: Marcus Winter meldete einen Aufmarsch an Heiligabend an, Sven Skoda reichte eine Anmeldung für den Silvestertag ein. ■



»4. NATIONALER FRANKENTAG«

Am 13. August 2011 veranstalteten Neonazis des »Freien Netz Süd« den »4. Nationalen Frankentag« im unterfränkischen Roden-Ansbach. Der Anmelder Norman Kempken klagte die Versammlung beim Verwaltungsgericht in Würzburg durch, nachdem die Verwaltungsgemeinde Marktheidenfeld diese untersagte. Als Verbotsgründe wurden unter anderem die Gefahr der Volksverhetzung, Lärmbelästigung und die schlechte Zugänglichkeit des Festgeländes genannt. Als Redner traten Uwe Meenen, Landesvorsitzender der NPD in Berlin, Edda Schmidt, Bundesvorsitzende des »Ring Nationaler Frauen« (RNF) und Sebastian Schmaus, Nürnberger Stadtrat der »Bürgerinitiative Ausländerstopp« (BIA) auf. Hauptredner war der verurteilte Neonazi Martin Wiese. Vor den rund 500 TeilnehmerInnen spielten die neonazistische Kultband »Die Lunikoff-Verschwörung« aus Berlin, »Untergrundwehr« aus Würzburg und »Flak« aus dem Rheinland. Angereist waren etwa bekannte Neonazis wie Norman Bordin (»Kameradschaft München«), Alexander Neidlein, Landesgeschäftsführer der baden-württembergischen NPD, die »Nationalen Ersthelfer« sowie Mitglieder zahlreicher bayerischer Kameradschaften, unter anderem der »Jagdstaffel D. S. T.« (Bad Tölz), der »Kameradschaft München-Süd-Ost«, der »Kraken München« und des «Fränkischen Heimatschutz« (Coburg).

Kein Sommerloch für Nazis

Von Gera über Geithain nach Leipzig/Roda

Während andere Menschen Urlaub machen, ist der Sommer für die Neonazi-Szene die Zeit der politischen Kundgebungen mit musikalischem Rahmenprogramm – oder, je nach Sichtweise, auch umgekehrt.

Von Silke Heinrich und Peter Conrady

Die NPD Thüringen hatte in diesem Jahr keine glückliche Hand bei der Terminwahl für ihre alljährlichen Polit-Events. Erst fiel im Juni der »Thüringentag der nationalen Jugend« mit dem niedersächsischen »Tag der deutschen Zukunft« zusammen. Und als nun am 6. August 2011 zum neunten Mal das »Rock für Deutschland« über die Bühne ging, fand im niedersächsischen Bad Nenndorf zeitgleich der alljährliche Aufmarsch des dortigen »Gedenkbündnisses« statt (s. S. 16).

Gerade 700 Neonazis fanden schließlich den Weg zur Geraer »Spielwiese«, auf der die Veranstaltung seit mehreren Jahren stattfindet. Die diesjährigen Redner waren der Anmelder Gordon Richter sowie Patrick Weber für die NPD Thüringen; und mit Ingmar Knop und Holger Apfel war auch NPD-Bundesprominenz geladen. Apfel war nicht zum ersten Mal in Gera. Seine Rede, die verschiedene Themen wie Kindesmissbrauch, Integration sowie Hetze gegen die USA und den »Schurkenstaat Israel« enthielt, ähnelte denen aus den vergangenen Jahren. Auch in einem Neonaziforum beschwerte sich ein Besucher, dass sich Apfel »mal wieder eine andere Rede einfallen lassen« sollte. Der Rechtsanwalt Ingmar Knop aus Sachsen-Anhalt polemisierte in seiner Rede gegen die »bekiffte Tuntenrepublik« und »Politiker, die dem deutschen Volk schaden«. Er wolle wieder stolz auf sein Land sein und bekennen können: »Deutschland über alles.«

Die Redner wechselten sich mit insgesamt sechs musikalischen Auftritten ab. Als erstes trat die schwedische Band »Ferox« zusammen mit dem thüringischen Liedermacher »Barny« auf. Es folgten »Selektion«, »National Born Haters« und »Burning Hate«. Musikalischer Höhepunkt waren »Radikahl« sowie die britische Rechtsrocklegende »Brutal Attack«. Wie gewohnt gab es Info- und Verkaufsstände und die in Thüringen obligatorischen Bratwürste.



^ »Brutal Attack« aus England auf dem »Rock für Deutschland«

Geithain: »Tag der Identität«
Eine Woche später, am 13. August 2011, veranstalteten sächsische Neonazis ihren ersten »Tag der Identität« in Geithain. Organisiert wurde die Veranstaltung in der südlich von Leipzig gelegenen Kleinstadt maßgeblich von Manuel Tripp. Der ist dort nicht nur Stadtrat für die NPD, sondern gilt auch als Kopf des »Freien Netz Borna/Geithain«, das mit dem NPD-Kreisverband Landkreis Leipzig als Veranstalter auftrat.

In seiner Rede geißelte Tripp die wirtschaftliche Notwendigkeit für junge Menschen »in ferne Gebiete ab(zu)wandern«. Es drohe die »Entvölkerung ganzer Landstriche«. Er forderte den Kampf »für eine deutsche Volksgemeinschaft, die ihre Identität nicht zugunsten fremdländischer Invasoren« aufgebe. Der Kameradschaftsaktivist Michael Neumann aus Mittelsachsen konnte den Anwesenden dabei von seinen Erfahrungen als »Wirtschaftsflüchtling« in Westdeutschland berichten. Aus dem Spektrum der »Freien« sprach noch Patrick Fischer aus Chemnitz, während der stellvertretende sächsische NPD-Landesvorsitzende Maik Scheffler »zum weltanschaulichen Hintergrund der Veranstaltung« referierte. Die Suche nach Identität setze »die Verinnerlichung unserer gemeinsamen Weltanschauung« voraus, betonte er. Noch in der DDR habe es eine Identität »beruhend auf der gesunden sozialistischen Erziehungs- und Lebensform« gegeben. Dort habe man noch erleben können, »was Sozialismus und eine Volksgemeinschaft« seien. Heute, in dem »System BRD«, sei die Weltanschauung »das Diktat der Hochfinanz und des globalen Kapitalismus«, es herrsche eine »Besatzerdemokratie«. Passend dazu rief der Stützpunktleiter der »Jungen Nationaldemokraten« Lausitz, Pierre Dornbrach, auf, sich zu organisieren und zu schulen, um sich »geistig wie körperlich für den Freiheitskampf unseres Volkes« zu rüsten.

Für »Unterhaltung« sorgten »Priorität 18« um den Dresdner Maik Müller, »Exzess«, »Terroritorium« und »Wiege des Schicksals«. Umrandet wurde das Geschehen auch hier von einschlägigen Infoständen. Die relativ geringe Zahl von 150 TeilnehmerInnen soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich in der Region Geithain eine sehr aktive und elitäre Neonazi-Szene entwickeln konnte. Der »Tag der Identität« diente dabei der Selbstvergewisserung und Selbstbestätigung. Und Tripp kündigte an, die Veranstaltung 2012 erneut durchführen zu wollen.

Leipzig: Wieder Pleite an der Pleiße
Wiederum eine Woche später, am 20. August 2011, wollte die NPD Sachsen am Völkerschlachtdenkmal eine Kundgebung unter dem Motto »Völker zur Freiheit – Nein zur EU-Diktatur!« mit Rednern und Livemusik durchführen. Doch die Stadt Leipzig verbot diese sowie sämtliche Gegenveranstaltungen. Begründung: polizeilicher Notstand wegen der (angeblichen) Gewaltbereitschaft der Neonazis und vor allem der GegendemonstrantInnen. Im Versuch, den Rechtsweg auszuschöpfen, scheiterte die NPD am Bundesverfassungsgericht, das sich in der Kürze der Zeit zu keiner Entscheidung mehr imstande sah. Die Ersatzveranstaltung wurde in Roda auf dem Privatgelände des Landtagsabgeordneten Winfried Petzold durchgeführt. Regelmäßig finden in dem Steinbruch im Leipziger Umland NPD-Veranstaltungen statt.

Szene überfordert?
In den vergangenen Jahren ist die Zahl derartiger Neonazi-Veranstaltungen, insbesondere in Thüringen, Sachsen und Bayern, stetig gestiegen. Neben den Terminschwierigkeiten, die das mit sich bringt, scheinen immer mehr BesucherInnen finanziell überfordert oder übersättigt. Die ersten Veranstalter zogen bereits Konsequenzen: Der »JN-Sachsentag« sowie das »Fest der Völker« finden angeblich aus diesem Grund dieses Jahr nicht statt. ■

Der »Heimattag« als Wasserschlag

Neues Rechtsrock-Event in Thüringen

Mit noch nicht einmal 400 BesucherInnen war Thorsten Heises »Eichsfelder Heimattag« am 3. September 2011 in Thüringen ein Flop. Das Rechtsrockkonzert in Leinefelde musste ohne den Publikumsmagneten »Lunikoff« auskommen.

Von Kai Budler

Bereits mittags wehen die Geräusche des Soundchecks vom alten Sportplatz durch den südlichen Teil von Leinefelde im thüringischen Eichsfeld. Zu diesem Zeitpunkt macht auf der Protestveranstaltung des »Bündnis 3. September« bereits die Information die Runde, dass der von Thorsten Heise als Headliner seines sogenannten Heimattages angekündigte Michael Regener alias »Lunikoff« nicht auftreten darf. Beim Einlass auf dem Sportplatz ist davon nichts zu spüren, vor der Kasse posieren Ordner mit »Security«-T-Shirts, auf denen Logo und Schriftzug der »Arischen Bruderschaft« prangen. Doch dem von Heise als »familienorientierter Teil« beworbenen Nachmittag fehlt das passende Publikum. Das Interesse der etwa 80 Neonazis am Nachmittag gilt weniger Hüpfburg und Kinderschminken als vielmehr den neonazistischen Liedermachern »Torstein« (aka Thorsten Hering) und »Fylgien« (aka Sebastian Döring) sowie den angekündigten NPD-Rednern. Neben dem 42-jährigen Heise als Mitglied des NPD-Bundesvorstandes und Mandatsträger im Eichsfelder Kreistag kündigte die Tagesordnung die NPD-Funktionäre Udo Voigt und Eckhard Bräuniger an. Für den Thüringer Landesverband war Frank Schwerdt zu Gast und aus dem angrenzenden Osterode am Harz reiste der NPD-Multifunktionär Marco Borrmann nach Leinefelde. Nach teils heftiger Szenekritik wegen der Terminüberschneidung mit dem »Nationalen Antikriegstag« in Dortmund hatte Heise sein Programm umgestellt. Die Planänderung sollte den Neonazis auf der Rückreise den Konzertbesuch in den Abendstunden ermöglichen, zusätzlich wurden ihnen Ermäßigungen versprochen. Doch auch diese Werbung verfehlte offenbar ihr Ziel: Höchstens zwei Busse mit Neonazis fanden ihren Weg ins Eichsfeld. Im Gegensatz zu den 1500 angemeldeten TeilnehmerInnen besuchten zum Schluss knapp 400 Neonazis die Veranstaltung.



Die »Verschwörung« ohne Lunikoff

Schon zwei Stunden vor dem angekündigten Konzertbeginn steht das Lübecker Trio »Words of Anger« auf der Bühne des Sportplatzes. Mit einem Auftritt am Vorabend in Dortmund hatte die Band die 1995 gegründete Formation »Oidoxie« bei ihrem Versuch unterstützt, in der regionalen Szene zu punkten. Nachdem der Band um Marko Gottschalk immer wieder vorgeworfen wurde, Konkurrenzveranstaltungen aufgezogen zu haben, stärkte »Oidoxie« nun musikalisch die Vorabenddemo zum »Nationalen Antikriegstag«, in Leinefelde waren sie bereits kurz vor 20 Uhr bei der Zugabe angelangt. Der im Vorfeld groß angekündigte Auftritt der »Lunikoff Verschwörung« um den ehemaligen Landser-Sänger Michael Regener konnte nicht wie geplant über die Bühne gehen. Im Rahmen der Bewährungsauflagen hatte es Regeners Anwalt offenbar versäumt, den Auftritt rechtzeitig anzumelden, auch der Klageweg blieb ohne Erfolg. So musste die »Verschwörung« ohne Regener spielen, seine Rolle übernahmen die Sänger von »Oidoxie« und »Words of Anger«. Unterstützung erhielten sie vom Sänger der Band »Tätervolk« – gegen Mitglieder der Rechtsrockformation wird wegen Volksverhetzung ermittelt.

Heise kündigt weiteren »Heimattag« an

Der »Heimattag« war Heises Versuch, seine kommunalpolitische Verankerung im ländlich geprägten Eichsfeld auch subkulturell zu festigen. Mit seiner langjährigen Erfahrung in der neonazistischen Szene und seinem »W&B-Versandhandel« kann er dabei auf gute Kontakte und ein breites Netzwerk zurückgreifen. Neben dem Versuch, sich als seriöser Kommunalpolitiker zu geben, versucht der 42-Jährige mit der Veranstaltung, den aktionsorientierten Teil der Neonazi-Szene an sich zu binden. Trotz des aktuellen Misserfolgs scheint Heise fest entschlossen, daraus einen festen Termin im Kalender der Neonazi-Szene zu machen: Er kündigte bereits jetzt einen zweiten »Heimattag« im September 2012 an. ■



HESS-GRAB EINGEEBNET

Am 20. Juli 2011 wurden die Reste von Rudolf Heß aus dessen Grab in Wunsiedel exhumiert und das Grab eingeebnet – damit wird die Gemeinde nach 14 Jahren den neonazistischen Wallfahrtsort los. Ohne Heß zu nennen, marschierten aus Protest am 30. Juli 2011 250 Neonazis durch den Ort. Ein öffentlicher Gottesdienst auf dem Marktplatz, den Christian Bärthel versuchte, für den 13. August 2011 anzumelden, wurde verboten. Die Überreste des Hitler-Stellvertreters sollen verbrannt und im Meer verstreut werden, heißt es von Seiten der Familie.

»Groß«-Aufmarsch in Dortmund

Der »Nationale Antikriegstag«

Am ersten Septemberwochenende 2011 kamen bereits zum siebten Mal mehrere hundert Neonazis nach Dortmund, um »gegen imperialistische Aggressionskriege und Kriegstreiberei« zu demonstrieren. Im Laufe der letzten Jahre hat sich der »Nationale Antikriegstag« zu einem Großevent der deutschen und europäischen Neonaziszene entwickelt.

Von Daniel Markgraf

Seit 2005 organisieren die Dortmunder Neonazis jeweils am ersten Samstag im September einen Aufmarsch zum Antikriegstag. Dieser erinnert eigentlich an den Angriff von Nazideutschland am 1. September 1939 auf Polen und den damit beginnenden Zweiten Weltkrieg. Die von den Neonazis skandierte Parole »Nie wieder Krieg – nach unser'm Sieg« offenbart den realen Hintergrund der rechten Antikriegsrhetorik: Ihr liegt keine generelle Ablehnung von Kriegen zugrunde, vielmehr steht die Wahrung der eigenen nationalen Interessen im Vordergrund.
Beteiligten sich im ersten Jahr gerade einmal 200 Neonazis an dem Aufmarsch in Dortmund, steigerte sich die TeilnehmerInnenzahl in den Folgejahren auf bis zu 1.200 (2008) – darunter vor allem Neonazis aus dem Spektrum der »Autonomen Nationalisten« (AN). In den letzten Jahren nahmen indes weniger als 2008 teil. Grund für den Rückgang dürfte vor allem die Tatsache gewesen sein, dass die Naziaufmärsche vom örtlichen Polizeipräsidenten wegen zu erwartenden Ausschreitungen (2009) und kleineren, bei Neonazis gefundenen, selbstgebastelten »Sprengkörpern« (2010) verboten worden waren und erst sehr kurzfristig durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts doch noch ermöglicht wurden. Obwohl es 2011 keine Verbotsversuche gab, folgten lediglich 760 Neonazis dem Aufruf ihrer Dortmunder »Kameraden«. Für den von Dennis Giemsch, Kopf der Dortmunder Neonaziszene, angemeldeten Aufmarsch traten neben dem Anmelder persönlich auch Andy Knape (stellvertretender Bundesvorsitzender der »Jungen Nationaldemokraten« (JN)) und Wolfram Nahrath (ex-Vorsitzender der »Wiking-Jugend«) ans Mikrofon. Darüber hinaus hielten Neonazis aus Bulgarien und Italien sowie den Niederlanden Redebeiträge. Auf der Zwischenkundgebung wurde eine Rede des im Juli 2011 verstorbenen österreichischen Altnazis Herbert Schweiger abgespielt, die er beim »Nationalen Antikriegstag« 2008 gehalten hatte. Darin verpflichtet er seine ZuhörerInnen zur »Substanzerhaltung der gesamten weißen Rasse im europäischen Raum« und fordert sie auf, den »Volksgemeinschaftsgedanken politisch real zu aktivieren«.



^ Am Vorabend: Auftritt der Naziband »Words of Anger«



Um die Entstehung und Bedeutung dieses neonazistischen Großevents richtig verstehen zu können, muss der Blick auf den Entstehungszusammenhang und die Situation der Dortmunder Neonaziszene ausgeweitet werden. In der Ruhrstadt gibt es mehrere Neonazi-Gruppierungen, von denen der »Nationale Widerstand Dortmund« und die mit ihm assoziierten AN die weitaus aktivste Truppe sind – nicht nur in Dortmund, sondern Nordrhein-Westfalen weit. Im westlichen Dortmunder Stadtteil Dorstfeld verfügen die Neonazis über ein »Nationales Zentrum«, einen angemieteten Lagerraum, in dem Vorträge, Kameradschaftstreffen und Partys stattfinden. Darüber hinaus betreibt Giemsch einen eigenen Internetversandhandel und mit »logr.org« beziehungsweise »0x300.com« einen eigenen Bloghoster- und Maildienst. Verbunden mit einer erkennbar starken personellen Basis wird deutlich, dass die Dortmunder Szene über gewachsene Strukturen und das nötige Know-how verfügt und damit in der Lage ist, den »Antikriegstag« langfristig und selbstständig auszurichten.

Volles Programm

Der Aufmarsch zum »Antikriegstag« ist einer der wenigen »Groß«-Aufmärsche der deutschen Neonaziszene. Er ist auch deshalb bedeutend, weil er von den AN eigenständig organisiert wird. Darüber hinaus liegt dessen Popularität nicht zuletzt an dem Rahmenprogramm, das den reisefreudigen »KameradInnen« geboten wird: Bereits in den zwei Wochen vor dem Aufmarsch werden auswärtige Neonazis aus der ganzen Bundesrepublik in rechten WGs einquartiert, um dann mehrere kleinere Kundgebungen und zahlreiche Flugblatt-Aktionen durchzuführen. In diesem Zeitraum haben die Neonazis auch wieder verstärkt vermeintliche und tatsächliche AntifaschistInnen bedroht und angegriffen. Solche nächtlichen Aktionen müssen als Teil der szeneinternen Mobilisierung verstanden werden, die suggerieren sollen, dass es sich lohnt, nach Dortmund zu kommen. Seit dem letzten Jahr findet am Vorabend zudem ein kleineres RechtsRock-Konzert im Innenstadtbereich statt, das als »Kundgebung mit Live-Musik« rechtskonform verkauft wird. 215 Neonazis nahmen in diesem Jahr bereits am Freitagabend an einem Aufmarsch teil und ließen sich anschließend von den Klängen der RechtsRock-Bands »Oidoxie« aus Dortmund und »Words of Anger« aus Schleswig-Holstein beschallen.

Breiter Protest

Zu Protesten gegen den Aufzug der Neonazis haben in Dortmund gleich drei Bündnisse aufgerufen – insgesamt demonstrierten so rund 10.000 Menschen im Rahmen von rund 30 Gegenveranstaltungen gegen die Neonazis. Sicherlich hat dies dazu beigetragen, dass sich die TeilnehmerInnen des vermeintlichen »Antikriegstags« nicht willkommen gefühlt haben. Es bleibt zu hoffen, dass dieser Effekt dafür sorgt, dass nächstes Jahr erneut weniger an diesem neonazistischen Aufmarsch teilnehmen werden. ■

»Wir rufen Deine Wölfe …«

On Tour mit »Blood Axis«

Im August 2011 tourte die US-amerikanische Neo-Folk-Band durch Nordeuropa und präsentierte bedeutungsschwangeren, folkloristisch geprägten Identitätsrock.

Von Erik Peddersen, John Postma, Christoph Schulze und Nora Wolf

»To every sailor the gods have given a comrade While one sleeps the other keeps watch on the bridge«, beginnt das Lied »Song of the Comrade«. Es ist eine Adaption des Gedichts »Kameradschaft« von Herybert Menzel, ein 1945 verstorbener Dichter, der 1933 zu jenen gehörte, die das »Gelöbnis treuester Gefolgschaft« für Adolf Hitler abgaben. Adaptiert wurde es vom Chilenen Miguel Serrano, der als Vertreter des esoterischen Hitlerismus galt. Nachdem das Lied verklungen war, intonierte der Sänger zur Begleitung einer traditionellen irischen Bodhrán-Trommel den altenglischen Song »Mâdhu«, wahrscheinlich verfasst im 10. Jahrhundert. Es folgten weitere Lieder: die Vertonung von Gedichten aus der Hand von Walther von der Vogelweide und Hermann Hesse sowie der Song »Storm of Steel«, der, wie der Vortragende erläuterte, von den Tagebüchern Ernst Jüngers »In Stahlgewittern« (1920) aus dem ersten Weltkrieg inspiriert ist. Mantra-ähnlich hatte der zuvor noch wiederholt: »Wir rufen Deine Wölfe und rufen Deinen Speer. Wir rufen alle Zwölfe vom Himmel zu uns her. Wir rufen Dich vor Allen. Nun kommt die wilde Jagd …«, ein Gedicht aus der Feder Friedrich Hielschers, Freikorps-Soldat und Vertreter der sogenannten Konservativen Revolution, der damit einen nordisch-germanischen Mythos schuf.

Alle Songs, die Michael Moynihan oder seine Frau Annabel Lee im Rahmen ihrer kurzen Nordeuropa-Tournee vortragen, sind derart bedeutungsschwanger – das macht »Blood Axis« aus. Zum Line-up gehörten neben Lee an Geige und Akkordeon David E. Williams am Keyboard, John Murphy am Schlagzeug, Aaron Garlan am Bass und Robert Ferbrache an der E-Gitarre. Der letztgenannte gehört heute mit Lee zur Stammbesetzung der Band und war gerade zuvor noch mit der Gruppe »Slim Cessna« durch Europa getourt.

History

»Blood Axis« wurde 1989 vom damals 20-jährigen Moynihan gegründet. Schon vorher hatte dieser unter dem Namen »Coup de Grâce« Industrial-Musik gemacht und war neben Douglas Pearce von »Death In June« an der als legendär geltenden Osaka-Performance von »NON« beteiligt, dem Projekt des Industrial-Veteranen und Sozialdarwinisten Boyd Rice. Neben ersten Sampler-Beiträgen veröffentlichte Moynihan 1995 auf seinem Label »Storm« eine Split-Single mit der österreichischen Band »Allerseelen«, zu der er eine Cover-Version des »Joy Division«-Klassikers »Walk in line« einspielte. Die kritische Distanz des Originals gegenüber totalitären Massenbewegungen verkehrt sich bei ihm in eine Affirmation, getragen von einem Marschrhythmus und Samples aus einer Rede Adolf Hitlers. 1996 folgte das erste und bis 2010 einzige Studio-Solo-Album der Band mit dem Titel »The Gospel Of Inhumanity«. Ihr eklektischer, neo-klassisch inspirierter Musikstil bestach seinerzeit – vor allem am rechten Rand der »Schwarzen Szene«. Moynihan machte kein Geheimnis daraus, wer oder was ihn für seine Lieder inspiriert. Und den Interviews mit ihm konnte leicht entnommen werden, dass er sich eher als Rechter verstand. Protegiert wurde er hierzulande in den 1990er Jahren entsprechend vom damaligen »Sigill«, dem »Magazin für die konservative Kulturavantgarde Europas«.

Konzerte von »Blood Axis« sind rar. 1998 trat die Gruppe in Esterhofen, Hannover-Laatzen und Meißen auf, 2005 im thüringischen Heldrungen.

^ Michael Moynihan & Annabel Lee (»Blood Axis«) in Kopenhagen

Identitätsrock

Trotz der eindeutigen Bezüge und Stichwortgeber finden sich keine klassisch politischen Texte im Œuvre der Band. Die Lieder handeln vielmehr von Mythen, Volkssagen sowie Kameradschaft, Kampf & Tod. »Blood Axis« wollen »Kultur« machen, nicht Politik. Doch durch Bezüge auf Menzel, Serrano, Jünger und andere einschlägige Dichter und Schriftsteller ist die »Kultur« extrem rechts kodiert. Musikalisch hat sich die Gruppe verändert: früher elektrifiziert und von Samples getragen, heute eher traditionell. In diesem Sinne könnte ihre Musik als eine spezifische Form des Identitätsrock begriffen werden, deren Bezugspunkt eben auch Alt-Europa ist – beziehungsweise das, was die Band damit assoziiert. Untrennbar ist »Blood Axis« mit dem übrigen Schaffen von Moynihan als Autor zu neu-heidnischen Themen und als Mitherausgeber der Buchreihe »Tyr« verbunden. Der Untertitel der Veröffentlichung macht deutlich, worum es geht: »Myth – Culture – Tradition« – ein Versuch, im Sinne des »Integralen Traditionalismus« (René Guénon, Julius Evola) das nordgermanische Heidentum zu retten beziehungsweise zu bewahren und weiterzugeben. Zu den Autoren der bisherigen drei Ausgaben zählen neben Moynihan auch seine Frau Annabel, der Musikerkollege und bekennende Heide Ian Read sowie stets auch Alain Benoist, Vordenker der französischen »Neuen Rechten«.

Waregem …

Zum Tourauftakt am 19. August 2011 im kleinen »The Steeple« in Waregem, Belgien, kam ein buntes Publikum: Punks, Crustcore-Fans, UniformfetischistInnen und solche, die Uniformen mehr als Bekenntnis zu tragen schienen. Auch Metal-Fans, Grufties und Skinheads waren unter jenen, die »Blood Axis« sehen wollten. Odal-Rune, Wolfsangel, »Schwarze Sonne« oder das »Blood Axis«-Logo, das Kruckenkreuz, schmückten so manche. Einige wenige trugen Antifa-T-Shirts, andere indes schwarze Blusen und SS-Käppi. Mitten unter den BesucherInnen war um den Schlagzeuger der mittlerweile aufgelösten niederländischen neonazistischen Band »Brigade M« auch



^ v.l.n.r.: Gerhard Petak (»Allerseelen«), Thomas Bøjden (»Die Weisse Rose«), Jane Elizabeth begleitet David E. Williams

eine Gruppe Neonazis zugegen. Den Abend eröffnete vor rund 250 Gästen der britische Folk-Sänger und Maler Andrew King. Er präsentierte einige traditionelle Lieder und Balladen, teils a capella oder mit minimaler Instrumentierung. Darunter auch jener Song, den er auf einer Split-Single mit »Blood Axis« veröffentlichte. Allerdings begeisterte King, der bis Sommer 2011 zur Neo-Folk-Band »Sol Invictus« um Tony Wakeford gehörte, das Publikum nicht sonderlich. Einen warmen Applaus gab es einzig, als Annabel Lee beim letzten Song King auf der Geige begleitete.

Es folgte der Auftritt von »Allerseelen«, die nur in Waregem als Vorgruppe spielten. Die Band um den Wiener Gerhard Petak ist neben »Blood Axis« ein weiteres ‹Urgestein› vom rechten Rand der Szene. Sie spielte an jenem Abend eine Mischung alter und neuer Songs, teils eher in sich gekehrte Lieder, teils martialisch anmutende – nicht umsonst wird »Allerseelen« heute dem Genre »Military« zugeordnet. Petak indes ist kein Entertainer: Emotionslos stand er das Konzert über auf der Bühne, sang seine Songs und starrte ins Publikum oder besser durch es hindurch. Mit Moynihan verbindet ihn unter anderem die Begeisterung für Karl Maria Wiligut, den vermeintlich magischen Berater des Reichsführers SS Heinrich Himmler. Und auch er vertonte jüngst ein Gedicht von Herybert Menzel.

… Leipzig …

Am 20. August folgte das Gastspiel in der »Theaterfabrik« in Leipzig. Im Vorfeld war über das Konzert rege und kontrovers diskutiert worden: »Nazi-Band« oder nicht? Zumindest äußerlich sollte der Abend unverfänglich wirken: Am Eingang des ‹Theaters› hing eine Liste mit Symbolen aus, die beim Konzert nicht gezeigt werden durften, darunter das Hakenkreuz, Thor-Steinar-Kleidung und Triskelen. Viele der über 500 Gäste nutzten den Aushang, um davor kichernd für Erinnerungsfotos zu posieren. Nichtsdestotrotz trugen nicht wenige im Publikum rechte Symbole, vor allem solche, die auf dem Aushang nicht abgebildet waren. Hineingelassen wurde indes auch einer, der eine rote Armbinde mit weißem Kreis und einer Triskele in der Mitte trug. Angereist waren die BesucherInnen aus vielen Teilen Deutschlands und teilweise auch aus dem näheren europäischen Ausland. Optisch dominant waren szenetypische schwarze Outfits, aber auch einige Metal-Fans, Skinheads und Fans in völkischer »Tracht« mischten sich unter das Publikum, ebenso wie etliche Mitglieder der neonazistischen Kameradschaftsszene aus Leipzig sowie Protagonisten der »Neuen Rechten«.

In Leipzig verlieh die Hallenser Gruppe »Barditus« der Tour Lokalkolorit. Der uninspirierte Neo-Folk der 2004 gegründeten Gruppe vermochte beim Publikum jedoch nicht recht zu zünden. Ebenso wenig wie die holprige Interpretation von »Des Geyers schwarzer Haufen«, das Sänger Uwe Nolte augenzwinkernd als »Liedgut der NVA« ankündigte. Das um 1920 entstandene Stück besingt eine Episode aus den Bauerkriegen und zählte tatsächlich zum Repertoire der DDR-Armee NVA. Freilich gehörte es zuvor, so dürfte wohl das Augenzwinkern zu interpretieren sein, zum Liedgut der Waffen-SS.

Es folgte der Auftritt von Andrew King, der beim Publikum, das »Blood Axis« entgegen zu fiebern schien, ebenso wenig verfing. Er hatte nicht nur mit der Saunaatmosphäre im Saal zu kämpfen: Auf seine ausschließlich englischen Ansagen folgte ein unfreundlicher Zwischenruf: »Red mal deutsch!«. Dem kam Moynihan nach, der mit seinen fünf Mitmusikern mit frenetischem Applaus begrüßt wurde und noch mit seinen Sprachkenntnissen zu brillieren wusste. Die lokalen Diskussionen um den Auftritt der Band kamen während des Konzerts indes nicht zur Sprache. Nur als zwischen zwei Liedern im Hintergrund ungeplant leise Tonbandmusik zu hören war und Annabel Lee sich beschwerte, rief jemand aus dem ZuschauerInnenraum: »Bestimmt die Antifa!«. Der Saal lachte.

… Kopenhagen …

Nach einem freien Tag gastierten »Blood Axis« am 22. August in Kopenhagen. Auch hier führten manche ihren militaristischen Lifestyle vor: Eine junge Dame erschien in einem knappen Kostüm in Feldgrau mit Schiffchen auf dem Kopf. Ihr Begleiter klassisch mit schwarzem Hemd, kurzen blonden Haaren und obligatorischer österreichischer Flecktarnjacke. An der Kasse wurde klar: Sie kamen aus Deutschland. Tatsächlich waren beinahe alle, die so oder so ähnlich ausstaffiert waren, aus dem Nachbarland angereist. Die Veranstalter der »NeoFolk Industrial Society« namens »Bragi« hingegen trugen Hemden, die an die Hawaii-Mode der 1970er Jahre erinnerte. Zwar waren unter den rund einhundert BesucherInnen auch einige Metal-Fans, das Gros hingegen trug Alltagskleidung.

Den Abend in der dänischen Hauptstadt eröffnete der Keyboarder der Band, David E. Williams, mit einem Soloprogramm – unterstützt bei zwei seiner düster-zynischen und misanthropischen Songs von Jane Elizabeth vom US-amerikanischen Ableger des deutschen Plattenlabels »Tesco«. Es folgte das dänische Projekt »Die Weisse Rose« um den Kopenhagener Thomas Bøjden, eine ‹All-Star-Band›: Einstieg und Ausklang intonierte der Brite Ian Read. Kim Larson von der dänischen Neo-Folk-Band »Of the Wand & the Moon« sowie Ian Murphy, der vor allem als Schlagmann von »Death In June« bekannt geworden ist, begleiteten Bøjden musikalisch. Der präsentierte sich mit Flecktarnhose und einer Gürtelschnalle mit dem Wehrmachtsslogan »Gott mit uns«. Im Hintergrund waren auf einem Tisch ein Wehrmachtsstahlhelm und ein Julleuchter aufgebaut – letzterer wurde zu Beginn des Auftritts weihevoll durch Ian Read entzündet. Musikalisch dominierte der Rhythmus von Trommeln die Musik, ergänzt durch Einspielungen vom Computer. Die Inszenierung der Band als ambivalent und geheimnisvoll verlor sich schnell. Übrig blieben peinlich martialische Gesten und Posen, während sich die Trockeneisschwaden mit Beschwörungen der völkischen Freiheit verbanden und Bøjden einen SS-Dolch mit dem Wahlspruch »Meine Ehre heißt Treue« in die Höhe reckte. »Our blood, our life, our shame will be too long«, intonierte der dazu – und auf Deutsch fügte er hinzu: »immer vorwärts«, »weiter und weiter«.

… und anderswo

»Blood Axis« gastierten abschließend noch in Helsinki, Finnland, und auf dem heidnischen Festival »Menuo Juodaragis« (»Black Horned Moon«) in Litauen. Die Auftritte, zumindest an den drei erwähnten Orten, glichen sich: Sie endeten stets mit einem Song aus dem Frühwerk der Gruppe, »We walk in line!« – ohne Hitler-Sample. ■

»Transatlantik Linie«

Ein angemeldetes Neonazi-Konzert

Während vielerorts versucht wird, Konzerte in Kombination mit einer politischen Versammlung zu ermöglichen, gingen Neonazis in Sachsen-Anhalt einen anderen Weg – sie meldeten ihr Konzert einfach bei der zuständigen Behörde an.

Von Jochen Jansen

Über Monate wurde das Konzert mittels einer eigenen Website beworben: »16.07.2011 Live in Deutschland. Die Transatlantik-Linie. Amerika – England – Deutschland«. Angekündigt wurde der Auftritt von »Youngland« (USA), »Legion of St. George« (England) und »White Resistance« (Erzgebirgskreis/Kreis Zwickau), »Sturmtrupp« (Neuburg a. d. Donau) sowie »Nordfront« (Hannover) – alles einschlägig neonazistische Bands. Ein konkreter Ort wurde nicht genannt, einzig der Großraum Magdeburg angekündigt. Die Eintrittskarten konnten online bestellt werden.



^ Eingang zum Festivalgelände

Die offensiv öffentliche Ankündigung verwunderte. Der politische Hintergrund der Bands (zumindest die beiden ausländischen Bands pflegen gute Kontakte zu dem in Deutschland verbotenen »Blood & Honour«-Netzwerk) sowie ihre politischen Texte (von einigen sind Tonträger in der Vergangenheit indiziert oder gar beschlagnahmt worden) ließen vermuten, dass die Polizei die Veranstaltung verhindern würde. Vor allem da es in Sachsen-Anhalt bis 2010 einen Konzerterlass gab, der solches unterbinden solle. Doch je näher der Termin rückte, desto mehr deutete sich an, dass dies nicht geschehen würde. Auch die Veranstalter, Oliver Malina und Marcus Winter, sind einschlägig bekannt. Letzterer gehört zu den Organisatoren des so genannten »Trauermarsches« in Bad Nenndorf – entsprechend hieß es auf dem Flyer zum Konzert am 16. Juli: »Wir unterstützen die Arbeit des Gedenkbündnis Bad Nenndorf«.

Um Rechtssicherheit herzustellen, wurde das Konzert beim zuständigen Ordnungsamt frühzeitig angemeldet. Das erklärt, warum auf der Homepage stets verkündet wurde, dass das Konzert sicher stattfinden werde. Diese Strategie ist nicht neu, aber selten. Nur wenige derartige Veranstaltungen wurden in den letzten Jahren angemeldet und konnten schließlich auch stattfinden – bekannte Beispiele waren die Konzerte im März 2002 in Dortmund mit 1.300 BesucherInnen (s. DRR Nr. 76) und im November 2005 mit 300 BesucherInnen mitten auf der Hamburger Reeperbahn. Häufiger ist es heute, derartiges als politische Versammlung anzumelden, um so in den Schutz zu gelangen, der diesen Veranstaltungen gesetzlich eingeräumt wird – doch in Nienhagen gingen die Organisatoren einen anderen Weg.

Schon seit rund vier Jahren werden auf dem Freigelände, auf dem auch die Veranstaltung am 16. Juli stattgefunden hat, RechtsRock-Konzerte durchgeführt – allerdings nicht in dieser Größenordnung. Und auch dieses Mal hatten die Veranstalter die Wiese legal vom Privatbesitzer angemietet. Dort konnte das Konzert, bis auf Kontrollen durch die Polizei, ungestört stattfinden. Nach intensiver Beschäftigung mit der Sachlage hatte das Magdeburger Innenministerium erklärt, dass es keine Möglichkeit gäbe, das Konzert zu verbieten. Begründet war dies wohl in der Befürchtung, dass ein solches Verbot vor Gericht nicht standhalten würde. Denn daran, dass die neonazistischen Veranstalter im Falle eines Verbotes vor Gericht ziehen würden, hatten sie im Vorfeld keinen Zweifel aufkommen lassen und konnten so Druck auf die zuständigen Behörden erzeugen. Immerhin waren die Behörden nach einem Rechtsstreit in Folge eines kurzfristigen Verbots eines zweitägigen Festivals im August 2009, auf dem als Headliner »Kategorie C« spielen sollte, anschließend vor Gericht unterlegen. Die Veranstalter hatten entsprechend die besseren Karten. Demzufolge konnten sie das neonazistische Konzert völlig legal durchführen. Sicherlich, es wurden Auflagen verhängt, manche Lieder durften nicht gespielt und bestimmte Symbole nicht gezeigt werden, doch der Veranstalter kam ihnen nach: »Das Konzert ist genehmigt, alle Auflagen wurden erfüllt!!!«, schrieben sie wohl sichtlich erfreut auf der Website.

Rund 1.000 Neonazis kamen schließlich in das kleine Dorf mit 400 EinwohnerInnen. Die Polizei war vor Ort. Eine Wolfsburger Security-Firma in Zusammenarbeit mit der Kameradschaft »Honour & Pride« aus Salzgitter sicherte den Ablauf. In Foreneinträgen zeigten sich die BesucherInnen später sehr zufrieden mit der Veranstaltung: »Daumen Hoch an die Veranstalter in diesen Zeiten noch so ein Teil durchgeboxt zu kriegen«, schrieb einer. Manche waren angesichts des gesicherten Rechtsstatus' und der Bands indes verwundert, dass letztlich nicht mehr gekommen waren – machten dafür aber ein Überangebot an Veranstaltungen im Sommer verantwortlich. Der Veranstalter zeigte sich hingegen zufrieden: »Am 16.7. erfolgte die langersehnte Jungfernfahrt unseres Flaggschiffs der Totenkopfreederei! Mit Erfolg! Wir können von einem ausverkauften Schiff sprechen«, schreiben sie, gehen aber auch auf Kritik am Durchgreifen der Ordner bei Verstößen gegen die Auflagen ein: »Wer in der brd ein Konzert anmeldet und durchführen möchte, bekommt nun einmal einen ‹Auflagenbescheid›. Anders als bei Demonstrationen, gilt der eben für alle gleich! Strafbare Handlungen führen zum sofortigem Ausschluss, oder eben Abbruch der Veranstaltung! Im schlimmsten Fall sogar zu einem Strafverfahren gegen den Veranstalter wegen der Duldung von Straftaten!«. Und sie kündigen an, dass es auch 2012 einen »heissen Tanz« geben werde, »wenn es wieder heisst: Volle Fahrt voraus!!!«. In Nienhagen dürfen sich die BürgerInnen wohl auf eine Wiederholung dieses Großevents einrichten. Vielleicht gelingt es AntifaschistInnen, sie mit neuen Konzepten für hoffentlich zukünftige Proteste gegen die Nazi-Veranstaltung zu gewinnen – Antifaschismus in der Provinz, immer eine Herausforderung. ■

»Sieg Heil« beim Burschentag

Flügelkampf in der »Deutschen Burschenschaft«

Der Flügelkampf in der »Deutschen Burschenschaft« (DB) spitzt sich zu: Die konservative und die ultrarechte Fraktion formieren sich und arbeiten an Strategien, um spätestens beim Burschentag 2012 eine Entscheidung zu erzwingen.

Von Jörg Kronauer

Deutlicher hätte die Kampfansage kaum ausfallen können. Gerade war der Burschentag vom Juni 2011 vorbei (s. DRR Nr. 131), der dem ultrarechten Flügel der »Deutschen Burschenschaft« (DB) einen handfesten Eklat eingebrockt hatte – seine Forderung, Burschenschafter müssten weiterhin deutsche Abstammung nachweisen können, war vom Wochenmagazin »Der Spiegel« mit dem Etikett »Ariernachweis« versehen worden –, da legten Verbandsmitglieder vom konservativen Flügel auch schon nach. Der »Frankfurter Rundschau« wurden Papiere der »Arbeitsgemeinschaft Marburg« zugespielt, eines innerverbandlichen Bündnisses, das dem konservativen Flügel neue Stoßkraft verleihen will. Darin hieß es, man stelle fest, »dass ein Fortbestehen der Deutschen Burschenschaft mit der Burschenschaftlichen Gemeinschaft«, dem innerverbandlichen Zusammenschluss des ultrarechten Flügels, »nahezu unmöglich geworden« sei. Wieso? »Wie während eines jeden Burschentages«, hieß es exemplarisch zur Begründung, sei auch 2011 in Eisenach »wieder lautes ‹Sieg Heil›-Geschreie im Brunnenkeller zu hören« gewesen, es sei gar »mit dem Absingen geschmackloser Lieder abgerundet« worden. Man werde, teilte die »Arbeitsgemeinschaft Marburg« angeekelt mit, die »an einer zukunftsorientierten und undogmatischen Debatte interessierten Bünde« im nächsten Semester zu einer Tagung einladen, um sich für die nächste Runde im DB-internen Flügelkampf zu wappnen.

»Halt den Laden übernehmen«

Ähnliches hat zur Zeit auch die »Burschenschaftliche Gemeinschaft« (BG) im Sinn. Man müsse schon jetzt beginnen, sich auf den nächsten Burschentag vorzubereiten, heißt es in einem Schreiben eines Alten Herrn der Burschenschaft »Tuiskonia« Karlsruhe, das durch ein Leak an die Öffentlichkeit kam. Dazu gehöre es, die Fehler der Vergangenheit zu analysieren und für die nächste Zeit eine »monatsgenaue ‹Roadmap›« zu erstellen, um mit geschickter Bündnispolitik möglichst viele noch nicht festgelegte Bünde auf die eigene Seite zu ziehen und mit präzise aufeinander abgestimmten Anträgen inhaltlich beim Burschentag 2012 maximale Wirkung zu erzielen. Wenn gar nichts anderes funktioniere, dann könne man immer noch unter dem Motto »übernehmen wir halt den Laden« nächstes Jahr sämtliche entscheidenden Verbandsfunktionen übernehmen: »Nur wenn die BG ihre Führungsrolle ausspielt und dieser klar sichtbar gerecht wird, sind wir für uns nahestehende Bünde attraktiv.«



∧ Trotz heißer Kontroversen vergnügt beim »Burschentag«

Die Chancen der BG stehen gut. Ihr gehören zur Zeit 45 Burschenschaften an, das ist mehr als ein Drittel der gesamten DB. Der konservative Flügel ist seit 1996 dramatisch geschwächt, als zahlreiche konservative Bünde den innerverbandlichen Kampf gegen die Ultrarechten als aussichtslos einstuften, austraten und die »Neue Deutsche Burschenschaft« gründeten. Dieser gehören heute über 20 Burschenschaften an. In den letzten Jahren haben weitere Austritte den konservativen Flügel geschwächt, so dass er der BG rein zahlenmäßig deutlich überlegen ist. Hinzu kommt, dass die nicht auf eine der zwei Fraktionen festgelegten Bünde oft sehr weit rechts stehen. Die zwei Marburger Burschenschaften »Normannia Leipzig« und »Rheinfranken« etwa, aus denen heraus in den 1990er Jahren der Hochschulverband der Partei »Die Republikaner« aufgebaut worden war, gehören der BG ebensowenig an wie die Burschenschaft »Normannia-Nibelungen« zu Bielefeld, die seit Jahren mit rechtslastigen Mitgliedern und Referenten von sich reden macht. Die Ergebnisse bei innerverbandlichen Abstimmungen in den letzten Jahren belegen es: Im Zweifelsfall hat der ultrarechte Flügel seine Mehrheit sicher; die Überlegung, »halt den Laden zu übernehmen«, ist keine hohle Drohung, sondern durchaus realisierbar, wenn auch – weil dann die restlichen konservativen Bünde wohl wirklich austräten – nur um den Preis einer weiteren Schwächung des Dachverbandes.

»Glaubwürdig gegen Umvolkung«

Der Flügelkampf wird mit immer härteren Bandagen geführt. Der konservative Flügel, der wohl für das DB-Leak, die Weitergabe interner Dokumente an die Medien, verantwortlich ist, hat damit einen so starken öffentlichen Druck provoziert, dass die BG recht kräftig einstecken muss. Als sie im Juli ihr 50-jähriges Bestehen im »Sudetendeutschen Haus« in München feiern wollte, da setzte die Hausherrin, die nicht gerade linkslastige »Sudetendeutsche Stiftung«, sie vor die Tür. Man überlasse, erklärte die Stiftung zur Begründung, die Räumlichkeiten nur Mietern, die »deutlich zum Ausdruck« brächten, dass ihre Veranstaltung »keine rassistischen, antisemitischen, diskriminierenden oder antidemokratischen Inhalte haben wird«. Das saß. Auf dem rechten Flügel konsolidiert man entsprechend die Kräfte. Kann die DB, fragte ein Alter Herr der Burschenschaft »Danubia München« werbend, »glaubwürdig gegen Umvolkung und Überfremdung auftreten, wenn sie allen Ausländern freien Eintritt einräumt?« Die natürlich rhetorisch gemeinte Frage entstammt einem Artikel, den Fred Duswald in der österreichischen Zeitschrift »Die Aula« veröffentlicht hat, die wiederum dem rechten Flügel der »Freiheitlichen Partei Österreichs« nahesteht. Gegen Duswald ist unlängst Anzeige erstattet worden, weil er in der »Aula« KZ-Häftlinge als »Kriminelle« bezeichnet hat. Männer seines Schlages sind gefragt, sollte die BG tatsächlich die harte Schiene fahren und beim Burschentag im nächsten Jahr alle entscheidenden Verbandsposten übernehmen. ■

Terraingewinne

Die »Neue Rechte« und ihr Mediennetzwerk

Eine Debatte um Akteure des »Institut für Staatspolitik« zeigt, wie die »Neue Rechte« Terraingewinne in den Medien verzeichnen kann.

Von Jana Bleibrecht

Es kam überraschend. »Marine-Zeitschrift verhöhnt tote Gorch Fock-Kadettin«, titelte die »Bild«-Zeitung am 7. Juli 2011 – andere Medien zogen nach. Anlass war der Artikel »Gleichstellung um jeden Preis?« von Erik Lehnert in der Zeitschrift »Marineforum. Das maritime Geschehen im Blick« (7-8/2011). In ihm klagte der Geschäftsführer des »neu rechten« »Institut für Staatspolitik« (IfS), dass die Bundeswehr zum »Experimentierfeld einer Gleichheitsideologie« geworden sei, weil auch Frauen den Dienst an der Waffe leisten dürften, die dafür körperlich nicht geeignet seien. Zu den Konsequenzen gehöre »nicht zuletzt der Tod der Kadettin auf dem Segelschulschiff Gorch Fock im November 2010«, schrieb Lehnert. Was er verbreitete, war ein Aufguss jener Thesen, die das IfS in seiner »Wissenschaftlichen Reihe« bereits im Frühjahr 2011 veröffentlicht hatte.

Verteidigungsfall

Kaum war die Kritik in der Presse verlautet, wurde im neurechten Spektrum der Verteidigungsfall ausgerufen. Das Blog der IfS-Zeitschrift »Sezession« feuerte erste Salven. Und der verantwortliche Redakteur Götz Kubitschek freute sich, dass in den Online-Kommentarspalten von »Bild«, »Welt online« und »Financial Times« »bislang 500 Kommentare!« erschienen waren – auf die eigenen Kombattanten sei Verlass, so die Botschaft. Unterdessen interviewte die »Junge Freiheit« (JF) Lehnert. Schleierhaft sei ihm, wie »der Bild-Autor zu dieser Unterstellung gekommen ist«, rätselt er dort: »Offenbar sind die von mir genannten Fakten nicht zu widerlegen, so daß man meint, mit Unterstellungen arbeiten zu müssen«. Die Verteidigung wirkte: Im »Focus« vom 18. Juli 2011 machte sich Michael Klonovsky (s. DRR Nr. 128) die Argumentation des IfS und Lehnerts zu eigen – für einen Frontalangriff auf die Gleichstellungspolitik. Im Fall der toten Kadettin enthülle sich die »Gender-Ideologie in aller Deutlichkeit, dass sie nicht nur männerabwertend und unsittlich, sondern […] auch frauenfeindlich sein kann«, schrieb er.

Diffamierung der Kritik

Das IfS hatte zunächst keine Zeit, den diskursiven Erfolg zu genießen, denn zwischenzeitlich war ein neuer Verteidigungsfall eingetreten: Am 14. Juli 2011 wurde auf der Webseite der »Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München« (a.i.d.a.) veröffentlicht, dass Martin Böcker, der neue Chefredakteur der »Campus. Zeitung des studentischen Konvents« und Stammschreiber in »Sezession« und JF, ein »neu rechtes« Blog betreibt und jüngst an einer klandestin vom IfS durchgeführten Ehrung von Oswald Spengler teilgenommen hatte (s. DRR Nr. 130). »Wann hat der deutsche Offizier die Möglichkeit, einen wirklich unbequemen Standpunkt frank und frei zu äußern, ohne dabei Laufbahnnachteile zu riskieren? Als General a. D.? Vielleicht. Sicher jedoch als studierender Offizier unter dem Schutz der Pressefreiheit. Diesen Umstand werden wir schamlos ausnutzen«, schreibt der Oberleutnant und Student der Bundeswehr-Universität München im Editorial der ersten von ihm verantworteten Ausgabe. Auch hier wird die Frage nach Frauen in der Bundeswehr gestellt, nebst einer Anzeige des IfS für ihre Schrift: Für den »Bayrischen Rundfunk« Anlass, das Thema in einem von Robert Andreasch, Autor in DERRECHTERAND, produzierten Beitrag aufzugreifen.

Verteidigungslinie

Nur Stunden später standen »Sezession« und JF Gewehr bei Fuß. Kubitschek beklagte noch am Abend des 14. Juli, dass »seit einigen Stunden etliche Zeitungen das immergleiche Durcheinander voneinander ab[schreiben]: Martin Böcker sei ein rechter Aktivist im Dienstgrad eines Oberstleutnants, habe an einer geheimen Kranzniederlegung der extremen Rechten in München teilgenommen und über das von ihm als Chefredakteur geführte Magazin Campus rechtsextremes Gedankengut an die Bundeswehruniversität in München getragen.« Er spricht von einer durch a.i.d.a. verursachten »Kampagne« und nennt die Initiative »linksextrem« – ein üblicher Beißreflex gegen antifaschistische KritikerInnen. Auch die JF springt Böcker bei: Seine Teilnahme an der Gedenkveranstaltung zu Spengler wird nicht geleugnet, nur sei das kein Aufmarsch der extrem rechten Szene gewesen, sondern »eine vom Institut für Staatspolitik organisierte Kranzniederlegung am Grab des Philosophen Oswald Spengler zu dessen fünfundsiebzigsten Todestag« – mit rechts, so die Botschaft, habe das nichts zu tun. In der Folge ziehen andere aus diesem Milieu nach – die Rahmung bleibt: Böcker sei Opfer einer »linksextremen« Kampagne. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Hochschulpräsidentin hochschulintern längst vom »Campus«-Magazin distanziert. Sie hatte mit einer E-Mail die Studierenden am 7. Juli auf die Problematik des Heftes aufmerksam gemacht. Gegen ihre Intervention bezogen daraufhin Michael Wolffsohn und Carlo Masala, beide Professoren an der Bundeswehruniversität, öffentlich Position. Sie beklagten die Einschränkung der Meinungsfreiheit und verteidigten JF und IfS.

Am 19. Juli griff dann Marc Felix Serrao (s. DRR Nr. 128) den Skandal in der »Süddeutschen Zeitung« auf und machte sich die Argumentation von »Sezession« und JF zu eigen: »Was dabei in keinem Fall thematisiert wurde, ist das politische Milieu der Autoren des Abendschau-Films, die dort nur als ‹BR-Reporter› vorgestellt wurden«. (Erstaunlich ist, dass die Zeitung ansonsten wiederholt berichtete, dass a.i.d.a. erfolgreich gegen seine Erwähnung im bayerischen Verfassungsschutzbericht geklagt hatte.) Serraos Text war ein Signal: Auch der »Deutschlandfunk« und die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« (FAZ) prangerten nun die Kritiker an. Patrick Bahners griff in der FAZ die Universitätspräsidentin an und warf ihr einen Eingriff in die Meinungsfreiheit vor. Derart bestärkt, wurde der Skandal Böcker zu einem Dauerthema im Netzwerk um »Sezession« und JF. Gekonnt wussten sie sich als Verfolgte und als eigentliche Hüter der Meinungsfreiheit darzustellen.

Netzwerk funktioniert

Das Resümee der Debatte fällt in der aktuellen Ausgabe der »Sezession« (43/2011) positiv aus. Dass die »Neue Rechte« aus einer Verteidigungsposition im Sturmangriff Terraingewinne verzeichnen konnte, verdanke sie, so Karlheinz Weißmann im Editorial der »Sezession«, »der Graswurzelopposition« im Internet und vor allem der »nüchternen Stellungnahme« von Klonovsky und Serrao. Und genau das ist die Erkenntnis, die aus der Causa Böcker zu ziehen ist: Die Online-Medien dieses Milieus haben sich in den letzten Jahren gut verankert und konnten sich über verschiedene gesellschaftliche Debatten am rechten, noch als demokratisch akzeptierten, Rand etablieren. Und sie haben es geschafft, in wichtigen Medien Verbündete zu finden, die – wie im Falle Bahners – sich ihrer Themen bereitwillig annehmen. ■

Internationaler »Willi-Wanka-Kreis«

Gesinnungsgemeinschaft Sudetendeutscher Wahrheitssucher

Der »Internationale Willi-Wanka-Kreis« (IWWK) Sudetendeutscher »Vertriebenen«-AktivistInnen besteht mit seiner Vorläuferorganisation »Wenzel-Jaksch-Kreis« schon seit 1975. Bis heute ist der IWWK mit seiner revisionistischen und antisemitischen Ideologie völlig unbeachtet geblieben.

Von Lara Schultz und Robert Andreasch

Vom 13. bis 17. Juni 2011 trafen sich in der sudetendeutschen Bildungsstätte »Heiligenhof« in Bad Kissingen rund zwei Dutzend Personen zu einem Seminar unter dem harmlos klingenden Motto »Betrachtungen zum deutsch-tschechischen Verhältnis von beiden Seiten der Grenze«. Der »Heiligenhof«-Geschäftsführer und örtliche CSU-Vorsitzende Steffen Hörtler höchstpersönlich leitete das Treffen, die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) gab einen Zuschuss.

Dasselbe Seminar war zugleich, wenn auch unter dem Titel »Sind Vertriebene museumsreif?«, vom »Internationalen Willi-Wanka-Kreis« als eigene Veranstaltung beworben worden. Dieser nennt sich selbst, je nach Gelegenheit, »Arbeitskreis ehemaliger sudetendeutscher Sozialdemokraten« oder »Gesinnungsgemeinschaft sudetendeutscher Wahrheitssucher« und hat Mitglieder in Deutschland, Spanien, Schweden, Kroatien und den USA. Namensgeber Willi Wanka hatte ab 1939 als Funktionär der »Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei« in der damaligen Tschechoslowakei die Auswanderungsaktion sudetendeutscher Sozialdemokraten nach British Columbia organisiert und flüchtete selbst ins Exil dorthin. Aus Empörung über die Ostpolitik Willy Brandts spaltete sich die Gruppe 1975, zunächst unter dem Namen »Wenzel-Jaksch-Kreis«, von der sozialdemokratischen »Seliger-Gemeinde« ab. Auf Anfrage betonte deren Bundesgeschäftsstelle, dass der »Internationale Willi-Wanka-Kreis« »überhaupt nichts mit der Politik sudetendeutscher Sozialdemokraten zu tun hat«.

Suspekte Referenten

Die »Sudetendeutsche Zeitung« berichtete vom Seminar in Bad Kissingen (»Willi-Wanka-Kreis besucht Prag«), allerdings mit großen Auslassungen. Kein Wort war beispielsweise zu lesen von den Referenten Gerhard Zeihsel (Wien) und Dr. Andreas Wesserle (Wisconsin). Zeihsel, Bundesobmann der »Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich«, gehört zum extrem rechten Rand der »Freiheitlichen Partei Österreich« (FPÖ). Wesserle veröffentlichte im Jahr 2008 sein Buch »Die Kriegsmacher« beim extrem rechten »Druffel & Vowinckel«-Verlag. Die Arbeit daran hatte der einschlägig bekannte Mäzen Patrik Brinkmann mitfinanziert. In der »Nationalzeitung« vom 27.05.2011 lobte Wesserle den DVU-Gründer Dr. Gerhard Frey in einem Leserbrief für dessen Artikel »Bedroht uns der Islamo-Faschismus?« und beendet den Leserbrief mit der Aufforderung: »Nur weiter so!«. Bei den Veranstaltungen des IWWK im »Heiligenhof« stellen derartige Redner keine Ausnahme dar: 2010 trat dort der amerikanisch-kroatische Publizist Tomislav Sunić auf. Sunić war im gleichen Jahr an Veranstaltungen beteiligt, die in Zusammenhang mit dem holocaustleugnenden »Institute for Historical Review« standen und referierte zuletzt beim Lesetreffen des extrem rechten »Zuerst!«-Magazins in Pommersfelden (s. DRR Nr. 130). Der IWWK-Vorsitzende Dr. Rudolf Pueschel (Roseville, USA) sprach über »die Unterwürfigkeit der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Israel«. Im Jahr davor war der Geschichtsrevisionist General a. D. Gerd Schultze-Rhonhof eingeladen und beklagte »das tschechisch-deutsche Drama 1918-1939”.



^ »Sudetenboten«-Chefredakteur Dr. Hans Mirtes

Gut vernetzt

Im Spektrum der »Vertriebenen«-Organisationen ist der IWWK gut vernetzt: Kontakte bestehen unter anderem zur »Europäischen Union der Vertriebenen und Flüchtlinge« (EUFV), zur »Sudetendeutschen Landsmannschaft« (SL) Oberbayern und zu Peter Barton, Leiter des »Sudetendeutschen Büros« in Prag. Mit offen revanchistischen Gruppen wie der »Studiengruppe Erbland Sudetenland« (StES) und dem »Witikobund« schloss sich der IWWK im Jahre 2003 zur »Sudetendeutschen Initiative« (SDI) zusammen, um vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vermeintliche Besitzansprüche in Tschechien durchzusetzen.

»Sudetenbote«

SDI-Mitbegründer Dr. Hans Mirtes (Frontenhausen), ehemaliger Bundesvorsitzender des »Witikobundes« und aktuell Vorsitzender der »Arbeitsgemeinschaft Sudetendeutscher Lehrer und Erzieher« übernahm vor zwei Jahren die Chefredaktion des IWWK-Blättchens »Sudetenbote«, das seit 2011 in Kooperation mit Mirtes‘ StES erscheint. Im »Sudetenbote« werden antisemitische (»Ostküste«), revisionistische (»die Gewalt der Verbrechen nach Krieg und Kapitulation der deutschen Wehrmacht«) und revanchistische (»die bedingungslose Rückgabe des Sudetenlandes«) Beiträge veröffentlicht. Zu den Autoren gehören unter anderem Gerd Kresse von der »Schlesischen Jugend« und Oberstleutnant a. D. Max Klaar vom extrem rechten »Verband Deutscher Soldaten«. Regelmäßig werden Artikel aus anderen Publikationen der extremen Rechten übernommen, zum Beispiel aus der Zeitschrift »Sezession« oder von der Homepage der »Nationalen Sozialisten Mainz-Bingen-Kreuznach«. In Anzeigen und Buchempfehlungen erscheinen ausschließlich Bücher extrem rechter Verlage wie Ares, Arndt und Grabert.

Für den »Sudetenboten« spenden Ortsvereinigungen des »Bund der Vertriebenen« (BdV), der SL und bekannte »Vertriebenen«-Funktionäre wie Dr. Walter Staffa oder Edmund Liepold. Die größten Einzelspenden kommen von der »Hausner-Foundation«, der Stiftung der US-amerikanischen Aktivistin Hermine Hausner, für die Hans Mirtes wiederum als »Stiftungsvorsitzender« firmiert. Auf dem seit 2008 bei der Volksbank Dingolfing geführten Konto des nicht gemeinnützigen »Sudetenboten« gehen so jährlich rund 3.000 Euro ein. Geld, mit dem nachweislich auch das jährliche Pfingstseminar des IWWK mitfinanziert wird. ■

Muttersprache und Vaterland

Ohne Sprachreinheit droht der Untergang

In Deutschland führen Sprachpuristen seit über hundert Jahren einen Kampf gegen das »Fremdwörterunwesen«. Bereits in der völkischen Bewegung im Kaiserreich wurde gegen eine »Verwelschung« angekämpft und »Verdeutschungs-Wörterbücher« verfasst, wie es Thilo Sarrazins Urgroßonkel Otto Sarrazin (1842-1921) tat. Auch heute noch führen Sprachkonservative den »Kampf gegen das Fremdwortunwesen« und das »Anglizismen-Problem«.

Von Lucius Teidelbaum

Sprache dient den Sprachpuristen bei genauerer Betrachtung erkennbar als Projektionsfläche. Über sie leben sie einen Nationalismus aus, der anderswo tabuisiert scheint. Ihr Verständnis von Sprache ist dabei statisch: Im Widerspruch zur Realität nehmen sie Sprache nicht als eine sich ständig weiterentwickelnde Kommunikationsform wahr, sondern als unveränderlich. Die Versuche von Sprachkonservativen, einen sprachlichen Status Quo aufrecht zu erhalten, sind allesamt gescheitert und müssen es letztlich auch, weil sie dem Wesen der Sprache zuwider laufen.

Der auf die Sprachebene verlagerte Nationalismus verrät sich selbst durch seine Sprache, beispielsweise wenn Klemens Weilandt auf einer Regionalversammlung des »Verein Deutsche Sprache« (VDS) zum Thema »Auf Samtpfoten – Über Anglizismen, die sich (fast) unerkannt seuchenartig ausbreiten und einnisten« referiert.

Die deutschen Sprachpuristen fordern nicht nur einen »Kulturprotektionismus« auf Sprachebene, sie praktizieren auch einen kulturpolitischen Antiamerikanismus: »Denglisch« schreiben sie einer angeblichen kulturellen Hegemonie der Vereinigten Staaten zu. Sie haben Angst vor dem »Eindringen angloamerikanischer Wörter in die Alltagssprache« und dem daraus folgenden »Identitätsverlust der betroffenen Völker und Volksgruppen«. In den »Sprachpolitischen Leitlinien« des »VDS« heißt es entsprechend: »Immer mehr Sprecher und Schreiber in Europa übernehmen angloamerikanische Wendungen in ihren Sprachgebrauch. Diese Entwicklung ist nicht nur eine Modeerscheinung – sie schwächt vielmehr auch die sprachliche und kulturelle Eigenständigkeit der europäischen Länder bis hin zur politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Abhängigkeit Europas von den USA. Die sprachliche Eigenständigkeit als wichtigstes Merkmal der wirtschaftlichen und kulturellen Selbstbehauptung der europäischen Länder droht so allmählich verloren zu gehen.«

Die rechten Hüter

Der 1997 gegründete gemeinnützige VDS mit Geschäftsstelle in Dortmund ist die einflussreichste Organisation in der Lobby der Sprachschützer. Er zählte nach eigenen Angaben im Jahr 2011 rund 34.000 Mitglieder in über 100 Ländern und seine Vereinszeitung »Sprachnachrichten« erscheint in einer Auflage von 30.000 Exemplaren. Im Jahr 2008 beschloss der VDS eine Kooperation mit dem deutschtümelnden »Verein für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland« (VDA). Es gelingt dem VDS auch, prominente Fürsprecher zu gewinnen: Laut ihrer Homepage gehören zu den Mitgliedern unter anderem der Sänger Reinhard Mey, der Spiegel-Autor Matthias Matussek, und der Komödiant Dieter Hallervorden. Die Mitgliedschaft von konservativen Rechten wie dem verstorbenen Paneuropa-Union-Chef Otto von Habsburg oder der Vorsitzenden des »Bundes der Vertriebenen«, Erika Steinbach, verwundert dagegen kaum.

Dem VDS nahe steht der »IFB Verlag Deutsche Sprache GmbH« mit Sitz in Paderborn. Zu dessen Autoren zählt auch Prof. Dr. Menno Aden aus Essen. Er ist Mitglied des VDS-Vorstandes, Vorsitzender der braunen »Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft« und »Alter Herr« des »Corps Franconia« Tübingen. Der Rechtsanwalt zählte im Übrigen auch zu den Erstunterzeichnern des »Manifestes gegen den Linkstrend« in den Unionsparteien.

Der 2000 gegründete »Verein für Sprachpflege e. V.« (VfS) mit Sitz in Erlangen ist ähnlich ausgerichtet wie der VDS. Der VfS gibt das Blatt »Deutsche Sprachwelt« (DSW) mit einer Auflage von bis zu 50.000 Stück heraus. Erster Vorsitzender ist Thomas Paulwitz aus Erlangen, der seit 2002 Beiträge für die »Junge Freiheit« (JF) verfasst und der extrem rechten »Zuerst!« (01/2010) ein Interview gab. Zudem ist er »Alter Herr« der »VDSt zu Erlangen« (Anm. des Autors: »Verein Deutscher Studenten«) und Träger des »Gerhard-Löwenthal-Preis«, einer Auszeichnung aus dem Kreis um die JF.

Sprach»reinheit« als Ziel

In Ignoranz um das Wesen von Sprachen wird versucht, die deutsche Sprache »rein« zu halten beziehungsweise von Neuzugängen, die als »undeutsch« wahrgenommen werden, zu »reinigen«. Auch wenn beispielsweise Prof. Dr. Walter Krämer, erster Vorsitzender des VDS, bestreitet, »Fremdwortjäger« zu sein – in Wahrheit geht es den Sprachpuristen genau darum. Der Diskurs um das »Denglische« lebt von der Vorstellung eines »reinen« Deutsch, das es vor englischen Vokabeln (Anglizismen) zu schützen gelte. An diesen Diskurs kann problemlos die extreme Rechte anschließen. Auch dort wird über Anglizismen diskutiert. Während jüngere Kameraden häufig lieber trendy sein möchten, kritisieren Traditionalisten und Angehörige der völkischen Szene diese Entwicklung. Bei ihnen heißt auch im Alltag das T-Shirt »T-Hemd«, das Internet »Weltnetz«, die CD »Lichtscheibe« und aus dem Webmaster wird der »Netzwart«. ■

OTTO VON HABSBURG VERSTORBEN

Am 9. Juli 2011 verstarb Otto von Habsburg. Der älteste Sohn des letzten österreichischen Kaisers wurde 98 Jahre alt. Entsprechend der Tradition im Hause Habsburg wurde sein Leichnam in der Kapuzinergruft in Wien beigesetzt, das Herz hingegen im ungarischen Kloster Pannonhalma beerdigt. Auf der Trauerfeier in München würdigte in Kardinal Reinhard Marx: »Danke für das, was Du für Deine Familie, für dieses Land, für Europa und auch für die Kirche getan hast.« Otto von Habsburg bekleidete von 1973 bis 2004 das Amt des Präsidenten der »Internationalen Paneuropa-Union« (PEU) (s. DRR Nr. 62). Seit 2004 war er dessen Ehrenpräsident. Für die CSU, die eng mit der PEU und den Vertriebenenverbänden verbunden ist, saß er 20 Jahre bis 1999 als Abgeordneter im »Europäischen Parlament«. Er vertrat die Idee eines »europäischen Volkgruppenrechts« und die Einigung Europas zu einer christlich, abendländlichen Wertegemeinschaft.

»Historikerstreit«

Neue Offensive zur Entsorgung deutscher Geschichte

Der 1986 begonnene »Historikerstreit« über die Bedeutung von Faschismus und Shoah für das Selbstverständnis der Bundesrepublik erfährt derzeit eine Neuauflage. Ist es bisher nicht gelungen, die Shoah im Meer der Verbrechen des 20. Jahrhunderts untergehen zu lassen, soll mit der erneuten geschichtspolitischen Debatte die Spezifik deutscher Geschichte mit der Chimäre des Totalitarismusbegriffs zum Verschwinden gebracht werden.

Von Gerd Wiegel

Für die alte Bundesrepublik war der »Historikerstreit« aus dem Jahr 1986 eine zentrale geschichtspolitische Debatte, deren Heftigkeit sich aus der grundlegenden Differenz speiste, welche Bedeutung die Vergangenheit von Faschismus und insbesondere Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden für das Selbstverständnis der Bundesrepublik zukünftig haben solle. Die aktuellen Versuche der Wiederbelebung dieser Debatte ignorieren die geschichtspolitische Entwicklung seitdem völlig – ausgehend vor allem von Mathias Brodkorb, SPD-Landtagsabgeordneter in Mecklenburg-Vorpommern, Betreiber der Website »Endstation Rechts« und Herausgeber des Buches »Singuläres Auschwitz. Ernst Nolte, Jürgern Habermas und 25 Jahre Historikerstreit«. Nicht die Hinausdefinition der Shoah aus dem Zusammenhang deutscher Geschichte, wie es der Historiker Ernst Nolte versuchte, sondern die Anerkennung dieser Vergangenheit als Staatsraison bei gleichzeitiger inhaltlicher Entleerung all dessen, was sich aus dieser Anerkennung ergeben müsste, kennzeichnet die Entwicklung des letzten Jahrzehnts.

Sicherlich ist es kein Zufall, dass solche Versuche, die Debatte noch einmal aufzunehmen, aus einem – vorsichtig formuliert – eher nicht linken Spektrum kommen. War es 2001 Steffen Kailitz, ein Schüler des Politikwissenschaftlers Eckhard Jesse, der mit seinem Rückblick auf den »Historikerstreit« eine völlig kritiklose Apologie der Positionen Noltes vorlegte, ist es jetzt Brodkorb, dessen Kampf für den Totalitarismus- bzw. Extremismusansatz hinlänglich bekannt ist und dessen, wie es der Historiker Norbert Frei in der »Neuen Zürcher Zeitung« (02.08.2011) formulierte, »ausgeprägte Neugier auf das Gedankengut der intellektuellen Rechten« ihn folgerichtig zu Nolte führt. Denn auch für Nolte steht der Totalitarismusansatz, allerdings in der von ihm so genannten genetischen Form, hinter seinen Thesen zur Genese der Shoah, die zentral für den Historikerstreit waren. Grund genug also, sich die damalige Auseinandersetzung noch einmal ins Gedächtnis zu rufen.

Mittel der Renationalisierung

Der »Historikerstreit« von 1986 ist nur vor dem Hintergrund der damaligen politischen und ideologischen Debatten zu verstehen, denn erst durch diese Einbettung wird die Bedeutung der Kontroverse und die Wichtigkeit der Intervention durch Jürgen Habermas deutlich. Bereits 1985, zum 40. Jahrestag des Kriegsendes, war eine heftige geschichtspolitische Debatte in Gang gekommen, in der die von der konservativ-liberalen Regierung von Helmut Kohl (CDU) verkündete »geistig-moralische Wende« der Bundesrepublik konkrete Formen annehmen sollte. Ein erklärtes Ziel der Regierung Kohl war es, den Bezug der Bundesdeutschen zur Nation zu »normalisieren«. Folgerichtig geriet dabei der Umgang mit der NS-Vergangenheit in den Blick, die von konservativer Seite als Hindernis dieser »Normalisierung« begriffen wurde. Deutsche Geschichte, so das Credo, dürfe sich nicht auf die NS-Zeit reduzieren, positive Bezugspunkte der Nation müssten stärker in den Mittelpunkt gerückt werden. Die Bundesrepublik sei, so formulierte es der Erlanger Historiker und Kanzlerberater Michael Stürmer, ein »geschichtsloses Land«. Orientierung und Identität seien in dieser Situation über die Gewinnung der Deutungshoheit über die Vergangenheit zu erlangen. Bei Stürmer hieß es, »daß in einem geschichtslosen Land die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet.« Genau das war das Ziel der Vorstöße der Bundesregierung unter Kohl und auch der konservativen Protagonisten um Nolte im »Historikerstreit« – eine Neudefinition der Rolle und Bedeutung der NS-Vergangenheit, um so zu einem unbefangenen Verhältnis zur Nation und zu einer national grundierten Politik zu erlangen.



^ Manche wollen endlich FREI sein von der Deutschen Geschichte

Symbolischer Ausdruck dieser Politik war der gemeinsame Besuch des US-amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan und Bundeskanzlers Kohl auf dem Soldatenfriedhof von Bitburg 1985, der als Versöhnungsgeste über den Gräbern der toten Soldaten inszeniert wurde. Dass sich unter diesen toten deutschen Soldaten auch Angehörige der Waffen-SS befanden, war kein unglücklicher Zufall sondern Teil der geschichtspolitischen Strategie, mit der auch die Verbrechen der Nazis in die Versöhnung einbezogen werden sollten. Massive Proteste und eine hitzige Debatte begleiteten diesen Besuch und waren der Auftakt für den »Historikerstreit«, der fast genau ein Jahr danach ausbrach. Jedoch wurde die Debatte nicht nur von rechts geführt: Die Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker (CDU) zum 8. Mai 1985 gehört zu Recht zu den Meilensteinen deutscher Geschichtspolitik, denn erstmals nannte ein bundesdeutsches Staatsoberhaupt den 8. Mai einen Tag der Befreiung und stellte die Opfer der Nazis in den Mittelpunkt seiner Rede. Konservative Geschichtspolitiker fühlten sich hierdurch erst recht animiert.

Bitburg, die Äußerungen von Stürmer und Texte der konservativen Historiker Andreas Hillgruber und Nolte waren es,

die schließlich den Philosophen Jürgen Habermas zu einer Intervention veranlassten, mit der er auf die politischen Implikationen dieser Vorstöße für das Selbstverständnis der Bundesrepublik hinwies. Hillgruber und Nolte befassten sich in ihren Texten mit den zentralen Verbrechen des deutschen Faschismus, mit dem Vernichtungskrieg im Osten und der Ermordung der europäischen Juden. Während Hillgruber eine nationale Geschichtsschreibung propagierte und die »Identifizierung« des Historikers mit dem »Abwehrkampf« der Wehrmacht gegen die vorrückende Rote Armee forderte – und dabei den Vernichtungskrieg der Wehrmacht bei ihrem Vormarsch einfach aus der historischen Bewertung eskamotierte – zielte Nolte auf das zentrale Moment der negativen Besonderheit deutscher Geschichte ab. Seine Klage über eine »Vergangenheit, die nicht vergehen will« – so der ursprüngliche Titel der Rede, die den Streit auslöste – zielte auf die Shoah. In Noltes Interpretation der Vergangenheit war die Shoah keine eigenständige Tat der Nazis, sondern eine aus Angst geborene Reaktion auf die früheren Vernichtungsaktionen der Bolschewiki. Das europäische Bürgertum habe sich existentiell bedroht gefühlt und der Faschismus habe Schutz vor dieser Bedrohung durch den Bolschewismus versprochen. Auch die Identifizierung des Bolschewismus mit den Juden sei, so Nolte, verständlich angesichts des großen Anteils von Juden am Bolschewismus: »Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine ‹asiatische› Tat nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer ‹asiatischen› Tat betrachteten? War nicht der ‹Archipel GULag› ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der ‹Klassenmord› der Bolschewiki das logische und faktische Primus des ‹Rassenmords› der Nationalsozialisten?« Mit diesen Fragen und seinen weiteren Ausführungen nahm Nolte eine generelle Neuinterpretation von Faschismus und Shoah vor. Deren Wurzeln sind nicht länger in der deutschen Geschichte zu suchen, sondern die Verantwortung für die Verbrechen der Nazis gehen auf den Bolschewismus und die Sowjetunion über, die den »europäischen Bürgerkrieg« ausgelöst hätten. Alle Taten der Nazis werden so zu zwar »übersteigerten«, aber immerhin »verstehbaren«, wenn auch nicht »verständlichen« Reaktionen. Mit diesem, auch von Brodkorb aktuell so goutierten philosophischen Wortgeklingel soll der Weg frei gemacht werden für einen von allen historischen Belastungen freien Bezug auf die Nation als zentrales Mittel der ideologischen Homogenisierung. Kein Wunder also, dass sich Habermas, als Verfechter eines postnationalen Konzeptes, von diesen Vorstößen herausgefordert fühlte. Bestätigt wurde dieser Verdacht eines konzertierten (wenn auch nicht abgesprochenen) konservativen Vorstoßes durch die massive Parteinahme für Nolte durch zahlreiche konservative Historiker und vor allem die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« (FAZ).

Singularität der Shoah?

In einem Beitrag zum kurzen Revival des »Historikerstreits«, ausgelöst durch den Abdruck des unterirdischen Artikels des Rostocker Historikers Egon Flaig aus dem Brodkorb-Buch in der FAZ (13.07.2011), schreibt der Berliner Historiker Wolfgang Wippermann in der Wochenzeitung »Der Freitag«, der »Historikerstreit« sei längst »zugunsten Noltes entschieden« (20.07.2011). Diese These wird, entgegen der historischen Bewertung am Ende der achtziger Jahre, heute von vielen Linken vertreten. Stimmt sie aber? Bezogen wird sich hier unter anderem auf die Frage der Singularität der Shoah, die von Nolte mit seiner Ableitung aus dem Bolschewismus in Frage gestellt wurde. Die Wiederbelebung der Totalitarismusdiskussion nach 1989, die Parallelisierung von NS und DDR, die Schwarzbücher des Kommunismus und vieles mehr sprechen für diese These. Dennoch lässt sich nicht bestreiten, dass die negative Besonderheit der deutschen Vergangenheit, einer Vergangenheit, die bis heute nicht vergangen ist – wie auch Wippermann schreibt –, genau mit dieser Singularität der Shoah zu tun hat. Es ist Nolte und seinen Unterstützern eben gerade nicht gelungen, die Shoah im Meer der Verbrechen des 20. Jahrhunderts untergehen zu lassen. Ein Blick auf die Gedenkstättenlandschaft der Bundesrepublik und die seit den 1990er Jahren eher zunehmende Globalisierung der Erinnerung an die Shoah zeigen das. Im Vergleich zur Zeit des »Historikerstreits« ist die öffentliche Erinnerung an die Ermordung der europäischen Juden heute wesentlich präsenter, nur wird – und hier liegt das Problem – diese Erinnerung immer inhaltsleerer. Natürlich gibt es Versuche, die Verbrechen der Nazis hinter dem Begriff des Totalitarismus verschwinden zu lassen. Aber dieser Kampf ums Geschichtsbild ist keineswegs entschieden und wird täglich ausgefochten.

Faszination für Nolte

Brodkorbs Buch und seine Position im Gespräch mit Nolte sind Ausdruck eines Totalitarismusverständnisses, wie es typisch für die Entwicklung seit den 1990er Jahren ist. Schon der Historiker Horst Möller sprach von einem »roten Holocaust« und auch Brodkorb geht es um die Angleichung der Verbrechen von Nationalsozialismus und Kommunismus. Hier stört die ganz unterschiedlich begründete These von der Singularität der Shoah. Brodkorb macht sich die Position von Nolte zu eigen und geht sogar über sie hinaus. Dem von Nolte behaupteten »kausalen Nexus«, demzufolge die Vernichtungspolitik der Nazis eine Reaktion auf den Bolschewismus war, widerspricht er nicht. Souverän werden hier alle sozialhistorischen Studien zum Antisemitismus in Deutschland, zur Genese der Shoah und zur Entscheidungsfindung des Regimes ignoriert. Geschichte wird durch Vorstellungen, Ideen und Ängste großer Männer gemacht, hier eben die Ängste Adolf Hitlers vor dem Bolschewismus. Wo jedoch selbst Nolte einen Unterschied zwischen biologisch und rassistisch begründeter Vernichtung und der sozialen Begründung für die Ermordung macht, besteht Brodkorb auf der Gleichsetzung im totalitarismustheoretischen Sinne.

Wohl selten außerhalb rechter Kreise ist Nolte mit seinen Thesen auf so viel Wohlwollen gestoßen, wie bei Brodkorb: Weder zu seiner Sicht auf die Juden als »Tätervolk« noch zu seiner Verharmlosung von Holocaustleugnern wie Fred Leuchter muss er sich kritische Fragen von Brodkorb stellen lassen. Erst im abschließenden Aufsatz kritisiert Brodkorb Noltes Bewertung der historischen Rolle »der« Juden. Brodkorbs Faszination für das philosophisch angehauchte Geraune Noltes scheint ihn im Gespräch jede kritische Distanz vergessen zu lassen. Was soll man aber auch von einem Herausgeber halten, der aus Kränkung eigener Eitelkeit – weil Habermas kein Interview mit ihm führen wollte – eine wüste Beschimpfung Habermas‘ und der kritischen Theorie im Aufsatz von Flaig in seinen Band aufnimmt, die von Duktus und politischer Ausrichtung einen würdigen Platz in der »neu rechten« Wochenzeitung »Junge Freiheit« verdient hätte.

Der Weg von der »Neugier auf das Gedankengut der intellektuellen Rechten« scheint weiterzuführen. Hoffentlich entpuppt sich der Name von Brodkorbs Internetprojekt »Endstation Rechts« nicht als eine Selbstbeschreibung. ■

NEONAZI ALS JOURNALIST

Andreas Thierry, bis September 2010 im Bundesvorstand der NPD, schrieb unter dem Pseudonym Andreas Reichl für die Zeitung »Wels im Bild«. Am 1. August 2011 begann er für die Zeitung zu arbeiten und stieg rasch zum Chef vom Dienst auf. Thierry wurde 1995 in Österreich wegen NS-Wiederbetätigung verurteilt und gilt als einer der führenden Köpfe der österreichischen und deutschen Neonaziszene. Der Chef der »Moser Medien Gruppe Austria«, die die Zeitung herausgibt, Helmut Moser, wusste von der wahren Identität Thierrys. Eigenen Angaben zufolge wollte er ihm eine zweite Chance geben. Nachdem ihm die konkrete rechtsradikale Vergangenheit Thierrys bekannt gemacht wurde, entließ er ihn aber wieder.

»Graue Wölfe« im Schafspelz

Unterwanderungsversuche deutscher Parteien

Am 14. Juli 2011 starben in der südosttürkischen Provinz Diyarbakir 13 türkische Soldaten bei einem Gefecht mit kurdischen Guerillakämpfern. In der Westtürkei kam es in der Folge zu einer Welle nationalistischer Proteste mit Übergriffen auf KurdInnen und Anschlägen auf Büros der prokurdischen »Partei für Frieden und Demokratie« (BDP). Auch in Deutschland fanden diese Ereignisse ihren Widerhall.

Von Nick Brauns



In Peine und Hannover wurden ein kurdischer Kulturverein und ein linker türkischer Jugendverein von mutmaßlichen türkischen Faschisten demoliert und türkische Fahnen aufgehängt. Zusätzlich deponierten die Angreifer vor dem kurdischen Verein verbrannte Knochen und verkohlte menschliche Figuren. Am 30. Juli 2011 demonstrierten in Mannheim 700 türkische NationalistInnen auf einem »Gedenkmarsch für die gefallenen türkischen Soldaten« gegen angeblichen kurdischen Terror. Anmelderin der fast ausschließlich über »Facebook« beworbenen Demonstration war eine Vertreterin der in der Türkei vom ehemaligen General Osman Pamukoglu geführten »Partei für Recht und Gleichheit« (HEPAR). Dominiert wurde der Marsch von den als »Graue Wölfe« bekannten Anhängern der faschistischen »Partei der Nationalen Bewegung« (MHP) aus der Türkei. Mitglieder dieser, im Juni diesen Jahres erneut mit 13 Prozent ins türkische Parlament gewählten Partei, waren in den 1970er und 80er Jahren für zahlreiche Morde an Linken, AlevitInnen und KurdInnen verantwortlich. Neben den »Grauen Wölfen« war in Mannheim das gesamte Spektrum des türkischen Nationalismus vertreten: von islamisch-nationalistischen Gruppierungen bis zu strikt laizistischen Atatürk-Anhängern. Als einigendes Band diente die KurdInnenfeindschaft. Als die aufgeputschten DemonstrantInnen versuchten, von der Polizei eingekesselte AntifaschistInnen und KurdInnen anzugreifen, weckte dies Erinnerungen an den Herbst 2007, als es in Berlin und anderen deutschen Städten im Anschluss an solche Demonstrationen zu Hetzjagden und Übergriffen auf kurdische Vereine gekommen war.

Unterwanderung deutscher Parteien

Gegenüber der deutschen Öffentlichkeit setzt die MHP-nahe »Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland« (kurz Türkische Föderation oder ADÜTDF) mit ihren rund 150 Mitgliedsvereinen und 7.000 Mitgliedern auf ein gemäßigtes Auftreten. Während »Graue Wölfe« in ihren Vereinen regelrechte Mordhetze gegen vermutete »Feinde des Türkentums« wie KurdInnen, ArmenierInnen, Juden und Jüdinnen, AlevitInnen, Linke und Homosexuelle verbreiten, versuchen sie, sich nach außen als DemokratInnen und sogar AntirassistInnen zu verkaufen. Laut Auskunft der Bundesregierung haben »Graue Wölfe« versucht, an Gelder aus dem »antiextremistischen« Bundesprogramm »Toleranz fördern – Kompetenz stärken« zu gelangen (BT-Drucksache 17/6677). Durch Kultur- und Sportangebote für Jugendliche und die Kandidatur unverfänglicher Tarnlisten zu Ausländerbeiräten verankern sich die »Grauen Wölfe« innerhalb der türkischen MigrantInnen in Deutschland. Dazu unterwandern sie auch deutsche Parteien, die wiederum im Buhlen um türkische Stimmen beide Augen vor möglichen Verbindungen ihrer türkischen Mitglieder zu faschistischen Organisationen verschließen.

1995 hatte der historische MHP-Führer und Hitler-Verehrer Alparslan Türkes seine Anhänger in Deutschland bei der Jahresversammlung der »Türkischen Föderation« zur aktiven Politik in CDU und CSU aufgerufen. Offenbar mit Erfolg. In den letzten Jahren wurden insbesondere in Nordrhein-Westfalen mehrere Fälle bekannt, in denen Anhänger der »Grauen Wölfe« in der CDU aktiv wurden oder CDU-Funktionäre die »Türkische Föderation« besuchten. Beim »Deutsch-Türkischen Forum« (DTF) der CDU scheint die Kooperation mit den »Grauen Wölfen« inzwischen gängige Praxis zu sein – bis hin zu gemeinsamen Pressekonferenzen. Eine von einem DTF-Mitglied verfasste Studie der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung empfiehlt UnionspolitikerInnen laut der Tageszeitung »Die Welt« »aus politstrategischen Gesichtspunkten« im Einzelfall abzuwägen, »inwieweit eine zielgerichtete Zusammenarbeit« mit türkischen Rechten möglich sei.

Doch auch aus der SPD und den Grünen werden immer wieder Fälle einer Unterwanderung bekannt. So zog in Wetzlar zu Jahresbeginn ein Kandidat seine Kandidatur auf der SPD-Kommunalwahlliste zurück, nachdem seine Vorstandstätigkeit in einem ADÜTDF-Mitgliedsverein öffentlich wurde.

»nationalistische Internationale«

In den 1980er Jahren hatte noch ein enges Bündnis zwischen der NPD und der MHP bestanden, das Anfang der 90er Jahre nach den tödlichen Brandanschlägen von Neonazis auf die von TürkInnen bewohnten Häuser zu Bruch ging. Zwar trat im Februar 2011 ein Referent der »Grauen Wölfen« vor dem NPD-Kreisverband Jena auf. Doch trotz zahlreicher gemeinsamer Feindbilder dürfte der Rassismus der meisten NPD-Anhänger einer engen Zusammenarbeit im Wege stehen. So wurde nichts aus der vom hessischen NPD-Vorsitzenden Jörg Krebs 2007 angedachten Zusammenarbeit deutscher und türkischer Faschisten im Rahmen einer »nationalistischen Internationale«. Im Blick hatte Krebs vor allem die Zusammenarbeit mit der MHP in der Türkei. In Deutschland könnte man mit den »Grauen Wölfen« allerdings »Gespräche darüber führen, wie sich die MHP die Zukunft ihrer in Deutschland lebenden Landsleute vorstellt und inwiefern diese bereit ist, ihren Landsleuten eine Rückkehr in die Heimat nahezulegen«, stellte Krebs später klar. ■

Nachhall

FPÖ im Norwegen-Tief

Der Anschlag von Oslo und das Massaker von Utøya haben quer durch Europa eine Debatte über die politische Mitverantwortung extrem rechter Parteien und ihrer antimuslimischen Hetze ausgelöst – auch in Österreich.

Von Heribert Schiedel

Die »Freiheitliche Partei Österreichs« (FPÖ), die in Wien das christliche Abendland vor einem angeblichen Moslemsturm verteidigt und vor den Attentaten in Norwegen noch auf einem Umfragehoch schwebte, hat nun ordentlich zu tun, um keine Diskussion über ihre ideologische Beitragstäterschaft aufkommen zu lassen. Während die Führung das Morden verurteilte (und manche die Tat den »Freimaurern« in die Schuhe zu schieben versuchten), wurde in den Reaktionen der zweiten Reihe deutlich, wie berechtigt die Kritik an der FPÖ als eine der StichwortgeberInnen für den wild gewordenen Neo-Reconquistador aus Norwegen war. Insbesondere der aus dem neonazistischen und burschenschaftlichen Milieu stammende Nationalrat Werner Königshofer sorgte einmal mehr für Schlagzeilen. Zuerst empörte er sich auf seiner »Facebook«-Seite über einen Redakteur, der in einem Kommentar zum Massenmord von der »rechten Gefahr« geschrieben hatte: »Unfassbar, von diesem ‹feinen Herrn› hat man noch nie etwas von der islamistischen Gefahr gehört, obwohl diese in Europa schon tausendmal öfter zugeschlagen hat.« Kurz darauf verlangte der FPÖ-Spitzenpolitiker in einem Kommentar auf seiner Homepage »Königstiger«: »Im Angesicht dieser schrecklichen Ereignisse in Norwegen sollte man in ganz Europa einmal tiefgehender über den Wert des menschlichen Lebens nachdenken. Auch darüber, dass in Europa jedes Jahr Millionen ungeborener Kinder schon im Mutterleib getötet werden.«

Diese Relativierung schien nun auch FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache zuviel zu sein – auf Zuruf des Boulevards warf er Königshofer Ende Juli aus der Partei und dem Parlamentsklub. Dass Königshofers Ausfälle mehr Vorwand als tatsächlicher Grund waren, wird nicht zuletzt an Straches Kommentar zu den Anschlägen deutlich. Gegenüber der parteieigenen »Neuen Freien Zeitung« gab der FPÖ-Obmann den »politischen Verantwortlichen« die Schuld: Die Regierungen dürften nicht länger eine Politik betreiben, »die sich gegen den Willen der Bevölkerung richtet. Das sorgt für Frustrationen in der Bevölkerung, weil sich diese nicht mehr ernst genommen fühlt. Es muss ein Umdenken in der Politik stattfinden, die regierenden Parteien müssen Themen wie die Islamisierung Europas endlich angehen. Tausende Attentate wurden bereits im Namen des Islams verübt.«

Neben dem medialen Druck führte vor allem der zunehmend offen ausgetragene innerparteiliche Fraktionskampf zwischen prinzipientreuen FundamentalistInnen und auf Salonfähigkeit bedachten OpportunistInnen zu Königshofers Ausschluss, was auch an manchen Reaktionen deutlich wurde. Der Wortführer der völkischen Fundis, Nationalratspräsident und »Olympia«-Burschenschafter Martin Graf, meinte etwa lapidar, dass sich die Rechtmäßigkeit des Rauswurfes erst in den Parteigremien beweisen müsse – was er ein paar Tage später nicht als Kritik am Obmann verstanden wissen wollte. Tatsächlich wagt sich noch niemand öffentlich aus der Deckung, aber je tiefer die Umfragewerte der FPÖ nach den Anschlägen in Norwegen (und der noch nicht rechtskräftigen Verurteilung des freiheitlichen Spitzenpolitikers Uwe Scheuch wegen finanzieller Vorteilsannahme) fielen, desto hörbarer wurde der Unmut angesichts des opportunistischen Kurses der Parteispitze.

^ Noch kann sich Strache freuen

Bereits im Dezember 2010 echauffierten sich einige freiheitliche Recken, als Strache ausgerechnet in und mit Israel das Abendland vor dem »islamischen Terrorismus« verteidigen wollte. Auch am 8. Mai 2011 wurden die Verwerfungen zwischen freiheitlichen Anschauungen und Kanzlerambitionen deutlich: Als die deutschnationalen Korporierten diesen Tag der »totalen Niederlage« im Fackelschein und mit einem »Heldengedenken« in der Wiener Innenstadt begingen, fehlte ausgerechnet Strache. Der als Redner angekündigte FPÖ-Chef hatte es vorgezogen, kurzfristig abzusagen – wohl um sich unvorteilhafte Ton- und Bildaufnahmen zu ersparen. Das als Hinderungsgrund vorgeschobene konspirative Treffen europäischer Rechtsparteien in Italien war so geheim, dass außer der FPÖ keine andere der genannten Parteien davon wusste. Derartig vor den Kopf gestoßen und im milieubedingten Ehrverständnis gekränkt, fiel es der korporierten Basis der FPÖ noch schwerer, weiter gute Mine zum bösen Spiel des Kreidefressens zu machen.

In Anlehnung an den deutschvölkischen Ballast, den bereits Jörg Haider abwerfen wollte, und angesichts der wieder einmal aufbrechenden innerparteilichen Konflikte spricht das Nachrichtenmagazin »profil« bereits von einer »Ballastrevolution«. Die Möchtegern-Revoluzzer aus der Burschenschafter- und Lodenfraktion, die 2005 mit Strache an der Spitze die Rest-FPÖ übernahmen, scheinen sich tatsächlich immer weniger befrieden zu lassen. Nicht einmal die jüngste Wiederaufnahme der 1997 mit Blick auf den künftigen bürgerlichen Koalitionspartner gestrichenen »deutschen Volksgemeinschaft« in das FPÖ-Parteiprogramm konnte sie auf Dauer zufrieden stellen. Auf den Buden macht weiterhin die Angst die Runde, dass Strache auf dem Weg ins Bundeskanzleramt gleich seinem einstigen Vorbild Haider zu viele inhaltliche und personelle Opfer bringen werde. Bei aller Einsicht in die wahltaktische Notwendigkeit, sich einen Agitator ohne allzu schmissigen Stallgeruch halten zu müssen, wollen die Völkischen nach 1986 und 2005 nicht noch einmal die Partei gerettet haben, um sie dann wieder von narzisstischen Glücksrittern und ideologiefernen Emporkömmlingen an die Wand fahren zu lassen. ■

»Autonome Nationalisten«

Von Margarete Schlüter

Jenseits einer extremismustheoretischen Betrachtungsweise befasst sich der von Jan Schedler und Alexander Häusler herausgegebene Sammelband mit dem Phänomen »Autonome Nationalisten« (AN). Eingangs wird die Entwicklung des organisierten Neonazismus der letzten 20 Jahre nachgezeichnet – von den »Freien Kameradschaften« bis hin zur exemplarischen »Kameradschaft Tor«. Es folgen Einzelanalysen, im Fokus dabei auch das Selbstverständnis der AN. Gut wird dabei der Widerspruch zwischen vermeintlicher Autonomie und völkischem Kollektiv herausgearbeitet und das ambivalente Verhältnis zwischen AN, NPD und der Kameradschaftsszene dargestellt. Thematisiert wird ferner der Kontrast AN und Gender: Trotz der stärkeren Sichtbarkeit von Frauen in der AN-Szene im Vergleich zu anderen neonazistischen Kreisen und vermeintlicher Individualität, denken und handeln auch AN in heteronormativen Geschlechterkategorien. Dass die hegemoniale politikwissenschaftliche Extremismusforschung ungeeignet ist, um das Forschungsobjekt angemessen zu analysieren, wird in einem eigenen Beitrag herausgearbeitet. Ihr Problem seien »oberflächliche Vergleiche und fehlende gesellschaftspolitische wie historische Kontextualisierung«. In weiteren Aufsätzen zur regionalen Entwicklungen der AN-Strukturen wird deutlich, dass sich dieses bundesweite Phänomen lokal durchaus anders ausprägt. Unter anderem sei zu beobachten, dass die AN in solchen Regionen anzutreffen sind, in denen die NPD vergleichsweise schwach aufgestellt ist. Der Blick über die Grenze zeigt schließlich, dass die AN ein deutscher »Exportschlager« sind. Abschließend wirft der Band einen weiten Blick zurück und rückt die vermeintlich autonomen Nationalisten in einen historischen Kontext. Die SA und ihr praktizierter Gewaltkult, die Bedeutung von Ästhetik und Propaganda zur Mobilmachung der Massen im italienischen Faschismus zeigen, dass das Auftreten der AN Vorläufer hat.

Die Herausgeber betonen in einem abschließenden Fazit, dass seit ca. 2008 bei den AN aufgrund der Widersprüche in Ideologie und Praxis ein Rollback zu beobachten sei, der auch der szeneinternen Kritik geschuldet sei. Das Konzept der AN sei als eine neue ideologische Ausrichtung oder als eine vom Optischen bestimmte Subkultur verkannt worden. Zudem fehle mitunter der theoretische Unterbau und dominierten dafür Lifestyle und blinder Aktionismus.

Insgesamt bietet der hier vorliegende Sammelband einen sehr guten Einblick in die Entstehung und Entwicklung der AN. Er ist für eine Auseinandersetzung und Bewertung mit den AN im bundesrepublikanisch wie auch im europäischen Raum unerlässlich. Allerdings bietet der erste Teil des Bandes zu Kameradschaften und extrem rechter Subkultur für sachkundige AntifaschistInnen nichts Neues und leider finden sich in den Aufsätzen unnötige Wiederholungen.

Jan Schedler, Alexander Häusler (Hg.): Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung. VS Verlag: Wiesbaden, 2011, 328 Seiten, 34,95 Euro.

Die »Ludendorffer«

Von Ernst Kovahl

»Den Ludendorffs war die NSDAP zu lasch«, schreiben Gideon Thalmann und Felix Reiter in ihrer frisch erschienenen Broschüre über die »Ludendorffer Bewegung« Ende der 1920er Jahre. Unter dem Titel »Im Kampf gegen überstaatliche Mächte« haben die Autoren einen guten Einstieg in Geschichte, Ideologie und Arbeit der antisemitischen, rassistischen und verschwörungstheoretischen Sekte vorgelegt. Sie schließen so eine Lücke antifaschistischer Literatur. Die etwa 240 Mitglieder zählende Bewegung werde »chronisch unterschätzt«, resümieren Thalmann und Reiter.

Nach dem Ersten Weltkrieg wandte sich der früher militärisch und politisch einflussreiche General Erich Ludendorff – erschüttert durch Niederlage, Novemberrevolution und Demokratie – der deutsch-völkischen Bewegung zu, versuchte 1923 gemeinsam mit Adolf Hitler einen Putsch gegen die Republik, war 1925 erfolgloser Kandidat der Völkischen bei der Reichspräsidentenwahl und versuchte sich als Integrationsfigur der Rechten. Aufgrund eigenen Unvermögens zunehmend politisch isoliert, gründete er Ende 1925 den paramilitärischen »Tannenbergbund«. Das Ziel: Ein großdeutscher, völkischer Staat. Seine 1927 publizierten »Kampfziele« überstiegen die Forderungen der NSDAP. Gemeinsam mit seiner Frau Mathilde übernahm er Ende der 1920er Jahre die Leitung des Bundes mit bis zu 320 Ortsgruppen (1931) und begann eine rege Publikationstätigkeit. Zunehmend trat der Bund auch religiös auf. 1933 wurde er verboten, die Ludendorffs konnten aber nahezu ungestört weiter publizieren. 1937 – kurz vor dem Tod Erich Ludendorffs – wurde nach einem Gespräch zwischen ihm und Hitler die Bewegung unter dem Namen »Deutsche Gotterkenntnis (L)« als Religionsgemeinschaft wieder zugelassen. Mathilde Ludendorff übernahm die Leitung, sie gilt bis heute als Leitfigur.

1951 wurde der »Bund für Gotterkenntnis« offiziell reaktiviert, doch ein Verbot (1961) durch das Bayerische Staatsministerium beendete die Arbeit zeitweise. Durch Ersatzorganisationen und die Aufhebung des Verbots 1976 existiert der Bund bis heute. Interessant ist in der lesenswerten Broschüre der Überblick über heutige »Ahnenstätten« der Bewegung (Hilligenloh, Conneforde, Seelenfeld, Blumberg, Menloh), ihre Immobilien (Tutzing, Hohenlohe, Schönhagen, Kirchmöser) sowie ihre regionalen Schwerpunkte, Verlage und Publikationen. Ein Personenregister ergänzt die Publikation.

Gideon Thalmann, Felix Reiter: Im Kampf gegen »überstaatliche Mächte«. Die völkische Ludendorff-Bewegung – von »Jugenderziehung« bis Ahnenpflege. Arug: Braunschweig, 2011, 58 Seiten, 2,50 Euro. Zu bestellen unter www.arug.de.

Berliner Zustände 2010

Von Ernst Kovahl

Zum fünften Mal haben das »Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin« (apabiz) und die »Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin« (MBR) ihren »Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Antifeminismus« in der Bundeshauptstadt vorgelegt. Nicht nur mit Blick auf die bevorstehenden Berliner Senatswahlen im September, mit dem Entstehen der neuen »rechtspopulistischen« Partei »Die Freiheit« sowie den zahlreichen gewalttätigen Angriffen auf Antifas, MigrantInnen und linke Projekte und Büros in der Stadt in den letzten Monaten ist die Broschüre hoch aktuell und als Handreichung und Nachschlagewerk für die politische Arbeit hilfreich. Sie setzt durch ihren Inhalt, die Auswahl und Breite der Themen und nicht zuletzt durch die ansprechende Gestaltung und Bebilderung Maßstäbe. Der »Schattenbericht 2009« hatte übrigens kurz vor Erscheinen des nun vorgelegten neuen Berichts den »Alternativen Medienpreis« der »Nürnberger Medienakademie« gewonnen. Herzlichen Glückwunsch!

Die Themen der 72-seitigen Broschüre in aller Kürze: »Nord-Neukölln und Kreuzberg – Kieze im Visier der rechtsextremen Szene«, »Stagnierende NPD und aktionistische Szene«, »West-Berlin holt auf«, »Die Sarrazin-Debatte. Ein

Reaktionsverlauf unter Einbezug exemplarischer Aussagen Thilo Sarrazins zu Muslimen in Deutschland«, »Kulturkampf in der Hauptstadt. Rechtspopulistische Parteigründungen in Berlin«, »(Anti-)Sexismus und Instrumentalisierung feministischer Diskurse im antimuslimischen Rassismus«, »Deutschland treibt sich ab – Christlicher Antifeminismus und Lebensschutz-Organisationen in Berlin«, »Der Kampf um Männlichkeit« und »Den Versprechungen widerstehen. Geschlechter-reflektierende Arbeit mit Jungen und Rechtsextremismusprävention«.

Erfreulich ist, dass im Vorwort der Beauftragte für Integration und Migration des Berliner Senats, der die Broschüre förderte, die von der Bundesregierung abverlangte »Demokratieerklärung« als Voraussetzung für eine finanzielle Förderung von Projekten gegen Rechts mit deutlichen Worten ablehnt. Kritische LeserInnen werden jedoch die unkommentierte Verwendung des Begriffes »Rechtsextremismus« in einem Teil der Beträge und im Titel der Broschüre bemängeln. Alles in allem haben das apabiz und MBR in Zusammenarbeit mit weiteren Initiativen eine sehr gelungene Broschüre vorgelegt.

apabiz & MBR Berlin (Hg.): Berliner Zustände 2010. Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Antifeminismus. Berlin 2011, 72 Seiten, 2,50 Euro oder kostenloser Download unter www.apabiz.de.

Populismus & Terror

Von Horst Zimmer

Drei unterschiedliche Veröffentlichungen, die unter dem Eindruck der Attentate von Norwegen besondere Beachtung erfahren sollten: »Tödliche Realitäten« nimmt den Mord an Marwa El-Sherbini am 1. Juli 2009 in einem Gerichtssaal in Dresden (s. DRR Nr. 120) zum Anlass. »Die Umstände der Tat, die offen zur Sprache gekommene rassistische Einstellung des Angreifers, die sich explizit gegen Muslime richtete sowie sein eigener Migrationshintergrund, die Reaktion auf Tat, Prozess und Urteil«, schreiben die HerausgeberInnen, die Opferberatung der RAA Sachsen e. V., unterscheiden sich von anderen rassistischen Tötungen in Deutschland und sind Anlass für die vorliegende Aufarbeitung im Rahmen eines Sammelbands. Zur Sprache kommen dabei eben jene gesellschaftlichen Realitäten Sachsens, in denen die politischen Hintergründe bei Morden rechter Täter in der Regel ausgeblendet werden. Gleichwohl wirft die Publikation die Frage nach den Motiven im Falle El-Sherbini auf: Rassismus? ›Islamophobie‹?; wirft einen Blick auf das ausbleibende Rauschen im medialen Blätterwald und wendet sich der juristischen Aufarbeitung der Tat zu. Eine interessante Publikation, deren Lektüre die Frage aufkommen lässt, ob sich Sachsen eigentlich so sehr von Schleswig-Holstein oder Rheinland-Pfalz unterscheidet.

Der Mord vom Juli 2009 als auch die Attentate in Norwegen zwei Jahre später wurden von Einzeltätern begangen. Tatsächlich? Ein Report des britischen antifaschistischen Magazins »Searchlight« greift dieses Thema auf: »Lone wolves: myth or reality?«. Untersucht werden die Profile von annähernd 40 Briten, die wegen »serious violence or terrorist offences« verurteilt wurden. Es gelingt den beiden Autoren, Gerry Gable und Paul Jackson, zu zeigen, dass diese Männer keine ›einsamen Wölfe‹ waren, sondern sich in einem neonazistischen Spektrum bewegten, das Terror gutheißt. Und viele von ihnen waren an entsprechende Organisation angebunden. Die spannende Studie ist sehr zu empfehlen und es bleibt zu hoffen, dass auch hierzulande einmal jemand sich auf diese Art und Weise dem deutschen rechtsterroristischen Spektrum annimmt.

›Modernisierungsverlierer‹, Menschen die bei gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen den Anschluss verpassen, gelten in den Sozialwissenschaften oft als jene, die potentiell rechtspopulistische als auch extrem rechte Parteien unterstützen. Tim Spier hat diese These in ein quantitatives Forschungsdesign umgesetzt und hypothesengeleitet mit Daten des »European Social Survey« getestet. Tatsächlich kann er empirisch unterfüttert unter anderem zeigen, dass gerade Menschen, die sich in ihrem sozialen Status bedroht fühlen, derartige Parteien wählen. Dabei handelt es sich eher um Personen industrieller Berufsgruppen und nicht zwangsläufig um solche aus niedrigqualifizierten Berufsklassen. Hinzu tritt der Befund, dass diese WählerInnengruppe sozial durchschnittlich ausgeschlossener ist. Die Studie mit ihren vielfältigen Ergebnissen ist aufschlussreich, ein Blick lohnt. Allerdings sollten potentielle LeserInnen über Grundkenntnisse empirischer Sozialforschung verfügen, ansonsten könnte die Lektüre unbefriedigend sein.

Opferberatung des RAA Sachsen e. V. (Hg:): Tödliche Realitäten. Der rassistische Mord an Marwa El-Sherbini. Hoyerswerda, 2011, 240 Seiten, kostenlos. Versand unter Erstattung der Portokosten: RAA Sachsen e. V., Opferberatung, Bautzner Straße 45, 01099 Dresden oder: projekt@raa-sachsen.de.

Gerry Gable, Paul Jackson: Lone wolves: myth or reality? A Searchlight Report. Ilford, 2011, 158 Seiten, kostenlos. Download unter: www.lonewolfproject.org.uk.

Tim Spier: Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa. VS Verlag: Wiesbaden, 2010, 302 Seiten, 39,95 Euro.

DERRECHTERANDABO

DERRECHTERAND ist ein periodischer Informationsdienst von und für AntifaschistInnen.
Er erscheint alle zwei Monate und kommt im Abo nach Hause.
6 Ausgaben pro Jahr: 15,- Euro (Inland) 19,- Euro (Ausland) 25,-/50,- Euro (Soli)

Aboverwaltung DERRECHTERAND, Postfach 304180, 20324 Hamburg
Postgiro Hannover, BLZ 250 100 30, Konto 44 55 86 - 301

Hiermit abonniere ich die Zeitschrift DERRECHTERAND bis auf Widerruf.
Ich habe
[ ] 15,- Euro (Inland) [ ] 19,- Euro (Ausland) [ ] 25,- Euro (Soli) [ ] 50,- Euro (Supersoli)
[ ] überwiesen [ ] als Scheck beigelegt.
Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Name ....

Anschrift ....

....

Unterschrift ....

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich augehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

IMPRESSUM

Verlag Der Rechte Rand GbR,
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
Postanschrift und Aboverwaltung:
Der Rechte Rand, Postfach 304180,
20324 Hamburg
redaktion@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de
Druck: Interdruck Berger und
Herrmann GmbH, Hannover
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P.: Klaus Richardt
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.